



HESSISCHER LANDTAG

01.03.2011

67. Sitzung

Wiesbaden, den 1. März 2011

	Seite		Seite
Ämtliche Mitteilungen	4619	Frage 428	
<i>Entgegengenommen</i>	4619	Brigitte Hofmeyer	4626
Präsident Norbert Kartmann	4619	Minister Dieter Posch	4626, 4627
Günter Rudolph	4619		
Vizepräsident Lothar Quanz	4657	Frage 430	
		Uwe Frankenberger	4627
1. Fragestunde		Minister Dieter Posch	4627, 4628
– Drucks. 18/3696 –	4619	Michael Siebel	4627
<i>Abgehalten</i>	4631		
Präsident Norbert Kartmann	4631	Frage 434	
		Ellen Enslin	4628
Frage 413		Minister Boris Rhein	4628
Claudia Ravensburg	4619		
Minister Dieter Posch	4619, 4620	Frage 435	
Günter Schork	4620	Ellen Enslin	4628, 4629
		Minister Boris Rhein	4628, 4629
Frage 414		Sigrid Erfurth	4628
Gerhard Merz	4620		
Minister Stefan Grüttner	4620	Frage 439	
		Peter Stephan	4629
Frage 418		Ministerin Lucia Puttrich	4629
Kurt Wiegel	4620		
Ministerin Lucia Puttrich	4621	Frage 440	
		Lothar Quanz	4629
Frage 419		Minister Dieter Posch	4629, 4630
Bettina Wiesmann	4621		
Minister Stefan Grüttner	4621	Frage 441	
		Petra Fuhrmann	4630
Frage 421		Minister Stefan Grüttner	4630, 4631
Gerhard Merz	4621, 4622	Kordula Schulz-Asche	4630
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann	4621, 4622		
		Frage 442	
Frage 422		Torsten Warnecke	4631
Mürvet Öztürk	4622, 4623	Minister Dr. Thomas Schäfer	4631
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann	4622, 4623		
Gerhard Merz	4623	Frage 443	
		Kordula Schulz-Asche	4631
Frage 423		Minister Stefan Grüttner	4631
Mürvet Öztürk	4623, 4624		
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann	4623, 4624	Frage 446	
Hans-Jürgen Irmel	4624	Daniel May	4671
Ismail Tipi	4624	Ministerin Lucia Puttrich	4671
Frage 427		Frage 447	
Petra Fuhrmann	4624, 4625	Timon Gremmels	4671
Minister Jörg-Uwe Hahn	4625, 4626	Minister Dieter Posch	4671
Heike Hofmann	4626		
Nancy Faeser	4626	Frage 451	
		Torsten Warnecke	4671
		Minister Dr. Thomas Schäfer	4671

	Seite		Seite
Frage 454		Holger Bellino	4653
Sigrid Erfurth	4671	Alexander Bauer	4654
Minister Dr. Thomas Schäfer	4671	Vizepräsident Lothar Quanz	4657
 Frage 455		 7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Be- bung von Winterschäden an Straßen	
Sigrid Erfurth	4671	– Drucks. 18/3761 –	4658
Ministerin Lucia Puttrich	4672	hierzu:	
 Frage 457		Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Mathias Wagner (Taunus)	4672	– Drucks. 18/3783 neu –	4658
Ministerin Dorothea Henzler	4672	Änderungsantrag der Fraktion der SPD	
 Frage 458		– Drucks. 18/3802 –	4658
Daniel May	4672	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Haushaltsaus-</i> <i>schuss, beteiligt, überwiesen</i>	<i>4669</i>
Ministerin Lucia Puttrich	4672	 42. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Winter- schädenprogramm ja, aber ohne neues Schlagloch in den Kommunalhaushalten	
<i>Die Fragen 446, 447, 451, 454, 455, 457, 458 und die</i> <i>Antworten der Landesregierung sind als Anlage bei-</i> <i>gefügt. Die Fragen 445, 448 bis 450, 452, 453, 456, 459</i> <i>und 460 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen</i> <i>und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beant-</i> <i>wortet werden. Die Frage 444 wurde zurückgezogen.</i>		– Drucks. 18/3759 –	4658
 2. Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport betreffend „Sicherheit – Ga- rant unserer Freiheit“	4631	<i>Nach Aussprache dem Ausschuss für Wirtschaft und</i> <i>Verkehr, federführend, und dem Haushaltsaus-</i> <i>schuss, beteiligt, überwiesen</i>	<i>4669</i>
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	4657	Ulrich Caspar	4658, 4667
Minister Boris Rhein	4632	Norbert Schmitt	4659, 4665
Nancy Faeser	4636	Frank-Peter Kaufmann	4660, 4666
Wolfgang Greilich	4641	Janine Wissler	4661, 4667
Jürgen Frömmrich	4645, 4651	Florian Rentsch	4663
Peter Beuth	4650	Minister Dieter Posch	4664
Hermann Schaus	4651, 4654	Stefan Müller (Heidenrod)	4668
		Präsident Norbert Kartmann	4669

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
beim Bund Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Kultusministerin Dorothea Henzler
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
Sozialminister Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretär Prof. Dr. Luise Hölscher
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretär Steffen Saebisch
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Margaretha Hölldobler-Heumüller

(Beginn: 14:05 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 67. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und stelle zunächst die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Die Tagesordnung mit Datum vom 22. Februar 2011 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 74 Punkten liegen Ihnen vor.

Der ursprünglich auf dem Vorschlag für eine Tagesordnung vom 17. Februar 2011 stehende Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Schuldenbremse durch sparsames und effizientes Handeln für eine generationsgerechte und zukunftsste Politick, Drucks. 18/3641, wurde von den Antragstellern im Ältestenrat am 22. Februar 2011 zurückgezogen.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung in den Punkten 64 bis 68 entnehmen können, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Wir behandeln sie mit jeweils fünf Minuten, beginnend am Donnerstag um 9 Uhr, wie gehabt.

Die Fraktionen haben sich über die Vorgehensweise zu Tagesordnungspunkt 7 geeinigt, dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Behebung von Winterschäden an Straßen, Drucks. 18/3761. Das Verfahren ist wie folgt: Wir lesen heute diesen Gesetzentwurf in erster Lesung. Morgen in der Mittagspause wird hierzu eine Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss stattfinden. Am Donnerstag erfolgt die zweite Lesung dieses Gesetzentwurfs. Wie die Fraktion DIE LINKE heute mitgeteilt hat, wird auch ihrerseits auf eine dritte Lesung verzichtet.

Zu dem von mir eben aufgerufenen Punkt 7 sind noch eingegangen und an Sie verteilt worden ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/3783 neu, sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/3802.

Ebenfalls noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kompromiss bringt Fortschritt beim Bildungspaket, beim Mindestlohn und in der Grundsicherung, Drucks. 18/3801. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 75, und wir rufen ihn mit Punkt 38 auf. – Dem widerspricht niemand.

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Der Antrag der GRÜNEN liegt uns zumindest noch nicht vor. Deswegen fragen wir noch einmal nach.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kenne ihn auch nicht!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich höre gerade, er muss noch verteilt werden. Ich rufe ihn nachher noch einmal auf. Er ist noch nicht verteilt. Danke schön für den Hinweis.

Dann können wir die Tagesordnung ohne den von mir jetzt fälschlicherweise aufgerufenen, nachher noch einmal aufzurufenden Punkt so genehmigen. – Das ist der Fall.

Wir tagen heute bis 19 Uhr, wie im Ältestenrat vereinbart. Wir beginnen mit der Fragestunde, danach folgt die Regierungserklärung des hessischen Innenministers.

Frau Ministerin Henzler fehlt heute von 14 bis 16:30 Uhr. Die Fragen an das Kultusministerium in der Fragestunde werden von Herrn Staatssekretär Brockmann beantwortet.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen noch Folgendes mitzuteilen, im Nachgang zu der 65. Plenarsitzung am 2. Februar. In der Debatte zu Drucks. 18/3640 hat sich Herr Ministerpräsident Bouffier nach Unterbrechung der Sitzung und Mitteilung des Ergebnisses der Sitzung zur Sache des zu behandelnden Tagesordnungspunktes geäußert und dabei Äußerungen im Zusammenhang mit den Beratungen im Ältestenrat gemacht.

Wir haben eine Regelung in der Geschäftsordnung, die da lautet: „Der Ordnungsruf und der Anlass hierzu dürfen von den nachfolgenden Rednerinnen und Rednern nicht behandelt werden.“ Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten in einem Gespräch darauf hingewiesen. Er hat dies bedauert. Ich beanstande hiermit offiziell diesen Vorgang, weil er nicht der Geschäftsordnung entspricht. Herr Ministerpräsident, das gilt auch für alle anderen, das sollten wir uns in Zukunft zu Gemüte führen. – Vielen Dank.

(Zuruf von der SPD: Es geht doch!)

Jetzt können wir das Frage- und Antwortspiel machen. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde – Drucks. 18/3696 –

Wir beginnen mit der **Frage 413**. Frau Abg. Ravensburg, bitte schön.

Claudia Ravensburg (CDU):

Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

Welche Möglichkeiten eröffnet aus ihrer Sicht die Etablierung des Mobilfunkstandards „Long Term Evolution“ (LTE) kurz-, mittel- und langfristig im Rahmen einer flächendeckenden Versorgung mit Breitbandanschlüssen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Kollegin Ravensburg, der neue Mobilfunkstandard LTE bietet als UMTS-Nachfolger sowohl weitaus höhere Übertragungsraten für die Breitbandversorgung als auch größere Reichweiten. Für Regionen, die wirtschaftlich nicht rentabel mit kabelgebundener Breitbandinfrastruktur versorgt werden können, bietet diese Funktechnologie die Möglichkeit der Breitbandversorgung. LTE ist gut geeignet, den Übergang vom Grundversorgungsstatus zur zukünftigen Versorgung mit 50 bis 100 MBit/s in der Fläche zu überbrücken und das Festnetz zu ergänzen. Sie unterstützt wie UMTS außerdem mobile Anwendungen.

Die LTE-Infrastruktur ist allerdings ein neueres Medium, bei welchem die Übertragungskapazität für den Einzelnen von der Anzahl der Nutzer abhängt. Wir haben im Pilotprojekt Hofbieber, das im Oktober 2010 abgeschlossen worden ist, Durchschnittswerte von 5 MBit/s in Spitzenbelastungszeiten erreicht. Die LTE-Technologie wird ab-

sehbar Bandbreiten im mittleren zweistelligen Megabit-Bereich erlauben, im weiteren Verlauf und unter Einsatz spezieller neuer Antennentechniken auch Bandbreiten von über 100 MBit/s.

Im Rahmen des Frequenzversteigerungsverfahrens für die digitale Dividende, das im Jahre 2010 durch die Bundesnetzagentur erfolgte, wurden Mindestversorgungsauflagen vorrangig für den ländlichen Raum an die Lizenznehmer definiert, bevor diese Technologie in den Ballungsräumen zum Einsatz kommt. Den Zuschlag für diese Frequenzen haben drei Telekommunikationsunternehmen – Telekom, Vodafone und O₂ – erhalten. Diese haben Ende 2010 mit der Einrichtung und dem Betrieb von Funkanlagen begonnen, sodass mit einer Schließung von nennenswerten Versorgungslücken gerade im ländlichen Raum gerechnet werden kann.

Um es zusammenfassend zu sagen: Es ist eine ergänzende Möglichkeit, deren technische Entwicklung Perspektiven eröffnet, die sogar über den Lückenschluss hinausgehen. Ich habe deutlich zu machen versucht, dass wir diese aber zunächst im ländlichen Raum – dem hat auch dieser Versuch in Hofbieber gegolten – realisieren wollen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Schork.

Günter Schork (CDU):

Herr Minister, welche Sicherheitsstandards sind für LTE notwendig, um auch sensible Daten senden zu können?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Meine technischen Kenntnisse reichen nicht aus. Ich bin gern bereit, Ihnen die Frage im Nachgang zu beantworten.

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Frage ist **Frage 414**. Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Seit wann gibt es die Abteilung „Controlling Optionskommunen“ im Hessischen Sozialministerium?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, in dem Hessischen Sozialministerium gibt es keine Abteilung „Controlling Optionskommunen“. Sollte das irgendwo kommuniziert sein, wäre ich für einen Hinweis dankbar. Dann können wir das berichtigen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Minister, gibt es eine Abteilung in Ihrem Haus, die mit der Überprüfung der Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Optionskommunen beschäftigt ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 3. August 2010, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt, wurden den obersten Landesbehörden in Hessen und damit dem Hessischen Sozialministerium ab dem 1. Januar 2011 neue Aufgaben im Bereich der Zielsteuerung im SGB II übertragen. Zum Beispiel ist in § 18b der sogenannte Kooperationsausschuss festgelegt, in § 18c der Bund-Länder-Ausschuss, in § 48 die Aufsicht über die zugelassenen kommunalen Träger, in § 48a der Vergleich der Leistungsfähigkeit und in § 48b Zielvereinbarungen. Diese Aufgaben werden innerhalb der Abteilung IV – Arbeit und Soziales – im Hessischen Sozialministerium wahrgenommen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Sind in diesem Zusammenhang in Ihrem Haus Stellen neu geschaffen worden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Abgeordneter, aus den zur Verfügung stehenden Stellenkontingenten wurde die Organisation so umgesetzt, dass die neuen Aufgaben fachgerecht bearbeitet werden können. Es kam auch zu einer externen Einstellung, aber nicht auf der Grundlage einer neuen Stelle. Da Sie den Bearbeiter aus unmittelbarer Kenntnis kennen, werden Sie sicherlich mit mir einer Meinung sein, dass das eine qualifizierte Mitarbeit ist. Es ist keine neue Stelle geschaffen worden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 418, Herr Abg. Wiegel.

Kurt Wiegel (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Ziele verfolgt sie mit der Förderung des Naturschutzgroßprojektes Vogelsberg?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Wiegel, der Vogelsberg hat eine große Bedeutung für die biologische Vielfalt in Deutschland. Als das größte zusammenhängende Basaltmassiv Mitteleuropas repräsentiert er eine Reihe von charakteristischen Biotoptypen. Dies gilt insbesondere für die großflächig vorhandenen Buchenmischwälder und Bergmähwiesen der Hochlagen in Kombination mit Feuchtwiesen und Borstgrasrasen, die von bundesweiter Bedeutung sind.

Die Vielfalt und der Wert dieser Mittelgebirgslandschaft zeigen sich insbesondere auch an der Fülle bedrohter Arten und Pflanzengesellschaften. So wurden in den ausgewiesenen sieben Kerngebieten allein 225 Arten gemäß der Roten Liste des Bundes und 36 bundesweit bedrohte Pflanzengesellschaften nachgewiesen.

Dennoch ist diese Vielfalt zunehmend bedroht. Da die Pflege der Bergwiesen immer unattraktiver geworden ist, sollen über den Projektzeitraum hinaus tragfähige innovative und beschäftigungswirksame Maßnahmen entwickelt werden. Die erste Planungsphase des Naturschutzgroßprojektes Vogelsberg, die bis Oktober 2013 läuft, ist im Oktober vergangenen Jahres angelaufen. Überraschend schnell konnten zum 1. Februar dieses Jahres die Projektleitungs- und die Verwaltungsstelle des neuen Naturschutzgroßprojektes Vogelsberg besetzt werden.

In den ersten drei Wochen wurden bereits wesentliche Grundlagen für einen erfolgreichen Start des Projekts gelegt, die Geschäftsstelle eingerichtet und die ersten Beschaffungen getätigt. In Kürze wird zunächst der Pflege- und Entwicklungsplan ausgeschrieben werden, der bis Oktober 2013 erarbeitet werden soll. Dieser wird von einer sozioökonomischen Analyse begleitet. Hierin soll dargelegt werden, wie sich landwirtschaftliche Betriebe der Region an der Erhaltung des Grünlandes durch eine naturschutzorientierte Nutzung beteiligen können und auch wollen.

Es ist Ziel des Projekts, die biologische Vielfalt zu erhalten und zu entwickeln, den Landwirten eine dauerhafte ökonomische Perspektive zu geben und den Naturtourismus zu stärken. Der Beginn dieses großen Naturschutzprojektes ist auch ein wichtiger Schritt für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Neben naturschutzrechtlichen Aspekten soll das Projekt auch die Entwicklung des ländlichen Raums in anderen Bereichen voranbringen. Nur gemeinsam mit den ortsansässigen Betrieben wird es gelingen, die von der Landnutzung geprägte Kulturlandschaft entsprechend langfristig zu erhalten.

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Frage, **Frage 419**. Frau Abg. Wiesmann.

Bettina Wiesmann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hat sich die Nachfrage nach der Familienkarte Hessen seit ihrer Einführung entwickelt?

(Zurufe von der SPD: Gut! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Die eben aus den Reihen der Oppositionsfractionen gehörte Antwort trifft nicht zu.

(Günter Rudolph (SPD): Oh!)

Es ist bestens.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Abg. Manfred Görig (SPD))

Die Familienkarte erfährt nämlich seit ihrer Einführung am 1. September 2010 eine große Beliebtheit bei den hessischen Familien. Rund fünf Monate nach dem Start der Familienkarte Hessen sind mittlerweile mehr als 76.000 Familien im Besitz der Familienkarte bzw. haben diese beantragt. Somit profitieren rund 275.000 Personen in Hessen von der Familienkarte.

Die Zahl der Partner ist seit September 2010 auf über 95 angewachsen. Auch hier: Tendenz steigend. Die Angebote und Leistungen werden kontinuierlich durch die Gewinnung neuer Partner weiterentwickelt und ausgebaut. So kann die Erfolgsgeschichte der Familienkarte Hessen fortgeführt werden.

Damit geht natürlich – das ist Ziel der Familienkarte – die Verbesserung der Situation von Familien in Hessen einher. Insbesondere ist das für den Elternratgeber geplant. Mich freut ganz besonders, dass wir in der Zwischenzeit auch Anfragen von Kommunen haben, insbesondere aus Nordhessen, die sich bereit erklären und bei uns nachfragen, ob sie als Kommune, als Gemeinde, als Stadt Kooperationspartner der Familienkarte werden können, um ihre eigenen Angebote für Familien an dieser Stelle mit publik zu machen. Daran sieht man, dass die Akzeptanz unglücklich gut ist – nicht nur gut, sondern bestens.

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Frage ist **Frage 421**. Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie begründet sie die Einsetzung eines nicht der Schule angehörenden kommissarischen Schulleiters am Landgraf-Ludwig-Gymnasium in Gießen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Herr Abg. Merz, mit der Übertragung der kommissarischen Schulleitung auf einen Schulaufsichtsbeamten des Staatlichen Schulamtes soll in diesem Fall ausgeschlossen werden, dass durch die Wahrnehmung der Aufgaben der

ausgeschriebenen Stelle durch eine Bewerberin bzw. einen Bewerber die Verfahrensrechte des jeweils anderen verletzt werden. Die kommissarische Schulleitung wird während des noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen gerichtlichen Eilverfahrens aufrechterhalten.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Staatssekretär, welche Vorteile im Auswahlverfahren sollte Ihrer Meinung nach die bisherige langjährige stellvertretende und auch langjährige kommissarische Schulleiterin aus ihrem Verbleib in dieser Funktion haben, den sie nicht schon bisher gehabt hätte?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Herr Abg. Merz, die bisherige stellvertretende Schulleiterin ist in diesem Verfahren eine Bewerberin, und dieses Verfahren ist noch nicht rechtskräftig. Solange es nicht rechtskräftig ist, wird der kommissarische Leiter diese Schule leiten, damit für keine der beiden im Verfahren befindlichen Personen irgendein Vorteil oder Nachteil entsteht. Die bisher im Verfahren als stellvertretende Schulleiterin um die Schulleiterstelle ringende Stellvertreterin bleibt weiterhin stellvertretende Schulleiterin.

Präsident Norbert Kartmann:

Noch eine Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie und wie beurteilt die Landesregierung die im Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen vom 14.02.2011 gerügten gravierenden Mängel im bisherigen Auswahlverfahren, insbesondere im Hinblick auf die Zeitpunkte der verschiedenen Entwürfe eines Berichts über das Überprüfungsverfahren und im Hinblick auf die vom Gericht nicht nachvollziehbare Veränderung der Bewertung von Entwurf zu Entwurf?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Herr Abgeordneter, unser Haus hat dieses Verfahren auf der Basis der Vorarbeiten der staatlichen Schulaufsicht wie immer nach bisher bewährten und in vielen Fällen auch außerordentlich erfolgreichen Besetzungsverfahren gemacht. Dass im Augenblick einer juristischen Anfechtung immer streitig ist, wie das ausgeht, ist eine Erkennt-

nis, die Sie oder wir oder jeder andere im Laufe seines Lebens gewinnen können.

Wir haben alle Aspekte dieses Verfahrens anders gesehen als das Gericht, und die Prüfung, ob wir in Revision gehen, ist noch nicht abgeschlossen.

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Frage ist **Frage 422**. Frau Abg. Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann und mit welchem Ergebnis hat sich der runde Tisch zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts zuletzt mit der Landesregierung getroffen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Frau Abg. Öztürk, die Mitglieder des runden Tisches zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts haben sich mit der Landesregierung zuletzt am 31. Mai 2010 im Hessischen Kultusministerium getroffen.

Bei diesem Zusammentreffen kam es zu einem Informationsaustausch über den Sachstand unter den Verbänden und Einzelvertretern der muslimischen Vereine, die ihr großes Interesse an einem bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht bekundeten. Auch die Bedingungen für eine verfassungsrechtliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes wurden hierbei thematisiert. Hierzu wurde in der Sitzung des runden Tisches am 4. Dezember 2009 seitens des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa ein 10-Punkte-Arbeitspapier übergeben, in dem die wesentlichen Voraussetzungen an eine Religionsgemeinschaft in diesem Sinne, also im Sinne der Verfassung, festgehalten wurden.

Weiterhin wurde das Konzept für die neuen hessischen Kerncurricula und ein deutsches Lehrbuch für islamischen Religionsunterricht beispielhaft vorgestellt. In diesem Rahmen wurden den Mitgliedern des runden Tisches auch Lehrpläne bzw. Curricula für islamische Angebote in anderen Bundesländern übergeben.

Als Ergebnis wurde übereinstimmend von allen Seiten Folgendes festgehalten: erstens die Bildung einer Arbeitsgruppe, die einen Lehrplan für die Klassen 1 bis 4 erarbeitet, zweitens die Benennung von Ansprechpartnern aus den Verbänden für diese Arbeitsgruppe bis zu den Sommerferien 2010, drittens die Begleitung der Arbeitsgruppe durch die Frankfurter Professoren Özsoy und Takim.

Die Arbeitsgruppe hat seit September 2010 mehrfach intern getagt und sich bisher dreimal mit Vertretern des Hessischen Kultusministeriums getroffen, um Zwischenergebnisse auszutauschen und um das weitere Vorgehen abzustimmen. Der nächste runde Tisch, an dem die Ergebnisse der Arbeitsgruppe ihrerseits vorgestellt werden sollen, wird voraussichtlich im April dieses Jahres stattfinden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung, ob sich der runde Tisch nur mit dem Kultusministerium getroffen hat oder auch mit anderen Ministerien der Landesregierung.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Frau Abgeordnete, das Hessische Ministerium für Justiz, Integration und Europa und das Innenministerium waren jeweils durch Vertreter anwesend.

Präsident Norbert Kartmann:

Danke. – Eine Zusatzfrage von Herrn Merz, bitte.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Staatssekretär, können wir aus der Tatsache, dass Sie diese Anfrage beantworten, schlussfolgern, dass das Kultusministerium jetzt für den Prozess hin zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts federführend ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Herr Abgeordneter, für den religionspädagogischen und curricularen Teil ist das Kultusministerium nach wie vor federführend. Das war es immer. Für den staatsrechtlichen Teil, der nicht unerheblich ist, nämlich für die Frage, ob und wann islamische Gruppen die Voraussetzungen von Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes erfüllen, eine Religionsgemeinschaft zu sein, ist selbstverständlich das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa zuständig. Das war immer so, und das hat sich nicht geändert.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sieht die Hessische Landesregierung auch ein Treffen des runden Tisches mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst vor?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Frau Abgeordnete, ich glaube, die Hessische Landesregierung arbeitet in diesem Prozess der Etablierung des islamischen Religionsunterrichts außerordentlich intensiv und gut zusammen und hat eine lückenlose Übereinstimmung in allen Fragen.

Die Frage der Lehrerausbildung ist bisher nicht angesprochen worden, weil wir die grundsätzliche Frage, ob es uns überhaupt gelingt, einen konfessionellen Religionsunterricht in Hessen zu etablieren, bis zum letzten runden Tisch noch überhaupt nicht positiv beantworten konnten.

Inzwischen sind wir außerordentlich zuversichtlich. Jetzt haben auf Beamtenebene längst die Gespräche über die Frage stattgefunden, welche Konsequenzen dieser Fortschritt auch für die Lehrerausbildung hat.

(Wortmeldung)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, das geht nicht. – Dann haben wir die **Frage 423**. Frau Abg. Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Welche muslimischen Vereine und Verbände bzw. Personen sind Mitglied im runden Tisch zur Einführung für islamischen Religionsunterricht, den die Landesregierung im Jahr 2009 einberufen hat?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Frau Abgeordnete, folgende Verbände und Vereine bzw. Personen sind Mitglied des runden Tisches: DITIB-Landesverband Hessen e. V., Hazrat Fatima Moschee, Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland e. V., Föderation der Aleviten in Deutschland – Landesverband Hessen, Deutsch-Marokkanische Gesellschaft für Kultur und Bildung e. V., Zentralrat der Marokkaner in Deutschland e. V., Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, Türkische Gemeinde Rhein-Main e. V., Türkisch-Deutscher Club Frankfurt und ISL Hessen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung, welcher dieser Verbände einen Antrag zur Erteilung des islamischen Religionsunterrichts gestellt hat und welche noch einen stellen wollen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Im Augenblick kann man nicht von einem Antrag auf Erteilung islamischen Religionsunterrichts sprechen. DITIB-Landesverband Hessen e. V. und Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland e. V. haben den Antrag gestellt, als Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz anerkannt und in diesem Sinne als Partner eines künftigen Religionsunterrichts akzeptiert zu werden. Das ist etwas anderes als ein Antrag auf Erteilung eines Religionsunterrichts. Was den Religionsunterricht angeht, so haben sämtliche Gruppen in der von mir vorhin zitierten Sitzung im Mai letzten Jahres übereinstimmend gesagt, dass sie einen einheitlichen islamischen Religionsunterricht für sie alle in Hessen haben wollen – mit Ausnahme der Aleviten, deren Religionsunterricht bereits durch unser Haus genehmigt ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung, ob diese Vereine und Verbände – mit Ausnahme der Aleviten, die einen eigenen Religionsunterricht haben – der Landesregierung den Vorschlag gemacht haben, gemeinsam einen Beirat zu gründen und mit diesem Beirat die Frage des fehlenden Ansprechpartners zu überbrücken.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Frau Abgeordnete, nein, das haben sie bisher nicht. Gleichwohl ist es ein zentraler Gegenstand unserer Gespräche, dass diese Gruppen miteinander eine gemeinsame Struktur in irgendeiner Art und Weise bilden müssen, die im Sinne des Grundgesetzes – ich sage das jetzt in Anführungszeichen – Religionsgemeinschaft im weitesten Sinne wäre. Dass dies für islamische Gläubige außerordentlich schwierig ist, ist uns bewusst. Aber es ist allen Beteiligten und auch allen Gruppen klar, dass es erforderlich ist, eine gemeinsame Struktur zu finden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Irmer.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Ich frage die Landesregierung: Herr Staatssekretär, wer ist der Vertreter der Hazrat Fatima Moschee? Ist es nach wie vor Herr Kaymakci, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen ist, die wiederum zu Recht nicht zu dem runden Tisch eingeladen worden ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Herr Abg. Irmer, bisher hat Herr Kaymakci, wenn ich mich richtig entsinne, in zwei Sitzungen diese Gruppe vertreten. Er ist aber in der Untergruppe, die sich mit dem Curriculum beschäftigt und damit auch arbeitet, nach meiner Kenntnis nicht vertreten gewesen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Tipi.

Ismail Tipi (CDU):

Meine Frage hierzu ist, mit welcher Begründung der Türkisch-Deutsche Club in dieser Runde mit am Tisch sitzt. Sie haben vorhin zitiert, dass diese Gruppe bei dem runden Tisch dabei ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär Brockmann.

Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im Kultusministerium:

Die Zusammensetzung dieser Gruppe war ganz sicher von Anfang an ein sensibles Thema. Sie ist ganz am Anfang zwischen dem Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, dem Innenministerium und unserem Haus abgesprochen worden. Damals ist man im Konsens zu dieser Gruppe gekommen. Wir haben diesen Konsens nicht angerührt, sondern haben, da keinerlei Einsprüche von außen und von innen kamen, die Zusammensetzung dieser Gruppe so übernommen, um geräuschlos weiterarbeiten zu können.

Präsident Norbert Kartmann:

Zur Information. Bei einer Frage hat der Fragesteller zwei Zusatzfragen und das übrige Haus noch zwei. Die weiteren Wortmeldungen sind daher erledigt.

Ich rufe die **Frage 427** auf. Frau Abg. Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Landesdienststellen kämen für die Nachnutzung der Liegenschaft des Amtsgerichts Usingen nach der derzeit von der Landesregierung geplanten Schließung in Betracht?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Verehrte Frau Kollegin, die Frage der Verwertbarkeit von Gerichtsgebäuden wurde im Rahmen der Erarbeitung der Vorschläge für Strukturmaßnahmen in der hessischen Justiz mit dem Hessischen Immobilienmanagement, dem HI, erörtert. Das HI hat aus eigener Sachkunde und Erfahrung eine Prognose über die künftige Verwendung bzw. Verwertbarkeit getroffen und diese dem Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa mitgeteilt. Bei der Prognoseerstellung kommt dem HI zugute, dass es den Immobilien- und Raumbedarf der gesamten hessischen Landesverwaltung kennt und daher bereits eine fachlich und sachlich fundierte Einschätzung über eine Anschlussnutzung durch Institutionen der Landesverwaltung abgeben kann.

Hinsichtlich des Gebäudes des Amtsgerichts Usingen ist nach Einschätzung des HI aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse die Nachnutzung durch eine Landesdienststelle durchaus wahrscheinlich. Eine verbindliche, konkrete Angabe, um welche Landesdienststelle es sich handelt, ist gegenwärtig allerdings nicht möglich.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Danke schön, Herr Staatsminister. Bei uns schlagen die Wogen logischerweise sehr hoch. Es gibt diverse Äußerungen von diversen Menschen. Unter anderem geistert seit längerer Zeit durch die Landschaft, dass die Polizeistation Usingen in dieses Gerichtsgebäude einziehen könnte. Können Sie dazu eine Aussage treffen?

(Holger Bellino (CDU): Guter Vorschlag!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Verehrte Frau Kollegin, ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass eine verbindliche, konkrete Aussage derzeit nicht möglich ist. Auch ich habe, wie Sie, gehört, dass es möglich ist, dass es sein könnte, dass die Polizei dieses Gebäude beziehen wird. Ich weise darauf hin, dass wir uns noch nicht einmal in einem parlamentarischen Verfahren befinden, sondern derzeit führt die Landesregierung eine entsprechende Anhörung zu einem Gesetzentwurf durch. Ich mache das nur deutlich, weil ich nicht so genau einschätzen kann, ob das Haus genau weiß, wo wir uns derzeit im Verfahren befinden: noch nicht einmal im parlamentarischen Verfahren über die Schließung des Amtsgerichts in Usingen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Minister, halten Sie es für möglich, dass noch Änderungen an den bisherigen Schließungsplänen des Justizministeriums Platz greifen, zumal der Gerichtsbezirk eine riesengroße Fläche im Taunus einnimmt und insofern auch durchaus umweltpolitische Aspekte eine Rolle spielen könnten bzw. zu dem Thema der Erreichbarkeit in der Fläche in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP für diese Wahlperiode stand: Erhalt der Justiz in der Fläche?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Verehrte Frau Kollegin Fuhrmann, natürlich schon aus theoretischen Gründen, aber auch aufgrund meiner über 20-jährigen praktischen Erfahrung in diesem Hause halte ich die Änderung eines Gesetzentwurfs so lange für möglich, solange der Gesetzentwurf nicht durch den Präsidenten als zum Gesetz erhoben bezeichnet wird. Ich darf aber auch darauf hinweisen – die Debatten sind in diesem Hause bereits geführt worden; ich habe dies in einer Regierungserklärung im Sommer eingebracht –, dass sich die Hessische Landesregierung sehr wohl sehr intensive Gedanken darüber gemacht hat, wie eine effiziente hessische Justiz erreicht werden kann, unter anderem unter Beachtung von Wissen von außerhalb, sei es vom Hessischen Rechnungshof, sei es von Kienbaum und anderen Organisationen.

Als Hessische Landesregierung haben wir eine Entscheidung getroffen, die zu dem Ergebnis gekommen ist, dass unter anderem das Amtsgericht in Usingen auch deshalb geschlossen werden kann, weil es sich dabei um ein kleines Amtsgericht handelt, bei dem nicht das volle Angebot eines Amtsgerichts vorgehalten werden kann. Bei einem kleinen Amtsgericht hat man immer das Problem, dass gewisse Vertretungsregelungen für den Rechtsuchenden von Nachteil sind, weil Termine nicht zeitnah durchgeführt werden können.

Darüber hinaus haben wir durch den Vorschlag, der derzeit bei der Regierungsanhörung erörtert wird – welche Orte des Hochtaunuskreises zum Amtsgerichtsbezirk Bad Homburg und welche Orte des Hochtaunuskreises zum Amtsgerichtsbezirk Königstein gemäß unserem Vorschlag zugeordnet werden sollten –, deutlich gemacht, dass die von Ihnen angesprochenen Entfernungs- und Umweltprobleme Berücksichtigung finden.

Ich fasse zusammen: Das letzte Wort hat der Hessische Landtag. Aber er erörtert den bei ihm noch nicht eingebrachten Gesetzentwurf jetzt noch nicht. Darüber hinaus gehe ich davon aus, dass das Hessische Immobilienmanagement die notwendigen Vorarbeiten genau so zügig und effektiv durchführt, wie ich das bisher von ihm kenne.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Hofmann.

Heike Hofmann (SPD):

Herr Minister, wie erklären Sie es sich dann, dass nach dem veralteten Bericht des Rechnungshofs die selbst aufgestellten Kriterien bei dem eben angesprochenen Amtsgericht in Usingen nicht zum Tragen kommen?

Zum Zweiten. Wie Sie eben selbst gesagt haben, ist der Gesetzentwurf noch gar nicht eingebracht und das Gesetzgebungsverfahren noch gar nicht im Gange. Wie können Sie es sich dann erklären, dass sich schon jetzt diverse Arbeitsgruppen zu den diversen Amtsgerichtsschließungen konstituiert haben und bereits tagen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr verehrte Frau Kollegin, ich glaube feststellen zu dürfen: Das waren eben zwei Fragen, nicht nur eine. Darauf wollte ich nur hinweisen, denn ich habe die Geschäftsordnung dieses Hauses in Teilen mitgestaltet, und ich wollte sagen, das ist mir aufgefallen.

(Heike Hofmann (SPD): Man kann es einmal probieren!)

Ich will aber gerne zu beiden Fragen Stellung nehmen.

Zur ersten Frage. Ich widerspreche ausdrücklich der Feststellung, dieses Gutachten des Rechnungshofs sei veraltet. Ich weiß gar nicht, woher Sie das nehmen. Auch der Rechnungshof selbst hat sich in den letzten Monaten immer wieder zu diesem Gutachten geäußert. Ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass dies die Rechtsmeinung und insbesondere auch die tatsächliche Meinung des Rechnungshofes ist.

Zum Zweiten. Ich glaube, in dem Beitrag eben schon deutlich gemacht zu haben – anscheinend aber nicht sehr erfolgreich –, dass die Landesregierung, nachdem wir in diesem Hause eine Regierungserklärung abgegeben haben, selbstverständlich mit den Fraktionen, die uns tragen, geeignete Rückkopplungen durchgeführt hat. An dieser Stelle kann ich nur meinen ausdrücklichen und auch ganz persönlichen Dank an die Kollegen Bellino und Dr. Blechschmidt richten, die in der vergangenen Woche diese Auffassung sehr konzentriert und fachlich fundiert vor Ort, in Usingen, deutlich gemacht haben.

(Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Letzte Zusatzfrage, Frau Abg. Faeser.

Nancy Faeser (SPD):

Herr Minister, trifft es zu, dass beim Amtsgericht Usingen bereits Umbaumaßnahmen eingeleitet wurden? – So viel zum Respekt vor diesem Parlament.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Hahn.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Es trifft zu, dass uns vom Haushaltsgesetzgeber ein gewisser Betrag dafür im Haushaltsplan für dieses Jahr zur Verfügung gestellt worden ist. – So viel zum Respekt vor dem Parlament.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 428, Frau Abg. Hofmeyer.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Beabsichtigt sie, sich gegen die aktuell ins Gespräch gebrachte Mautpflicht auf der B 7/B 83 im Landkreis Kassel zur Wehr zu setzen, um durch Ausweichverkehre von Lkw bedingte Schädigungen der Landesstraßen in den betroffenen Ortsdurchfahrten von Immenhausen und Espenau sowie Emissionsbelastungen der dortigen Anwohner zu vermeiden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Kollegin Hofmeyer, Sie sprechen ein Problem an, das in seiner Bedeutung natürlich über die genannten Straßen und Orte hinausgeht. Denn diese Frage betrifft Bundes- und Landesstraßen in ganz Hessen.

Der Bundesrat hat in der Zwischenzeit zu diesem Gesetzentwurf zur Ausweitung der Maut Stellung genommen. Die Länder haben den Entwurf des Bundes kritisiert und angeregt, dass nur Abschnitte länger als 5 km in die Mautpflicht übernommen werden. Dies würde bedeuten, dass die konkret benannte Strecke nicht hineinfällt; denn sie liegt unter diesem Niveau.

Darüber hinaus haben die Länder darum gebeten, per Rechtsverordnung sämtliche mautpflichtigen Strecken festzulegen. Erst dann nämlich hätten wir die Möglichkeit, im Einzelfall zu prüfen, auf welche Straßen die Lkw-Maut ausgedehnt werden kann. Dann erst könnten wir die Konsequenzen einer solchen Entscheidung beurteilen. Es liegt nicht im Interesse des Landes, dass Ausweichverkehre über Landesstraßen abgewickelt werden könnten – unter anderem aus den von Ihnen genannten Gründen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Hofmeyer.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Herr Minister, vielen Dank. In der Tat war das eine auch für uns neue Information. Wenn es so ist, dass dieser Streckenabschnitt nicht mehr unter diese Regelung fällt: umso besser. Aber doch noch eine Zusatzfrage: Sie sagen, das betrifft natürlich das gesamte Landesgebiet und alle Länder. Unser Hinweis war aber, eine solche Mautpflicht ist nur dort sinnvoll, wo wirklich Bundesstraßen zur Umfahrung von Autobahnen benutzt werden. Am Beispiel der

genannten Strecke sieht man, die Lkw fahren nicht dort, weil sie eine Autobahn mit Mautpflicht meiden wollen, sondern weil es ein Streckenabschnitt ist, der von denen genutzt wird, die dort ortansässig sind. Daher meine Frage: Sehen Sie die Einbeziehung dieses Streckenabschnitts nicht auch sachlich als unsinnig an?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Kollegin Hofmeyer, zunächst muss man sich mit diesem Gesetzentwurf auseinandersetzen. Deswegen haben wir Wert darauf gelegt, dort nicht beliebige Strecken hinzuzunehmen, sondern dass eine Mindestlänge der Strecke Voraussetzung ist, nämlich diese 5 km.

Wir müssen jetzt den weiteren Beratungsgang mit dem Bund abwarten. Da ist noch eine Vielzahl anderer Probleme zu lösen. Beispielsweise muss man die Frage stellen, in welchem Verhältnis die Einnahmen, die da erreicht werden können, zu den Belastungen stehen, die dort möglicherweise entstehen.

Ich bitte aber um Verständnis. Angesichts des Beratungsstandes – der Gesetzentwurf ist zunächst dem Bundesrat zugeleitet und im Bundestag noch nicht diskutiert worden – ist es wenig sinnvoll, jede einzelne Strecke daraufhin zu prüfen, ob ihre Einbeziehung angemessen ist oder nicht. Mit der Aussage, dass wir eine Mindestlänge von 5 km haben wollen – das ist das Votum der Länder –, ist ein konkreter Vorschlag formuliert. Im vorliegenden Fall wäre dieses Kriterium nicht erfüllt.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 430, Herr Abg. Frankenberger.

Uwe Frankenberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ist es beabsichtigt, die vakante Stelle des Geschäftsführers bei der Hessen-Agentur wiederzubesetzen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Frankenberger, über die Besetzung der vakanten Stelle wird in einer der nächsten Aufsichtsratssitzungen bzw. vorbereitend im Personalausschuss der Hessen-Agentur beraten und entschieden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 434, Frau Abg. Enslin.

(Widerspruch des Abg. Uwe Frankenberger (SPD))

– Dann bitte die Hand richtig in die Höhe. Herr Kollege, wir alle haben es nicht gesehen. – Also Zusatzfrage für Sie, Herr Frankenberger.

Uwe Frankenberger (SPD):

Herr Minister, geben Sie meiner Einschätzung recht, dass Sie meine Frage nicht beantwortet haben: ob Sie beabsichtigen, diese Stelle wiederzubesetzen?

(Minister Stefan Grüttner: Das ist die Sache der Gesellschaft!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Abgeordneter, wenn ich mich richtig entsinne, habe ich gesagt: Über die Besetzung dieser vakanten Stelle wird in einer der nächsten Sitzungen des Aufsichtsrates entschieden. – Das ist eine eindeutige Antwort.

Es ist wohl selbstverständlich, dass in einer Gesellschaft des Landes diese Gremien mit dieser Frage befasst werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Siebel.

Michael Siebel (SPD):

Herr Staatsminister, stimmen Sie mir zu, dass Antworten, die in dieser Art gegeben werden, einer Gesellschaft des Landes Hessen, die eine erhebliche Außenwirkung hat, nicht guttun?

(Minister Stefan Grüttner: Wieso?)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Im Gegenteil, ich bin der Meinung, es tut dieser Gesellschaft gut, weil es richtig ist, in den Gremien der Gesellschaft eine solche Entscheidung zu beraten und auch dort die Entscheidung zu treffen und nicht hier im Hessischen Landtag Vorabklärungen abzugeben.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Frankenberger.

Uwe Frankenberger (SPD):

Herr Minister, ist es dann so, dass Sie unabhängig von der Frage, ob die vakante Stelle eines zweiten Geschäftsführers wiederbesetzt wird, in der Lage sind, die von Ihnen im Jahr 2009 angekündigte Neupositionierung und Neukon-

zeption der Hessen-Agentur zu einem Abschluss zu bringen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Wir sind bei der Neupositionierung der Hessen-Agentur auf einem guten Wege. Dazu wurde noch eine andere Frage gestellt, bei der ich etwas sagen kann. Ansonsten gilt das, was ich eben gesagt habe: Wir diskutieren diese Frage in den Gremien. – Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Frankenberger, bin ich der Auffassung, dass ich die Frage einwandfrei im Interesse der Hessen-Agentur beantwortet habe.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 434, Frau Abg. Enslin.

Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Welche geschäftlichen Erwartungen sind mit dem Messeauftritt des Landes Hessen auf der CeBIT verbunden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister des Innern und für Sport.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Verehrte Frau Abg. Enslin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hessen ist seit 2004 mit einem eigenen Stand auf der CeBIT vertreten. Mit dem Messeauftritt der Landesregierung sind keine geschäftlichen Erwartungen im Sinne von fiskalischen Interessen verbunden. Der Messeauftritt dient vornehmlich dem Ziel, Werbeträger zu sein, und zwar im Rahmen der Standortkampagne „An Hessen führt kein Weg vorbei“. Die damit verbundene Außenwirkung ist von einem besonderen Wert, um Leistungsfähigkeit, aber auch Innovationsstärke des Standortes Hessen zu präsentieren.

Ich füge hinzu, dass im Hinblick auf die Kosten und auch vor dem Hintergrund immer neuer technischer Fortschritte und Möglichkeiten zur Informationsgewinnung im Sinne der Fragestellerin die Fortführung eines Messeauftritts und natürlich auch der Umfang eines solchen Messeauftritts des Landes Hessen ständig überprüft werden und auch kritisch überprüft werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Enslin.

Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte gerne nachfragen: Wie viele Kundenverträge sind auf der CeBIT akquiriert worden? Oder gehe ich recht in der Annahme, dass dort keine akquiriert worden sind?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Innenminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Wie ich eben vorgetragen habe, Frau Abg. Enslin, ist das nicht das vorrangige Ziel. Deswegen kann ich Ihnen die konkrete Zahl, falls es zu solchen Abschlüssen gekommen sein sollte, nicht nennen. Ich bin durchaus bereit, nachzuforschen, ob es so etwas überhaupt gibt.

Aber ich kann nur wiederholen: Es gibt keine vorrangig geschäftlichen Erwartungen, die an diesen Auftritt geknüpft sind, sondern es geht vornehmlich darum, als Werbeträger aufzutreten und Außenwirkung mit dem Ziel zu entfalten, deutlich zu machen, wie leistungsfähig und wie innovationsstark das Land Hessen im Rahmen von E-Government und IT-Anwendungen ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Dann kommen wir zur **Frage 435.** Frau Abg. Enslin.

Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Ist die Landesregierung der Meinung, dass die CeBIT die geeignete Messe ist, um hessische Kommunen für die neue Verwaltungssteuerung zu gewinnen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Frau Abg. Enslin, dazu ist zu sagen, dass Messen und Veranstaltungen grundsätzlich immer eine gute Gelegenheit sind, ein solches Projekt und auch das Projekt neue Verwaltungssteuerung einem Interessentenkreis vorzustellen, hier einem breiten Interessentenkreis im Rahmen der CeBIT. Durch die Teilnahme mehrerer Kommunen und auch der Regierungspräsidien des Landes Hessen bietet der Stand, den das Land Hessen auf dieser Messe hat, natürlich gute Möglichkeiten für ebenenübergreifende Zusammenarbeit und auch für einen ebenenübergreifenden Erfahrungsaustausch.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Erfurth, Zusatzfrage.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, wie hoch schätzen Sie die Chance ein, dass die Erfahrungen des Landes Hessen an andere Bundesländer verkauft werden können und sich somit ein materieller Erfolg aus dem Stand niederschlägt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Die Chance schätze ich sehr hoch ein. Wir tun dies ja. Wir kooperieren in vielen Fällen. Wir kooperieren in Fragen der IT für die Polizei. Wir kooperieren in Fragen von E-Government. Nehmen Sie einmal das Thema Beihilfe. Es ist ein einzigartiger Erfolgsschlager, was das Land Hessen hier auf die Beine gestellt hat und auch in vielen Fragen in Kooperation mit anderen Ländern hinbekommen hat.

Das ist nicht immer zunächst eine Frage der Finanzierbarkeit und eine Frage des Geschäfts, sondern das ist auch eine Frage, wie man miteinander umgeht und wie man miteinander arbeitet. Wenn sich am Ende unter dem Strich dadurch Einsparungen ergeben, Synergieeffekte ergeben, dann ist das umso erfreulicher. Aber das ist nicht das vorrangige Ziel, sondern die Zusammenarbeit und die Verbesserung der IT-Leistungen für die Bürger, das ist unser Ziel.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Enslin.

Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wäre eine Messe in Hessen, die stärker von den hessischen Kommunen besucht wird, nicht geeigneter?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Da die Landesregierung bislang noch nicht dazu berufen ist, Messen selbst zu veranstalten, kann ich die Frage nicht beantworten. Aber ich glaube, dass es schon richtig ist, dass die CeBIT die entsprechende Adresse ist. Mir ist keine Messe in Hessen bekannt, die das so ähnlich zustande bringen würde, wie das auf der CeBIT der Fall ist. Insoweit hat sich bislang die Frage für mich so nicht gestellt.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 439, Herr Abg. Stephan.

Peter Stephan (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welchen Ansatz verfolgt sie mit dem Projekt „Klima-Regio“, bei dem im Rahmen des Klimaschutzkonzepts Hessen 2012 bis zu 1 Million € Fördermittel an die teilnehmenden Landkreise verausgabt werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Stephan, das Modellvorhaben „Klima-Regio“ setzt ein neues Förderprinzip um. Gefördert wird nicht ein Anteil der Investitionskosten, sondern die Klimaeffi-

zienz der Vorhaben. Es handelt sich also um einen wirkungsbezogenen Ansatz, der sich an den CO₂-Vermeidungskosten orientiert. Die Förderung von wirtschaftlich effizienten CO₂-Minderungen mit Vorbildcharakter wird durch eine individuelle Fachberatung der Landkreise unterstützt.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 440, Herr Abg. Quanz.

Lothar Quanz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie wird durch sie sichergestellt, dass nach Feststellung der Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses beim Bau der Bundesstraße B 249, Ortsumgehung Meinhard-Frieda, unverzüglich die entsprechenden Finanzmittel bereitgestellt werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Quanz, um mit dem Bau der Umgehungsstraße, die Sie eben genannt haben, beginnen zu können, muss die Maßnahme vom Bund freigegeben und in den Straßenbauplan des Bundes aufgenommen sein. Das Bundesverkehrsministerium wurde in den vergangenen Bauprogrammbesprechungen von uns darüber informiert, dass die Ortsumgehung Meinhard-Frieda zur Finanzierung ansteht. Das Land Hessen wird sich nach Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses beim Bundesverkehrsministerium für die Mittelfreigabe und die Aufnahme in den Straßenbauplan einsetzen.

Zu der Termingestaltung bezüglich des Planfeststellungsbeschlusses Folgendes: Der Planfeststellungsbeschluss für die B 249, Ortsumgehung Meinhard-Frieda, wurde am 6. Dezember vergangenen Jahres erlassen. Er lag vom 24.01. bis zum 07.02.2011 in Meinhard und in Wanfried aus. Die Rechtsmittelfrist geht bis zum 07.03.2011. Wir warten jetzt ab, ob innerhalb dieser Frist Klagen erhoben werden. Wir werden dann an das Bundesverkehrsministerium herantreten, um die Finanzierung sicherzustellen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Quanz.

Lothar Quanz (SPD):

Herr Minister Posch, reichen die bereitgestellten Mittel im Haushalt des Bundes und die dem Land Hessen zur Verfügung stehenden Mittel aus, um alle planfestgestellten Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßen – Stichwort: A 49 – finanziell zu decken?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Kollege Quanz, die Antwort auf diese Frage hängt zunächst davon ab, wie der Bund als Auftraggeber die Prioritäten setzt. Wir drängen darauf, dass die Maßnahmen, die planfestgestellt sind, entsprechend finanziert werden. Die Zahl der Maßnahmen, für die wir bereits Planfeststellungsbeschlüsse haben, wo also die gleiche Situation gegeben ist, hält sich in Grenzen. Insofern denke ich, dass wir es genau so machen, wie wir es bei der A 49 gemacht haben. Da hatten wir eine ähnliche Situation; damals haben wir uns für die Finanzierung verwandt. In gleicher Weise werden wir das auch für die B 249 tun.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 441, Frau Abg. Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich frage die Landesregierung, insbesondere den Frauenminister:

Wie beurteilt sie die Auseinandersetzung zwischen Bundesarbeitsministerin von der Leyen und Frauen- und Familienministerin Schröder um die Frauenquote?

Präsident Norbert Kartmann:

Ich gehe davon aus, dass das der Herr Sozialminister beantworten kann.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Sozialminister Grüttner, bitte.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, durch einen konstruktiven Dialog zwischen verschiedenen Fachministerinnen und Fachministern werden verschiedene Ansätze zur Lösung einer Frage erst deutlich, und sie werden damit unerlässlich für eine Lösungsfindung.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Durch die ständige Präsenz und die sich daraufhin entwickelnde Diskussion über das Thema besteht eine große Chance, mit allen Akteuren ein nachhaltiges und durchgreifendes Programm zu Erhöhung der Zahl der Frauen in Führungspositionen zu entwickeln. Insofern verstehe ich die Diskussion zwischen den beiden Ministerinnen in Berlin als genau einen solchen Ansatz, wie ich es eben beschrieben habe.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Danke schön, Herr Minister. – Sind Sie mit mir der Auffassung, dass Frau von der Leyen, die eine Selbstverpflichtung angemahnt hatte, nach zehn Jahren zugeben muss, mit diesem Ansatz krachend gescheitert zu sein, und sind Sie mit mir der Auffassung, dass deshalb eine verbindliche Quotierung erfolgen müsste, wie es in Finnland,

in Norwegen und neuerdings in Frankreich durchgesetzt werden konnte?

(Horst Klee (CDU): Die sind auch gescheitert!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, ich bin nicht Ihrer Überzeugung, dass die Diskussion, die in Berlin geführt worden ist, so bewertet werden kann, dass eine der Ministerinnen mit ihren Vorstellungen „krachend gescheitert“ sei, sondern dass war ein Ansatz für einen konstruktiven Dialog zur Lösung einer Frage, die uns beschäftigen muss. Ich denke, dass man mit der Fragestellung einer flexiblen Lösung, wie sie zum jetzigen Zeitpunkt im Gespräch ist, schon weiter gekommen ist, als man es ohne eine solche Diskussion bis zum jetzigen Zeitpunkt gekommen wäre.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, da der Dialog der beiden Ministerinnen schon länger anhält, frage ich Sie: Welche Position vertritt die Landesregierung, welche Position vertreten Sie als „Frauenminister“ in dieser Frage? Stimmen Sie eher Frau von der Leyen oder eher Frau Dr. Schröder zu?

(Horst Klee (CDU): Ich stimme Frau Dr. Schröder zu!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Wie bei allen solchen Diskussionen werden die Argumente auf allen Seiten abgewogen, um dann zu einer Entscheidung zu kommen. Dieser Abwägungsprozess hält noch an.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben keine Meinung!)

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Minister, würden Sie unter Umständen in Erwägung ziehen, eine solche flexible Quote – die zudem erst ab dem Jahre 2013 gelten soll und bei der vorgesehen ist, dass die Firmen selbst festlegen, wie viel Prozent Frauen sie in Führungspositionen haben wollen – verbindlich festzuschreiben, weil das ein Weg wäre, die Gleichberechtigung von Frauen in der Wirtschaft ernsthaft voranzutreiben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, wie ich eben schon auf die Frage von Frau Kollegin Schulz-Asche gesagt habe, ist das ein Teil der Argumente, die in der Diskussion angeführt werden. Die gilt es nach wie vor intensiv zu beurteilen – da bleibt es bei dem, was ich eben geantwortet habe –, um daraus Schlüsse zu ziehen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist diese Beurteilungsphase noch nicht abgeschlossen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 442, Herr Abg. Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hoch ist die Summe der seitens der Landesregierung in den vergangenen drei bis vier Jahren in den Landkreis Hersfeld-Rotenburg geflossenen Fördermittel?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abg. Warnecke, Ihre Fragestellung, die sich auf die „vergangenen drei bis vier Jahre“ bezieht, macht eine präzise Antwort etwas schwieriger. Ich habe unterstellt, dass Sie die konkreten Jahresbeträge erfahren möchten. Der letzte verfügbare Jahrgang ist 2009, sodass ich die Jahre 2006 und 2009 zur Grundlage meiner Antwort gemacht habe.

Ich nenne Ihnen jeweils die Jahresbeträge, die der Landkreis und die Gemeinden aus Landesmitteln erhalten haben. Im Jahr 2006 hat der Landkreis insgesamt 40.392.050 € erhalten, die Gemeinden bekamen 40.400.450 €. Im Jahr 2007 bekam der Landkreis 48.409.945 €, die Gemeinden bekamen 44.486.600 €. Im Jahr 2008 bekam der Landkreis 46.901.319 €, die Gemeinden erhielten 49.847.284 €. Im Jahr 2009 erhielt der Landkreis 42.637.437 €, und die Gemeinden bekamen 47.180.029 €. Darin einbezogen sind auch die Schlüsselzuweisungen, die ich Ihnen betragsmäßig zwar nennen könnte, aber vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Zeit reiche ich Ihnen das gerne schriftlich nach.

(Torsten Warnecke (SPD): Vielen Dank!)

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen zu **Frage 443**. Frau Kollegin Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Position vertritt sie zu der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarten Gebührenordnung der Ärzte und der Zahnärzte?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, die in dem Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele, die beiden von Ihnen eben genannten Gebührenordnungen an den Stand der Wissenschaft anzupassen und dabei auch die Kostenentwicklung zu berücksichtigen, kann ich nur begrüßen. Das Problem ist nämlich, dass keine regelmäßige Anpassung vorgenommen worden ist und die Gebührenordnungen deswegen den aktuellen Stand der Wissenschaft nicht abbilden können. Wenn man sich die Gebührenordnung der Zahnärzte außerdem vor dem Hintergrund anschaut, dass sie seit mehr als 20 Jahren nicht geändert worden ist, sieht man, dass sich auch die Kosten derart entwickelt haben, dass auch sie an der Stelle zu berücksichtigen sind. Insofern begrüßt die Landesregierung die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Absicht.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Treffen Pressemeldungen zu, dass die große Reform der Gebührenordnungen ausgesetzt werden soll?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Abgeordnete, dazu kann ich Ihnen keine endgültige Aussage mitteilen. Die Pressemeldungen haben auch wir gelesen. Wir stehen in Gesprächen, können die Meldungen zum jetzigen Zeitpunkt aber weder bestätigen noch dementieren.

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Fragen vor. Dann können wir die Fragestunde für heute beenden.

(Die Fragen 446, 447, 451, 454, 455, 457, 458 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 445, 448 bis 450, 452, 453, 456, 459 und 460 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden. Die Frage 444 wurde zurückgezogen.)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport betreffend „Sicherheit – Garant unserer Freiheit“

Die vereinbarte Redezeit beträgt 30 Minuten. Das sage ich auch als Orientierungshilfe für den Herrn Minister. Ich erteile Herrn Innenminister Rhein das Wort.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hessen ist, seitdem CDU und FDP hier die Regierung übernommen haben, zu einem der sichersten Bundesländer in Deutschland geworden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ihr hattet sie doch schon vorher!)

Die Bürger wissen das – deshalb hat der Kollege Klein auch schon vorher geklatscht –, und die Bürger spüren es. Das ist keine Regierungsrhetorik und auch keine Selbstbeweihräucherung.

(Günter Rudolph (SPD): Nein, nein, überhaupt nicht!)

– Ihre Reaktion ist erstaunlich; denn die Zahlen, Daten und Fakten beweisen eindrucksvoll, dass es so ist.

(Beifall bei der CDU)

Mit einer Aufklärungsquote von 58,3 % haben wir in Hessen ein Rekordergebnis erzielt. In Hessen werden 58,3 % aller Straftaten aufgeklärt. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 0,5 Prozentpunkte. So hoch war die Aufklärungsquote in Hessen noch nie.

(Beifall bei der CDU)

2010 gab es in Hessen 5.000 Straftaten weniger als 2009. Mit insgesamt 401.864 Straftaten ist das der niedrigste Stand seit zehn Jahren. Im Vergleich zu 2004 – ein interessanter Vergleich – ist die Zahl der Straftaten in unserem Bundesland um sage und schreibe 60.000 zurückgegangen. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret und ganz praktisch spüren; das ist es, was Bürgerinnen und Bürger ganz konkret und ganz praktisch erleben, wenn es um die Sicherheit in Hessen geht.

Zu einer anderen Kennziffer, was die Sicherheit im Lande Hessen betrifft. Bei der Häufigkeitszahl, also bei der Anzahl der registrierten Delikte pro 100.000 Einwohner, gibt es ebenfalls erheblichen Anlass zur Freude. Mit 6.629 Straftaten pro 100.000 Einwohner haben wir die für Kriminalisten magische Grenze von 7.000 Straftaten unterschritten, und wir haben es heute mit einem historischen Niedrigstand zu tun: 6.629 Straftaten pro 100.000 Einwohner ist ein Wert, den es seit 1981 nicht mehr gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie können so viel lamentieren, wie Sie wollen, und Sie können – wie Sie es gern machen – so viel mit Zahlen jonglieren, wie Sie wollen:

(Günter Rudolph (SPD): Wer jongliert hier denn?)

Hessen befindet sich in der Spitzengruppe der sichersten Bundesländer in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich verstehe Ihre Zwischenrufe überhaupt nicht. Ich verstehe sie zwar akustisch, aber nicht vom Sachzusammenhang her.

(Günter Rudolph (SPD): Das könnte an Ihnen liegen!)

Sie könnten doch einfach einmal die Grandezza besitzen, zu sagen: Das ist gut gemacht, ein tolles Ergebnis, eine tolle Arbeit, danke schön. – Das wäre ein neuer Umgang miteinander.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 2010 ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht eine außergewöhnliche Bilanz der Sicherheit in Hessen.

(Clemens Reif (CDU): Nicht so bescheiden!)

Sie beweist trotz aller Kübel voll Dreck, die die Opposition sich nicht zu schade gewesen ist auszugießen,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

dass die hessische Polizei zu exorbitanten Leistungen fähig ist, dass sie gut aufgestellt ist und dass die Beamtinnen und Beamten eine Spitzenarbeit in Hessen leisten. Dafür sage ich den 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Polizei ein ganz herzliches Dankeschön. Sie leisten eine großartige, eine tolle Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Bilanz ist nämlich ihre Bilanz: Sie ist die Bilanz der Polizistinnen und Polizisten in Hessen. Es ist die Bilanz eines jeden Einzelnen von ihnen. Tag für Tag leisten sie mit einem Engagement, das weit über das Übliche hinausgeht, auf den Revieren, in den Stationen und in den Kriminalkommissariaten ihren nicht immer einfachen Dienst. Es ist ihre Arbeit, und es ist ihr Ergebnis.

(Beifall bei der CDU)

Die Politik kann Rahmenbedingungen setzen. Sie kann schlechte Rahmenbedingungen setzen wie die, die wir vorgefunden haben, als wir 1999 hier angefangen haben. Oder sie kann Rahmenbedingungen setzen, die stimmen: solche wie die, die seit 1999, seit dem Amtsantritt von Volker Bouffier als Innenminister, Stück für Stück, konsequent, kontinuierlich und in einer Aufholjagd, die ihresgleichen sucht, durch diese Regierung gesetzt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört beispielsweise die von CDU und FDP damals ermöglichte Videoüberwachung. Ich füge hinzu: Niemand will eine flächendeckende, lückenlose Überwachung. Das zu fordern ist nicht nur völliger Unsinn; eine solche Überwachung ist zudem ohne jeglichen Nutzen. Eine Videoüberwachung muss man klug machen, damit sie wirkt; eine Videoüberwachung muss man punktgenau machen, damit sie wirkt; und man muss sie anlassbezogen machen, damit sie wirkt. Exakt das tun wir in Hessen.

Die Erfahrungen aus zehn Jahren Videoüberwachung zeigen, dass potenzielle Täter abgeschreckt werden, dass beim Erkennen von Gefährdungen und Straftaten unmittelbar und wirkungsvoll polizeiliche Maßnahmen getroffen und bei begangenen Straftaten Beweissicherungs- und Identifizierungsmaßnahmen rasch durchgeführt werden können. Genau das war bei dem Raubmord am 11. Februar dieses Jahres der Fall, als Täter und Opfer auf dem Bahnhofsvorplatz in Fulda von einer Kamera aufgenommen worden sind und der Täter eben aufgrund der Tatsache, dass es dort eine Videoüberwachung gibt, gestellt werden konnte.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das konnte die Straftat nicht verhindern!)

– Lieber Herr Frömmrich, das hat die Straftat in der Tat nicht verhindert. Aber es hat dafür gesorgt, dass der Täter seiner Strafe zugeführt werden kann, und das wäre wahrscheinlich nicht der Fall gewesen, wenn es keine Videoüberwachung gegeben hätte.

Dazu gehört auch der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten, über den wir diskutiert haben. Sie sind seit dem 01.01.2011 wieder im Einsatz und stellen eine wertvolle und auch erforderliche Ergänzung des Fahndungsinstrumentariums der Polizei dar. Der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten ist rechtmäßig, erforderlich und auch verhältnismäßig; denn er führt zu einer erhöhten Sicherheit, und die Freiheit des Einzelnen wird dabei gerade nicht über die Maßen eingeschränkt.

Ich kann den Widerstand, den Sie hier geleistet haben, überhaupt nicht nachvollziehen. Nehmen Sie sich doch ein Vorbild an Ihrem brandenburgischen sozialdemokratischen Kollegen, dem Innenminister, der auf dem Europäischen Polizeikongress, auf dem ich mit ihm diskutiert habe, klipp und klar gesagt hat: Selbstverständlich führt auch Brandenburg Kennzeichenlesegeräte ein.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Das ist keine gute Koalition – ich bedauere das –, es ist eine rot-rote Koalition. Aber der Mann hat recht. Er hat begriffen, worauf es ankommt, und deswegen kann ich nur sagen: Nehmen Sie sich an ihm ein Vorbild.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht nur so, dass man sich an einem anderen ein Vorbild nehmen sollte. Vielmehr ist es auch so, dass die Verweigerungshaltung, die Sie an den Tag legen, falsch ist. Sie ist durch nichts begründet. Diese Verweigerungshaltung ist zudem gefährlich. Ich sage es klipp und klar: Die Kennzeichenerfassung ist etwas völlig Normales. Es ist das Wesen eines Kennzeichens, dass es erfasst wird. Andernfalls würde man überhaupt keine Kennzeichen benötigen.

Bei den Kennzeichenlesegeräten geht es eben nicht darum, dass man mittels der Vorratsdatenspeicherung einen Datenbestand erzeugt, sondern darum, bestimmte Kennzeichen zu einem bestimmten Zweck zu erfassen. Wenn wir damit jemanden verfolgen können, der z. B. ein Triebtäter ist oder sonstige schwerste Straftaten begangen hat, dürfen wir ein solches Instrumentarium nicht nur einsetzen, sondern wir müssen es sogar, weil alles andere irrwitzig wäre und wir dann die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gefährden könnten.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt Deliktfelder, die das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger besonders empfindlich beeinträchtigen. Dazu gehören die Straftaten aus dem Bereich der Gewalkriminalität, die Straßenkriminalität und der schwere Diebstahl einschließlich des Wohnungseinbruchs. Genau in diesen Bereichen – bis auf einen, auf den ich gleich noch zu sprechen komme – erleben die Bürgerinnen und Bürger in Hessen seit 1999 eine kontinuierliche Verbesserung.

Nehmen wir uns die einzelnen Bereiche einmal vor. Bei der Straßenkriminalität haben wir einen Rückgang um 4,1 %, beim Raub ist es ein Minus von 7,1 %, beim Handtaschendiebstahl sind es sogar 13,1 % weniger, und beim Diebstahl aus Kraftfahrzeugen ist die Zahl der Straftaten um 9,7 % gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit 1971. Natürlich hat das auch etwas damit zu tun, dass die Kfz-Hersteller über eine verbesserte Technik verfügen; aber es hat insbesondere etwas damit zu tun, dass es erhebliche polizeiliche Präventionsbemühungen gibt und gab und dass die hessische Polizei genau in diesem Bereich einen erhöhten Kontrolldruck ausgeübt hat.

Allerdings – damit komme ich zu dem Bereich, den ich eben angesprochen habe – gibt es dort, wo viel Sonne ist, auch immer wieder das eine oder andere Fleckchen Schatten. Dazu gehört die Zahl der Wohnungseinbrüche, die mir mit einer Zunahme von 16,3 % Kopfschmerzen bereitet. Da braucht man überhaupt nicht drum herumzureden, und das will ich hier auch nicht verschweigen.

Aber die Gründe dafür sind genauso unschön, wie sie real sind: Hessen hat eine zentrale Lage. Hessen bietet mit dieser zentralen Lage, die uns sonst zum Vorteil gereicht und in Deutschland einmalig ist, sowie mit einer ausgeprägten Verkehrsinfrastruktur wie nirgendwo anders die Möglichkeit, schnell an einen Tatort zu gelangen und sich über kurze Wege schnell wieder davon zu entfernen. Das sowie Kinderbanden, aber auch Tätergruppen aus Osteuropa und Südamerika verursachen die hohen Fallzahlen, die wir hier zu beklagen haben.

Es ist unsere Aufgabe, diese Fallzahlen zu reduzieren. Deswegen sage ich: Die hessische Polizei legt eben nicht die Hände in den Schoß. Vielmehr handelt sie. Sie hat eine rasante Aufholjagd gestartet. Dazu gehört, dass Gefährder gezielt angesprochen werden. Dazu gehört, dass es eine im Landeskriminalamt angesiedelte Arbeitsgruppe gibt, die sich speziell um dieses Phänomen kümmert.

Dazu gehört aber auch, dass wir eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive in Hessen gemacht haben. Sie hat nachhaltige und spürbare Auswirkungen. Wir haben im Jahr 2008 550 Anwärter eingestellt. Wir haben im Jahr 2009 550 Anwärter eingestellt. Wir haben das im Jahr 2010 getan. Wir haben auch im Jahr 2011 550 Anwärter in den Polizeidienst eingestellt. Das führt dazu, dass wir bei der Polizei mehr Zugänge als Abgänge haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf)

– Ich freue mich über jeden Zwischenruf von Ihnen. – Natürlich ist es genau diese Politik, die mein Vorgänger Volker Bouffier eingeleitet hat, die es uns beispielsweise ermöglicht, mit einem sehr zielgenauen und personalintensiven Konzept, nämlich mit dem Konzept „Regionale Sicherheit“, eine schnelle Eingreiftruppe für genau solche Fälle aufzustellen, die der Polizei in den Flächenpräsidien vor Ort zur Verfügung steht und die als Unterstützungskräfte der Bereitschaftspolizei bei der Bewältigung solcher regionaler Brennpunkte nachhaltig Unterstützung leisten kann. Das gilt exakt für diesen Deliktsbereich, der natürlich auch etwas mit der Präsenz der Polizeibeamten zu tun hat.

Im Gegensatz zu Ihnen redet die Landesregierung nicht nur über das Thema innere Sicherheit, sondern sie handelt da. Schauen Sie sich doch einmal die Zahlen an.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Mit Verlaub, das ist auch ihr Job!)

– Ich sagte es bereits: Ich freue mich über die Zwischenrufe des Oppositionsführers. – Eben, das ist unser Job. Sie haben Ihren Job damals nicht gemacht. Darauf möchte ich jetzt gerne zurückkommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schauen Sie sich einmal die Zahlen des Langzeitvergleichs an. Sie sehen dann doch, dass in den Neunzigerjahren, also in der Zeit, in der Rot-Grün in unserem Bundesland leider Verantwortung getragen hat, die Zahl der Wohnungseinbrüche doppelt so hoch war, wie sie heute ist.

Um das einmal anschaulich zu machen, habe ich eine wunderbare Säulengrafik mitgebracht. Herr Präsident, ich hoffe, ich darf das einmal zeigen.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Schauen Sie sich die doch einmal genau an. Da, wo die Säulen hoch sind, hat Rot-Grün regiert. Da, wo die Säulen niedrig sind, hat Schwarz-Gelb regiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist leider die Realität im Land Hessen. Deshalb kann ich nur sagen: Von Ihnen brauchen wir nun wirklich keine Ratschläge beim Thema innere Sicherheit.

Verehrte Frau Faeser, da wir schon einmal bei diesem Thema sind, möchte ich Ihnen etwas sagen, was ich Ihnen schon einmal gesagt habe. Das Beste an Ihren Pressemitteilungen ist das Foto, das von Ihnen da abgebildet wird.

(Zurufe: Oh!)

Dieses Mal haben Sie nun wirklich dem Fass den Boden ausgeschlagen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie ihm mitteilen, dass wir hier keinen Fasching machen?)

Denn in Ihrer Pressemitteilung vom 24. Februar 2011 zur Vorstellung der Kriminalitätsstatistik der Polizei haben Sie geschrieben:

„Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.“ Aber der Innenminister muss ... sogar noch seine eigenen Ergebnisse verschleiern, ...

Wissen Sie, ich bin für jeden Spaß zu haben. Ich mache auch jeden Spaß mit.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na ja!)

Das, was Sie hier veranstalten, geht aber nicht. Denn das ist ein völlig unangemessener Umgang mit dem Thema. Sie erwecken damit einen Eindruck, den ich für völlig unmöglich halte und der wirklich problematisch ist. Sie erwecken den Eindruck, dass hier mit Zahlen getäuscht und getrickst würde und dass hier mit Zahlen betrogen würde. Das halte ich für eine Unverschämtheit. Das ist ein Vorgang, der so nicht stehen bleiben kann.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Eines ist noch viel schlimmer. Wenn Sie es mir oder meinem Vorgänger vorwerfen, sei es darum. Das ist noch okay. Viel schlimmer aber noch ist, dass Sie damit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Hessen den Erfolg ihrer Arbeit absprechen. Wie ich schon gesagt habe, sind es deren hervorragende Zahlen, die den Erfolg zeigen. Denen sprechen Sie den Erfolg ab. Das halte ich für unmöglich. Denn damit diskreditieren Sie die Arbeit der 15.000 engagierten Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei.

Ich finde, das ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Sie werden nachher noch genügend Redezeit haben, sich bei den hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten für diesen ungeheuerlichen und unverschämten Vorwurf zu entschuldigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Frau Faeser, was aber tun Sie? – Sie tun exakt das Gegenteil.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind im Landtag und nicht beim Fasching!)

Sie setzen auch da noch einen drauf. Sie sagen, das seien meine Ergebnisse, und ich würde versuchen, irgendetwas zu verschleiern.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was macht ihr denn da?)

Sehr verehrte Frau Faeser, was soll ich denn, bitte sehr, verschleiern? Worüber soll ich denn täuschen? – Hier gibt es nichts zu verschleiern. Hier gibt es auch nichts zu täuschen. Denn die Zahlen, die uns vorliegen, sprechen klipp und klar eine deutliche Sprache.

Die Zahlen zeichnen ein klares Bild. Sie unterscheiden sich insbesondere fundamental von den Zahlen – –

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Haben Sie einen schlechten Tag, oder was?)

– Herr Kollege, ich habe selten schlechte Tage. Wenn es so wäre, würden Sie es garantiert nicht mitbekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Sie unterscheiden sich fundamental von den Zahlen, die Sie zu verantworten hatten. Lieber Herr Kollege, schauen Sie sich einmal die Lebenswirklichkeit des Jahres 1995 an. Die Zahl der Straftaten lag bei über 460.000. Die Aufklärungsquote befand sich im sicherheitspolitischen Nirgendwo. Sie lag bei 42 %. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

15 Jahre später haben wir über 60.000 Straftaten weniger. Wir haben eine Aufklärungsquote von über 58 %. Sehr verehrte Frau Kollegin Faeser, deswegen frage ich Sie: Was, um Himmels willen, soll ich denn da verschleiern? – Das Gegenteil ist doch der Fall. Das ist eine Zahl, bei der man nichts zu verschleiern braucht. Man kann sie offen aussprechen. Das ist ein großer Verdienst, über das man durchaus offen sprechen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum muss man sich dann so aufregen?)

– Lieber Kollege, ich rege mich gar nicht auf – ach du liebe Güte. Jürgen Frömmrich, wir kennen uns so gut, dass ich glaube, dass du weißt, wie es bei mir aussieht, wenn ich mich aufrege. Ich weiß das auch von dir.

Da es hier diesen Zwischenruf gegeben hat, will ich mich noch ein bisschen zu dem äußern, was die GRÜNEN geschrieben haben. Ich habe mir das sehr genau angeschaut. Das gehört sich so. Ich lese das immer ganz gerne.

Eigentlich hätte ich es mir sparen können. Das habe ich aber nicht getan. Ich hätte es mir ersparen können, weil es wieder erwartungsgemäß war. Es ist immer nur das Gleiche, was euch dazu einfällt.

Das Schlimme und Hilflose dabei ist, dass das den Leuten mittlerweile so ins Blut – und was auch immer sonst – übergegangen ist, dass das niemand mehr abdruckt. Darüber schreibt niemand mehr etwas. Man muss auf die Primärquelle, nämlich auf die Pressemitteilung, zurückgreifen.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt geben Sie hier nicht den Guttenberg!)

– Nein, um Gottes willen, das wollen wir heute nicht diskutieren.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt geben Sie hier nicht den Guttenberg, den Ahnungslosen!)

– Lieber parlamentarischer Geschäftsführer der SPD, es trifft zu, dass die Zahlen Bayerns in der Tat besser als unsere sind. Ich glaube, darüber braucht man gar nicht zu diskutieren. Daran gibt es nichts zu deuten.

Herr Kollege Frömmrich, eines wissen aber auch Sie: Das Land Bayern wird seit jeher von Leuten regiert, die wissen, was innere Sicherheit ist, und die Ahnung von innerer Sicherheit haben. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wenn es in Hessen nicht die vielen verlorenen Jahre unter Rot-Grün, unter Rupert von Plottnitz, Hans Eichel, und wie sie alle gehießen haben, gegeben hätte, dann würden wir heute locker mit den Bayern mithalten können.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Wahrscheinlich wären wir heute locker vor den Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wenn man darüber redet, muss man auch einmal Revue passieren lassen, was Sie für die innere Sicherheit getan haben. Sie haben nämlich nichts für die innere Sicherheit getan. Rot-Grün hat systematisch alles verhindert und blockiert, was für mehr innere Sicherheit gesorgt hätte.

Wir haben die Videoüberwachung eingeführt. Wer war dagegen? – Das war Rot-Grün.

Wir haben die Schleierfahndung eingeführt. Wer war dagegen? – Rot-Grün war dagegen.

Wir haben die Wachpolizei und den Freiwilligen Polizeidienst eingeführt. Wer war dagegen? – Natürlich waren es Rot und Grün, die dagegen waren.

Wir haben 1999 eine Aufholjagd gestartet, die uns in die Spitzenplätze führt. Es gibt heute mehr Polizistinnen und Polizisten. Es gibt heute moderne Autos. Es gibt heute bessere Waffen. Es gibt heute die EDV und IT, die notwendig sind; und es gibt heute die Instrumentarien, die notwendig sind, um die Kriminalität zu bekämpfen und um aufzuklären. Das ist beispielsweise die DNA-Analyse, die Sie bekämpft haben. Die GRÜNEN haben sie, auch hier im Hessischen Landtag, vor noch nicht allzu langer Zeit verteuft. Es ist die DNA-Analyse, mit der wir im vergangenen Jahr 23 Tötungsdelikte, 34 Sexualdelikte, 133 Fälle von Raub und Erpressung und 1.439 Diebstähle aufklären konnten.

Wer ist dagegen gewesen? – Es waren die GRÜNEN, die dagegen waren. Ich glaube, das spricht eine ziemlich deutliche Sprache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Lassen wir es einmal damit bewenden, zu bewältigen, wer welche Presseerklärung geschrieben hat. Ich glaube aber, in Sachen Sicherheit brauchen wir ausgerechnet von Ihnen nun wirklich keinerlei Nachhilfe und keinerlei Ratschläge.

Lassen Sie mich auf einen anderen wichtigen Bereich eingehen, in dem dieses Bundesland Hessen vorbildliche Arbeit leistet. Bei der politisch motivierten Kriminalität haben wir im vergangenen Jahr 1.082 Fälle registriert. Das sind 507 Fälle weniger, als es noch im Jahr 2009 war. Das be-

deutet einen Rückgang um 31,9 %. Ich finde, das ist eine großartige Zahl.

Gerade bei der politisch motivierten Kriminalität von rechts sind die abgestimmten Maßnahmen der Polizei und des Verfassungsschutzes in Hessen vorbildlich.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie sind es gewesen, die dafür gesorgt haben, dass wir zu einer solchen Zahl gekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist natürlich auch ein kompromissloses Vorgehen gegen rechts, beispielsweise gegen die sogenannten Freien Kräfte Schwalm-Eder, das unmissverständlich deutlich gemacht hat, dass wir diesen Feinden unserer Demokratie in diesem Bundesland keinen Fuß auf den Boden lassen, dass wir ihnen in diesem Bundesland keinen Spaltbreit Platz lassen. Ich glaube, dass wir uns in dieser Frage sehr einig sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was uns aber nach wie vor Sorge bereitet – ich sage das auch im Hinblick auf die Demonstrationen vor zehn Tagen in Dresden und im Hinblick darauf, dass es dort in furchtbaren Auseinandersetzungen viele verletzte Polizisten gegeben hat; ich habe mir die Videoaufzeichnung der hessischen Polizei angeschaut –, ist das Aufschaukeln von Linken und Rechten, die sogenannte Rechts-Links-Konfrontation.

In diesem Zusammenhang ist die steigende Gewaltbereitschaft von linken Extremisten ein sehr besorgniserregender Tatbestand. Das ist ein Thema, das – nicht hier in Hessen, aber bundesweit – von vielen viel zu lange verharmlost worden ist. Wir beobachten, dass Linksextremisten immer gewaltbereiter werden, dass es eine immer stärkere Vernetzung zwischen den verschiedenen Gruppen und natürlich auch mit der Linkspartei gibt.

In sogenannten Sommercamps, an denen auch Kräfte der Antifa teilgenommen haben, wird nicht nur indoktriniert, da werden nicht nur verqueres politisches Zeug und irre Ideologien gelehrt, sondern da wird auch gelehrt und gelernt, wie man Gewalt gegen diesen Staat, insbesondere Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf Demonstrationen, ausübt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch, das ist leider die Realität, und das halte ich für eine Katastrophe.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Großer Quatsch!)

Wenn ich schon dabei bin – Herr van Ooyen, ich nehme Sie dabei ausdrücklich aus, aber andere nehme ich dabei nicht aus –: Über eine obskure Gruppe Marx 21, die offen für die Umwälzung unseres demokratischen rechtsstaatlichen Systems eintritt,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das steht im Grundgesetz!)

über andere extremistische Zusammenschlüsse wie beispielsweise die Kommunistische Plattform oder die Antikapitalistische Linke und sonstige extremistische Gruppen, auch über Personen bis in den Landesvorstand der Linkspartei hinein wird ein enormer Einfluss ausgeübt

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– diejenigen, die am lautesten rufen, sollten sich in diesem Fall ein bisschen zurückhalten –,

(Holger Bellino (CDU): So ist es!)

über radikale extremistische militante linke Gruppierungen. Meine Damen und Herren, da würde ich an Ihrer Stelle überhaupt nicht so auftreten, wie Sie es hier tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Deswegen bleibe ich dabei: Die Linkspartei ist keine normale Partei. Sie ist eine Partei, die nach außen hin vorgibt, den Rechtsstaat zu akzeptieren, die aber zulässt, dass es innerhalb ihrer Strukturen – das ist das Problem – Gruppierungen gibt, die alles tun, um diesen Staat abzuschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen ist es richtig, und deswegen ist es wichtig, dass die Linkspartei, solange die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet wird,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

von einem Verfassungsschutz, den viele von denen, die heute hier sitzen – einige davon sind nicht mehr hier; das ist vielleicht gut so –, abschaffen wollen. Aber auch hier gilt: Wer die Feinde der Demokratie wirkungsvoll bekämpfen will, der braucht einen starken Verfassungsschutz, der braucht einen gut aufgestellten Verfassungsschutz, und der braucht einen mit wirkungsvollen Instrumenten ausgestatteten Verfassungsschutz.

Das gilt ganz besonders in einem Bereich, der einen großen Raum der Arbeit und der Aktivitäten der Sicherheitsbehörden des Landes Hessen einnimmt; das gilt insbesondere im Bereich des islamistischen Terrorismus.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wahlkampf!)

Islamistischen Terroristen ist es in den vergangenen Jahren gelungen, schwerste Anschläge zu verüben. Denken Sie an New York 2001, 3.000 Tote; Bali 2002, 500 Tote; Madrid 2004, 200 Tote und 1.500 Verletzte; London; Mumbai usw. usf.

Auch unser Land ist vom islamistischen Terror unmittelbar bedroht. Deswegen sage ich immer wieder, auch wenn es sich furchtbar anhört: Es ist schon lange nicht mehr die Frage, ob es zu einem Anschlag kommt, sondern, so schrecklich das ist, es ist die Frage, wann eine solche schreckliche Situation auch in Deutschland Wirklichkeit wird, weil eben Deutschland nicht mehr nur ein Ruhe- raum ist, weil Deutschland nicht mehr nur ein Rückzugs- raum für diesen Personenkreis ist, sondern weil Deutschland mittlerweile mitten im Fadenkreuz solcher militanter Islamisten steht.

Denken Sie an die Festnahme der sogenannten Sauer- landgruppe, die viele Kilogramm Sprengstoff gesammelt hatte und bei der es nur durch eine wirklich vorzügliche polizeiliche Arbeit gelungen ist, furchtbare Anschläge zu verhindern. Denken Sie an die versuchten Kofferbom- benanschläge vom Juli 2006 auf zwei Regionalzüge, die nur deswegen nicht stattgefunden haben, weil handwerk- liche Fehler glücklicherweise verhindert haben, dass es zu einer Zündung gekommen ist. Oder denken Sie auch an das, was ich immer als Jemen-Bombe bezeichne, was über präparierte Computerdrucker nach Deutschland ge-

schickt worden ist. Auch hier war es wieder eine glän- zende Arbeit der Polizei, der Verfassungsschützer und der Geheimdienste, die dafür gesorgt hat, dass es eben nicht zu einem Anschlag gekommen ist.

Deswegen sage ich ganz unmissverständlich, dass Islamis- ten aufmerksam und intensiv beobachtet werden müssen. Das betrifft sogenannte legalistische Organisationen, wie es die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs ist. Das be- trifft aber ganz besonders gewaltorientierte islamistische Netzwerke.

In Einzelfällen müssen konsequente staatliche Maßnah- men erfolgen. Zum Beispiel muss es auch einmal dazu kommen, dass Aufenthaltsrechte entzogen werden oder dass abgeschoben wird. In Einzelfällen wird es auch im- mer notwendig sein, dass wir terroristische Attentäter an der Ausreise in terroristische Ausbildungslager, wo sie das Handwerk erst recht lernen, hindern. Wenn entspre- chende Anhaltspunkte vorliegen, muss dies konsequent geprüft und von den zuständigen Behörden verfügt wer- den, weil niemand dorthin geht, um ein Bäckerhandwerk zu lernen oder was auch immer, sondern weil derjenige, der dorthin geht, das tödliche Handwerk des bewaffneten Dschihad lernt. Deswegen ist es nach meiner festen Über- zeugung die richtige Entscheidung im Lande Hessen ge- wesen, sie in mindestens zehn Fällen zu stoppen, bevor et- was passiert.

Damit komme ich auf das zurück, was ich eingangs gesagt habe. Hessens Polizei ist in einem glänzenden Zustand. Hessens Polizei ist großartig aufgestellt, sie leistet eine ganz vorzügliche Arbeit. Hessen ist so sicher wie nie zu- vor. Seit 2004 ist in Hessen die Zahl der Straftaten um über 60.000 Fälle zurückgegangen. Seit 2002 ist die Auf- klärungsquote um mehr als 10 % gestiegen, und pro 100.000 Einwohner registrieren wir in diesem Jahr den ge- ringsten Straftatenanteil seit 1981. Das ist eine großartige Leistung, das kann sich sehen lassen. Wie gesagt, es wäre angebracht, dass auch Sie in einer solchen Situation hin und wieder einfach einmal die Großzügigkeit besitzen, zu sagen: „Das ist ein gutes Ergebnis, ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann“, dass Sie den hessischen Polizeibeam- tinnen und Polizeibeamten Danke dafür sagen, dass Sie dieser Regierung sagen: „Ihr habt gute Rahmenbedingun- gen dafür geschaffen, dass das so möglich ist“.

Ich finde, das ist ein erfolgreicher Weg, der 1999 begonnen hat. Diesen erfolgreichen Weg werden wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger fortsetzen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass Sicherheit der beste Gar- rant für Freiheit ist. – Ich bedanke mich für Ihre Auf- merksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache. Die verein- barte Redezeit beträgt 30 Minuten. Das Wort hat Frau Abg. Faeser für die Fraktion der SPD.

Nancy Faeser (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Innenminister, ich habe es bei einer Regierungser- klärung in diesem Hause selten erlebt, dass sich in einer derart lächerlichen Art und Weise an der Opposition ab- gearbeitet wurde. Das ist dem Thema völlig unangemes- sen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der Innenminister Boris Rhein wurde sogar von der „FAZ am Sonntag“ gelobt, die es gut gefunden hat,

(Peter Beuth (CDU): Zu Recht! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Auch die können irren!)

dass er „ausnahmsweise mit positiven Nachrichten aus der Polizei punkten kann“. Meine Damen und Herren, wir finden nicht, dass es für einen Innenminister spricht, auf diese Weise von einer konservativen Zeitung gelobt zu werden.

Hinzu kommt: Die Aufklärungsquote von 58,3 %, die er hier so schön gelobt hat, ist erfreulich. Das sagen wir auch, das haben wir im Übrigen auch in unserer Pressemitteilung gesagt.

(Holger Bellino (CDU): Thema verfehlt!)

– Thema verfehlt, wenn ich den Innenminister lobe? Herr Bellino, da sollten Sie schon ein bisschen zuhören.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Holger Bellino (CDU): „FAZ“ Thema verfehlt!)

Aber das ist kein Grund, sich dafür feiern zu lassen. Zunächst liegt Hessen mit dieser Aufklärungsquote von 58,3 % bundesweit nur auf Rang 7 im Vergleich der Bundesländer.

(Minister Boris Rhein: Ach Gottchen!)

Die höchsten Aufklärungsquoten haben Thüringen mit 65,1 %, Bayern – das hat der Innenminister selbst erwähnt – mit 63,9 % und Rheinland-Pfalz mit 62,3 %. Also befinden wir uns mitnichten in der Spitzengruppe der sichersten Bundesländer, wie der Innenminister so schön gesagt hat. Meine Damen und Herren, eine Spitzenposition in diesem Land sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich dies auch tun, Herr Innenminister. Das tue ich hier auch sehr gern. Ich möchte denjenigen, die dazu beigetragen haben, dass sich die Zahlen so positiv entwickelt haben, im Namen der SPD-Landtagsfraktion sehr herzlich danken. Wir danken allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für diesen Erfolg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der ist umso bemerkenswerter, als dies durch den spürbaren Stellenabbau durch die „Operation düstere Zukunft“ und durch die zahlreichen Skandale innerhalb der Polizei in diesem Bundesland alles andere als leicht war.

(Beifall bei der SPD)

Als echten Anlass zur Freude hat der Innenminister heute die Entwicklung der Häufigkeitszahl, also der Anzahl der registrierten Delikte pro 100.000 Einwohner, bezeichnet. Hessen habe die 7.000 durchbrochen und liege nun bei 6.629 Straftaten. So weit, so gut. Ich nenne Ihnen zum Vergleich zwei Bundesländer, die wesentlich mehr Einwohner haben. In Baden-Württemberg sind es nur 5.324 Straftaten. In Bayern sind es nur 5.073. In Thüringen sind es übrigens nur 6.150.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer regiert da?)

Meine Damen und Herren, wo ist dabei der Anlass zur echten Freude in Hessen? Wo denn?

(Beifall bei der SPD – Horst Klee (CDU): Man muss auch gönnen können!)

Sie liegen gar nicht vorn. Ich würde es Ihnen gönnen, wenn Sie vorne lägen. Aber das tun Sie leider nicht.

Lassen Sie uns die Statistik einmal genauer betrachten. Sie alle kennen die scherzhafte Bemerkung: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Innenminister, dabei geht es nicht darum, die konkreten Zahlen in Abrede zu stellen oder zu hinterfragen, sondern es stellt sich die Frage, wie man mit den erhobenen Daten und Fakten umgeht.

Leider erleben wir wie in den Jahren zuvor eine sehr einseitige Vorstellung der Straftaten in Hessen. Von einer umfassenden Darstellung in der Öffentlichkeit war keine Rede. Der Innenminister hat entschieden, was für ihn positiv wirkt, und das hat er veröffentlicht. Meine Damen und Herren, ein Schelm, der angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl dabei Böses denkt.

Aber wir sind das aus den Jahren vom heutigen Ministerpräsidenten Bouffier als Innenminister gewohnt. Sie erinnern sich daran, dass es pünktlich vor allen Landtagswahlen immer einen kleinen Auszug aus den ach, so erfolgreichen Kriminalitätsstatistiken in Hessen gab. Damals lagen noch nicht einmal die gesamten Zahlen vor. Herr Innenminister, das ist heute zum Glück anders, aber eben auch nur abrufbar im Internet und uns nicht vorgelegt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neuer Stil!)

Bemerkenswert ist die Darstellung der Kriminalitätsstatistik in der Presselangfassung. Herr Rhein, Sie haben auf Seite 4 eine Übersicht über die Deliktsbereiche gemacht, wo es eine Abnahme von Delikten gab. Das sind neun Stück. Dann haben Sie eine Übersicht gemacht, bei wie vielen Delikten es einen Anstieg gab, also mehr Straftaten. Das sind nur vier. Jetzt sage ich Ihnen einmal: Das ist die Art der Darstellung, die Sie falsch machen und wie Sie den Bürgern etwas vormachen. Sie haben nämlich großzügig darauf verzichtet, die Zunahme der Straftaten in folgenden Bereichen aufzuführen.

Bei der Wirtschaftskriminalität eine Steigerung von 18,9 %, beim Computerbetrug eine Steigerung um 23 %, Zunahme der Straftaten gegen das Leben um 1,5 %, Steigerung der Sexualdelikte um 5 %, bei Raubüberfällen auf Kraftfahrer eine Steigerung von 23,5 %, bei Waffenkriminalität eine Steigerung von 5 % – Herr Innenminister, damit liegen Sie schon nicht mehr in einem Verhältnis von 9 : 4, sondern 11 : 9. So kann man die Kriminalitätsstatistik darstellen. Und das tun Sie hier in völlig falscher Weise.

(Beifall bei der SPD – Abg. Günter Rudolph (SPD), zu Minister Boris Rhein gewandt: Oder zweifeln Sie die Zahlen an?)

Die Aussage des Innenministers von erfolgreicher Sicherheitspolitik ist angesichts dieser Steigerungen nicht richtig. Es ist eben gerade nicht alles in Hessen in Ordnung mit der Sicherheitsarchitektur. Insbesondere ist die Steigerung um 16,3 % beim Wohnungseinbruch alarmierend. Darauf hat der Innenminister heute hingewiesen.

Das kann man nicht einfach so abtun. Wohnungseinbrüche hinterlassen bei den Opfern schwere Schädigungen.

Es wird in ihren intimsten Wohnbereich, in ihre persönliche Sphäre eingedrungen. Angesichts dieser Steigerungszahlen muss man Defizite hinterfragen und klären, ob die politische Spitze des Innenministeriums bei der Entwicklung von Bekämpfungsstrategien die richtigen Maßstäbe angelegt hat bzw. ob es sich auch hier um ein Deliktfeld handelt, bei dem sich der seit Jahren betriebene Personalabbau zusätzlich bemerkbar macht.

16,3 % Steigerung bei den Wohnungseinbrüchen – lassen Sie mich mit den Worten von Boris Rhein sagen: Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret und ganz praktisch spüren und erleben, wenn es um die Sicherheit in Hessen geht. – Meine Damen und Herren, eine Steigerung der Wohnungseinbrüche haben die Bürgerinnen und Bürger von diesem Innenminister.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Greilich (FDP): Eieiei! – Zuruf des Abg. Fritz-Wilhelm Krüger (FDP))

– Herr Krüger, ich sage auch, dass man etwas Entscheidendes bewirken kann. Ich nenne unseren Heimatkreis, den Main-Taunus-Kreis. Der hat gestern seine Kriminalitätsstatistik der Presse vorgestellt und konnte im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls eine Senkung der Straftaten erreichen. Ich sage Ihnen auch, warum.

(Minister Boris Rhein: Wer war das?)

– Der Main-Taunus-Kreis. – Der Main-Taunus-Kreis hat nämlich einen Polizeidirektor

(Minister Boris Rhein: Das ist Hessen!)

– ja, das ist Hessen –, der auf präventive Arbeit sehr viel Wert gelegt, alle Präventionsräte in allen zwölf Städten wieder aufgebaut und Sicherheitsveranstaltungen gemeinsam mit allen Städten und Gemeinden gemacht hat. Es waren über 1.000 Besucherinnen und Besucher da. Die Polizei geht vor Ort durch Wohngebiete, um den Leuten aufzuzeigen, was sie an präventivem Schutz an ihren Häusern machen können.

Herr Innenminister, das sind Konzepte, die man zur Vermeidung von Wohnungseinbrüchen machen kann. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrem CDU/FDP-geführten Landkreis Main-Taunus, und tun Sie etwas.

(Beifall bei der SPD)

Stellen Sie sich nicht hierhin, wie Sie es heute getan haben, und machen die Straßen, verschiedene Banden und die Verkehrsanbindung dafür verantwortlich, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche gestiegen ist. Es liegt in Ihrem Verantwortungsbereich.

(Judith Lannert (CDU): Klatsch, klatsch, klatsch!)

Das Ergebnis ist leider, dass die Anzahl der Wohnungseinbrüche – Frau Lannert, damit müssen Sie leben – in Hessen mit 9.974 Fällen wieder einen Spitzenwert erreicht hat und noch deutlich über dem Jahreshöchstwert der letzten sechs Jahre von 9.665 aus dem Jahre 2005 liegt. Diese Zahlen wurden uns heute nicht vorgestellt.

Ich bin sicher, dass auch der Personalabbau und noch Folgendes hinzukommen, was Sie hätten beeinflussen können. Sie hatten Sonderermittlungsgruppen – sowohl in Wiesbaden als auch im Frankfurter Polizeipräsidium, AG Domus. Die haben Sie alle wieder aufgelöst und in den Regelbetrieb integriert, in Frankfurt in K 32. Das heißt, es gibt keine Sondereinheiten mehr, die sich nur mit den Wohnungseinbrüchen beschäftigen.

All das liegt in Ihrem Verantwortungsbereich. Tun Sie nicht so, als ob Sie das nicht beeinflussen könnten. So viel zur erfolgreichen Sicherheitspolitik dieser Landesregierung. Hören Sie auf, den Menschen vorzumachen, es sei alles sicherer geworden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei der Bekämpfung der Computerkriminalität hat sich der Innenminister in erster Linie mit der Unterstützung des Bundeszentrums gelobt und darüber hinaus die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung bedauert. Angesichts einer Steigerung der Zahl der Deliktfälle in diesem Bereich um 800 bei gleichzeitigem Rückgang der Aufklärungsquote und der zunehmenden Bedeutung, die das Internet und die PC-Nutzung im Alltag einnehmen, ist ein solcher Umgang mit der Internetkriminalität völlig ungenügend.

Auch hier zeigt sich letztlich die Konzeptionslosigkeit dieses Ministers. Herr Innenminister, statt sich darauf zu beschränken, den leichtfertigen Umgang der Bevölkerung mit den eigenen Internetdaten zu beklagen, wäre es zielführender gewesen, wenn Sie heute hier offensiv erklärt hätten, die hessische Polizei durch weitere IT-Experten vor Ort zu verstärken

(Beifall bei der SPD)

und auch Ihre Position zur Vorratsdatenspeicherung klarzumachen. Sie waren im Ausschuss nicht einmal in der Lage, unserem Antrag zuzustimmen. Sie waren nicht in der Lage, eine Formulierung der gemeinsamen Positionen dieser Landesregierung hinzubekommen. Herr Innenminister, Sie haben uns recht gegeben, der Datenschutzbeauftragte auch. Aber dieses Haus ist Ihnen leider nicht gefolgt. Dazu sind Sie heute die Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Der Minister hat bei seiner Präsentation die über 20 % liegende Steigerung bei den Korruptions-, Amts- und Wettbewerbsdelikten völlig ausgeblendet. Angesichts dieser eklatanten Erhöhung der Zahl der Delikte ist es völlig unverständlich, dass die Mehrheitsfraktionen dieses Hauses unserem Korruptionsbekämpfungsgesetz nicht zustimmen. Viel schlimmer noch: Sie haben sich im Wirtschaftsausschuss – ich war bei der Anhörung – nicht einmal inhaltlich beteiligt. Es gab nicht eine einzige Frage. Dabei hat es das hessische Finanzministerium – Herr Dr. Schäfer, ich sage das ausdrücklich – begrüßt, wenn es eine gesetzliche Grundlage in diesem Bereich gäbe. Aber die Mehrheitsfraktionen haben sich leider nicht beteiligt.

Es gibt also auch hier enorme Defizite im Sicherheitsbereich, die gerade große volkswirtschaftliche Schäden verursachen, derer Sie sich nicht annehmen und zu denen Sie heute noch nicht einmal etwas gesagt haben.

Bedenklich ist auch der Versuch des Ministers, durch seine schriftliche Presseerklärung der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass es zu einer Verbesserung der Gesamtsituation bei der Kriminalitätsentwicklung im Jahre 2010 in besonderer Weise durch den Einsatz von Kennzeichenlesegeräten gekommen sei. Und das ist so, obwohl Sie heute wieder gesagt haben, dass die Kennzeichenlesegeräte erst ab dem 01.01.2011 überhaupt wieder in Betrieb sind. Da frage ich mich doch: Wie kann ein Einsatz technischer Mittel, der erst 2011 begonnen hat, auf die Kriminalitätsstatistik von 2010 Auswirkungen haben? Mit Verlaub,

Herr Innenminister, das erinnert doch ein bisschen an die Argumentation Ihres heute zurückgetretenen Verteidigungsministers.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Dass der Minister dabei dann auch noch die verfassungsrechtliche Problematik der Erfassung von Fahrzeuginsassen ausblendet, ist ein weiteres Beispiel für die Ignoranz dieses Innenministers.

(Zuruf von der FDP: Oh Mann!)

Gleiches gilt für seine Ausführungen zum Bereich der politisch motivierten Gewalt. Sie haben das heute wieder wie in der Pressekonferenz gemacht. In der Vergangenheit hat sich Ihr Vorgänger oft mit großen Mühen des Vorwurfs erwehren müssen, anhand seiner Darstellungen zur rechten Szene überhaupt nichts zu sagen. Das machen Sie zum Glück anders, Herr Rhein. Sie erwähnen das zumindest und sagen, dass es im rechten Bereich Probleme gibt und dass es dort auch Präventionsprojekte gibt, die wir ausdrücklich mit unterstützen.

(Zuruf von der LINKEN)

So weit, so gut – könnte man sagen, wenn Sie sich aber darauffolgend polemisierend verfälschende Ausführungen zu Gewalttaten des linken Spektrums gespart hätten. Warum machen Sie das? – Die von Ihren Fachleuten vorbereitete Darstellung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik steht in diametralem Gegensatz zu dem, was Sie dazu gesagt haben, Herr Innenminister.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): So ist er halt!)

Der Innenminister hat 684 Fälle der rechten Szene genannt. Demgegenüber stehen 216 Fälle der linken Szene. In der PKS ist auch noch zu verzeichnen, dass dort ein Rückgang von 64,1 % besteht. Was bitte hat denn aus Ihrer Sicht dazu geführt, heute so zu tun, als wäre das linke Spektrum das gefährlichere, wenn das nur ein Drittel der Straftaten sind und ein großer Rückgang der Delikte in diesem Bereich zu verzeichnen ist? Was bitte hat Sie dazu berufen, das heute hier so darzustellen?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und ich sage Ihnen eines, Herr Innenminister: Ein seriöser Umgang mit politisch motivierter Gewalt sieht anders aus. Sie erwecken damit den Eindruck, dass das Problem rechts keines sei, links aber durchaus. Das ist in diesem Bereich tatsächlich eine gefährliche gesellschaftliche Auseinandersetzung, weil Sie einen Bereich verharmlosen. Herr Innenminister, das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der leichte Rückgang bei der Jugendkriminalität stimmt uns – vielleicht ebenso wie Sie, auch wenn Sie heute nichts dazu gesagt haben – verhalten optimistisch. Sicherlich werden die beiden neu eröffneten Häuser des Jugendrechts hierzu einen positiven Beitrag leisten. Denn es ist entscheidend, Herr Justizminister, dass die Jugendlichen sehr schnell eine Reaktion auf ihr Fehlverhalten erhalten und eine individuelle Lösung für sie gefunden wird. Wir freuen uns, dass eine sozialdemokratische Idee in Hessen endlich umgesetzt wurde.

(Lachen bei der FDP)

– Da brauchen Sie gar nicht zu lachen. Wir haben den Antrag 2007 in diesem Hause gestellt. Nun arbeiten Staats-

anwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe in Frankfurt-Höchst und in Wiesbaden jeweils eng unter einem Dach zusammen.

Für die Sozialdemokratie ist die Gewährung der inneren Sicherheit Voraussetzung für den Erhalt des sozialen Friedens in unserem Land. Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf Sicherheit. Hierzu leistet die Polizei in Hessen einen wesentlichen Beitrag. Innere Sicherheit bedeutet aber auch die Beachtung der Freiheits- und Bürgerrechte und rechtsstaatliches Handeln der Polizei nach innen und nach außen. Die Bürgerrechte in Hessen sind heute mehr als stiefmütterlich behandelt worden. Sie sind nämlich noch nicht einmal erwähnt worden. Bei einer Generalregierungserklärung zur inneren Sicherheit haben Sie die Bürgerrechte der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht einmal erwähnt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Bei der Videoüberwachung spielen die Persönlichkeitsrechte keine Rolle. Mit dem HSOG wird munter in die persönlichen Freiheitsrechte durch Kennzeichenlesegeräte eingegriffen, und es gibt eine unterschiedliche Behandlung der Berufsheimlichkeitsträger. Ärzte und Psychologen genießen entgegen der Regelung in der Strafprozessordnung keinerlei Schutz in der hessischen HSOG – im Gegensatz zu Abgeordneten. Dafür sind Sie uns bis heute die Begründung schuldig geblieben. Das ist ein Zustand, der rechtsstaatlich so nicht haltbar ist. Wir werden dem weiter nachgehen und da für eine rechtsstaatliche Regelung sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber auch darum – und dazu haben Sie heute gar nichts gesagt –, wie man die Polizeibeamtinnen und -beamten im letzten Jahr hier in Hessen behandelt hat. Wie ist man denn mit dem Personal in Hessen im Bereich der Polizei umgegangen? – Zunächst wurde 2004 unter diesem Ministerpräsidenten die 42-Stunden-Woche eingeführt. Dann hat man das Weihnachtsgeld gekürzt und das Urlaubsgeld gestrichen. Daneben wurde Personal abgebaut. Das waren 1.200 Beamtinnen und Beamte, die sie bis heute spüren. Da ist bis heute immer noch ein Rückgang zu verzeichnen. Der Druck auf die einzelnen Beamten wurde erhöht und gleichzeitig das innere Klima bei der Polizei durch Führungsmängel massiv verschlechtert. Das Ergebnis dieser Entwicklungen sind heute unter anderem die zahlreichen Polizeiaffären, die das Parlament und die Öffentlichkeit seit Monaten immer wieder beschäftigen und das Ansehen der Polizei beeinträchtigen. Sorgen Sie endlich dafür, Herr Innenminister, dass im Bereich der Polizei wieder Ruhe einkehren kann und die Polizeibeamtinnen und -beamten anständig behandelt werden. Für eine Verbesserung der Führungskultur haben Sie bislang nichts getan.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Gegenteil: Es sind Hinweise aufgetaucht, dass schwarze Akten über Polizeibeamte geführt wurden. Es gab psychologische Gutachten über Polizeibeamte nach Gutdünken. Die Begutachtung wurde genutzt, um unbeliebte Polizeibeamte loszuwerden, um sie je nach Bedarf dienstunfähig oder -fähig zu schreiben, und ich nenne Ihnen hier nur die Spitze des Eisbergs.

(Minister Boris Rhein: Eieiei!)

Ich möchte einige wenige Beispiele nennen. Die „FAZ“ schreibt in einem Artikel vom 25.02.2011, also vor wenigen Tagen: „Polizeiaffäre weitet sich wieder aus“. Gemeint ist dabei der gesamte Ermittlungsprozess um die Präsidentin des Landeskriminalamtes. Dort sind neue Details bekannt geworden. Ich erinnere daran, dass gegen die Präsidentin des LKA wegen Verfolgung Unschuldiger und falscher uneidlicher Aussage staatsanwaltlich ermittelt wird. Ich erinnere an den Fall Z., der die Medien lange beschäftigt hat. Herr Z. war Leiter der Fahndung in Frankfurt und war wegen einiger Vorwürfe sage und schreibe vier Jahre suspendiert. Inzwischen ist nicht nur das Ermittlungsverfahren, sondern auch das disziplinarrechtliche Verfahren abgeschlossen, und alle Vorwürfe wurden ausgeräumt. Dieser Mann war vier Jahre lang umsonst suspendiert.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist in diesem Land geschehen, und dazu machen Sie hier keinerlei Aussage.

Oder denken wir an den Fall aus Mittelhessen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Da ist es zwischen dem Leiter der Polizeidirektion und seiner Stellvertreterin zu bösen gegenseitigen Anschuldigungen gekommen. Auch hier warten wir noch auf abschließende Ergebnisse.

Apropos Gießen – das liegt nicht an dir, Thorsten – –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein! – Zuruf von der CDU: Aber Gott sei Dank, dass wir es noch einmal erwähnt haben!)

Das ist allerdings extrem empörend. Herr Kollege Reißer, das müssten Sie allerdings auch so sehen. Das ist der Fall Bergstedt. Ich erinnere daran, dass er zu Unrecht vier Tage in Polizeigewahrsam war. Dieser Freiheitsentzug ist vom Oberlandesgericht als rechtswidrig beschieden worden. Als wir nun in einem Berichts Antrag gefragt haben, wie es denn sein kann, dass Bergstedt in Gewahrsam genommen wurde, Herr Kollege Reißer, obwohl er zeitgleich vom gleichen Polizeipräsidium polizeilich überwacht wurde – er wurde polizeilich überwacht und gleichzeitig festgenommen –, da bekamen wir völlig unzureichende Antworten. Angeblich soll der Polizeipräsident von beiden Tatsachen gewusst haben. Dieser kann sich aber nicht mehr erinnern, weil es so lange her ist. Dass es überhaupt zu dieser rechtswidrigen Ingewahrsamnahme kam, bezeichnet das Innenministerium als Organisationsversehen. Wir reden hier von einem viertägigen rechtswidrigen Freiheitsentzug, der durch Polizeibehörden veranlasst wurde. In einem Rechtsstaat kann kaum Schlimmeres passieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Innenminister, von Ihnen kommt kein Wort dazu. Im Gegenteil: Hier wird vertuscht und verharmlost. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Das sage ich Ihnen. Wir werden diesen Fall restlos aufklären, und wenn es das Letzte ist, was wir hier tun. Diesen Fall lassen wir Ihnen so nicht durchgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP – Anhaltende Zurufe von der CDU)

All diese Konflikte muss man sehr gründlich aufarbeiten. Vor allen Dingen braucht es eine neue Führungskultur

des Vertrauens und des Respekts innerhalb der hessischen Polizei. Dafür wurde nämlich nichts getan – im Gegenteil: Man glaubt, dass mit der Entlassung des alten Landespolizeipräsidenten alles getan sei. Das System Nedela und Bouffier hat sich aber in allen Polizeipräsidien in Hessen breitgemacht, und dadurch hat sich an den Strukturen und den Führungspositionen überhaupt nichts geändert. Das heißt, wir haben noch immer die gleiche Führungskultur wie unter Bouffier und wie unter Nedela.

Herr Innenminister, Sie haben bislang die Chance verpasst, die Polizeiaffären aufzuarbeiten. Ich sage Ihnen hier ganz deutlich: Sie haben vorhin auf Herrn von Plottnitz hingewiesen. Sie hätten uns in Hessen mit solchen Polizeiaffären vom Hof gejagt, wenn das ein sozialdemokratischer Innenminister wäre. Wir hätten keine einzige Sitzung, in der das nicht Thema wäre.

Wir bemühen uns um sachliche Aufklärung und bitten, dass auch Sie das tun. Dann hätten Sie nämlich auch unsere Unterstützung. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Hessen ist noch sehr weit davon entfernt, eine erfolgreiche Sicherheitspolitik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Das verwundert auch nicht, wenn man sich beispielsweise die Zahlen zur Polizeidichte anschaut. Auch dazu haben Sie heute nichts gesagt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Die Sozialdemokratie in Hessen hat im letzten Dezember die Polizeidichte in allen Polizeipräsidien und im Land Hessen abgefragt. Inzwischen liegt das drei Monate zurück; wir haben aber leider nur in zwei Fällen eine Antwort. Offenbar ist dieser Minister nicht bereit, offenzulegen, wo sich Hessen im Vergleich befindet. Vielmehr hat man uns in der Beantwortung der Anfrage zu der Polizeidichte die Vergleichszahlen zu anderen Bundesländern mit der Begründung verweigert, dass man diese Zahlen seit 1998 gar nicht mehr erhebe. Aber wir hatten Glück – der Finanzminister geht gerade –, dank Herrn Dr. Schäfer.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wer weiß, warum!)

Denn Herr Dr. Schäfer hat in seinem Bericht der Haushaltsstrukturkommission diese Zahlen veröffentlicht, und zwar von 2008.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Herr Innenminister, dann scheint die Antwort auf unsere Fragen offensichtlich schlicht falsch zu sein. Woher hat der Finanzminister denn die Zahlen von 2008, obwohl Sie uns die Zahlen mit der Begründung verweigert haben, seit 1998 gebe es überhaupt keine mehr?

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

Aber ich habe eine Vermutung, warum Sie uns die Zahlen nicht gegeben haben. Herr Innenminister, damit haben wir nämlich jetzt den Vergleich. Da sieht es für Sie nicht so gut aus. Deswegen haben Sie sie uns auch nicht überreicht.

Der Tabelle des Statistischen Bundesamtes ist nämlich zu entnehmen, dass Hessen mit 1 : 431 insbesondere hinter allen Stadtstaaten, hinter Bayern und dem Saarland zurückliegt und sich damit ein Negativtrend bestätigt, der sich parallel zu dem seit 1999 betriebenen Personalabbau bei der Polizei immer weiter fortsetzt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Im Gegenteil: Sie haben vorhin auf 1998 hingewiesen. Das mache ich jetzt auch, mit großem Vergnügen. 1998 hatten wir laut Bundeszentrale für politische Bildung ein Verhältnis von 1 : 413. 2002 war das Verhältnis noch 1 : 419. Wir sehen also eine dramatische Verschlechterung von 1998 bis heute, von 1 : 413 auf 1 : 431.

(Judith Lannert (CDU): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

– Frau Lannert, das sind Ihre Zahlen. – Wir haben von Ihrem Innenminister bislang nur diese Anfrage beantwortet bekommen.

(Abg. Florian Rentsch (FDP) unterhält sich an der Regierungsbank mit Minister Boris Rhein. – Günter Rudolph (SPD): Herr Präsident!)

– Herr Kollege Rentsch, vielleicht wollen auch Sie zuhören, auch wenn Sie nicht aus Nordhessen sind.

(Minister Boris Rhein: Er ist gebürtiger Nordhesse!)

– Er ist dort geboren. Aber im Moment wohnt er in Wiesbaden, Herr Innenminister.

Den Kollegen aus Nordhessen muss ich leider sagen: Im Jahr 2003 – das wurde uns von dieser Landesregierung so beantwortet – standen im Polizeipräsidium Kassel noch 1.653 Stellen zur Verfügung. Heute – das sind Ihre Zahlen aus der Beantwortung unseres Berichtsantrags – stehen in Nordhessen nur noch 1.514,5 Stellen zur Verfügung. Das sind sage und schreibe 138,5 Stellen weniger. Das bedeutet bei der Polizeidichte in der Fläche in Nordhessen ein Verhältnis von nur noch 1 : 584 – im Vergleich zu 1 : 413. Meine Damen und Herren, erfolgreiche Sicherheitspolitik in Hessen sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Besonders abenteuerlich war allerdings die Darstellung des Innenministers auf der Pressekonferenz, dass bei der Polizei jährlich rund 550 Anwärter zusätzlich eingestellt würden. Tatsächlich aber gehen – das wissen Sie eigentlich sehr genau – jährlich zwischen 360 und 400 Beamte in den Ruhestand oder wandern in andere Bundesländer ab, die dann ersetzt werden müssen.

(Wolfgang Greilich (FDP): Machen Sie einen Saldo!)

Von jährlich 550 zusätzlichen Anwärtern kann also überhaupt keine Rede sein.

Herr Kollege Greilich, Sie haben es doch in den Jahren 2004, 2005 und 2006 nicht großartig bemängelt, dass in Hessen jedes Jahr unter Bedarf, und zwar weit unter Bedarf, ausgebildet wurde.

(Günter Rudolph (SPD): Das wissen sie heute nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, das ist das schwere Erbe, das Sie von dem jetzigen Ministerpräsidenten Bouffier mitbekommen haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist ein von der CDU hausgemachter Personalmangel. Die innere Sicherheit hat bei Ihnen eben nicht den gleichen hohen Stellenwert, wie Sie es immer wieder versuchen nach außen darzustellen.

Meine Damen und Herren, ich darf am Ende noch einmal zitieren, was der hessische Innenminister gesagt hat. Diese Art der Sicherheitspolitik mit viel weniger Personal ist es, was die Bürgerinnen und Bürger in Hessen ganz konkret und ganz praktisch spüren und erleben, wenn es um die Sicherheit in Hessen geht. Herr Innenminister, machen Sie Ihre Hausaufgaben. Hessen ist mit Sicherheit nicht das sicherste Bundesland.

Ihre Regierungserklärung heute war völlig verfehlt. Sie haben nur auf die Opposition eingeschlagen, statt Ihre Arbeit darzulegen. Herr Innenminister, wir werden das weiter sehr genau beobachten. Es wird noch einiges brauchen, bis Hessen wieder das sicherste Bundesland ist. Hessen wäre sicher besser dran, wenn es rot-grün regiert würde.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herzlichen Dank, Frau Faeser. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Greilich das Wort.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Scherz der Kollegin Faeser zum Abschluss, nachdem sie sich gründlich künstlich echauffiert hat und sich nach mir noch der andere entsprechend echauffieren wird, macht es Sinn, in aller Ruhe und Sachlichkeit festzuhalten, um was es eigentlich geht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Lieber eine langweilige Rede halten!)

Es geht um die Feststellung, dass die erneute Rekorderklärungquote in der Kriminalstatistik Hessens und die gesunkenen Häufigkeitszahlen deutlich machen, dass Hessen die richtigen Schwerpunkte im Bereich innere Sicherheit setzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die erneut verbesserte Kriminalstatistik in Hessen ist ein großartiger Erfolg, den wir auch nicht kleinreden lassen. Sie ist zudem eine verdiente Anerkennung für die professionelle Arbeit der hessischen Polizei und für den engagierten Einsatz unserer Beamtinnen und Beamten. Sie macht auch die Wirkung der klaren Schwerpunktsetzung dieser Koalition deutlich. Wir haben gesagt: „Unsere Schwerpunkte sind Bildung und Sicherheit.“ Das zeigt deutliche Wirkung. An den Schulen Hessens sind so viele Lehrer wie noch nie zuvor.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Eine personell stärkere und besser ausgestattete Polizei führt zur Verbesserung der Kennzahlen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die hessische Polizei hat, wie schon 2009 und in den Jahren davor, auch im vergangenen Jahr 2010 wieder großartige Arbeit geleistet. Das zeigen die vielen Zahlen, die die hessische Kriminalstatistik beinhaltet.

Dadurch wollen wir uns aber nicht von einer entscheidenden Tatsache ablenken lassen: Die Arbeit, die diesen Zahlen zugrunde liegt, wird zentral von den Polizistinnen und Polizisten geleistet. Diese leisten eine harte und fordernde

Arbeit. Dies verbirgt sich hinter diesen Zahlen. Ich wiederhole, was ich hier schon im letzten Jahr sinngemäß gesagt habe: Die vielen hessischen Polizistinnen und Polizisten, die sich jeden Tag mit all ihrer Energie, einem großen Maß an Motivation und teilweise unter sehr schwierigen Bedingungen für die Sicherheit in unserem Land einsetzen, haben diesen Erfolg auch im vergangenen Jahr wieder möglich gemacht. Meine Damen und Herren, deshalb ist hier auch die Stelle, unseren hessischen Polizistinnen und Polizisten Dank zu sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Wir danken Ihnen. Wir sind stolz auf Sie, auf Ihren immer wieder gezeigten Mut und Ihren entschlossenen Einsatz für die Sicherheit unserer Bürger.

Dieser Mut und dieser Einsatz haben dazu geführt, dass wir im Jahr 2010 in Hessen so wenige Straftaten wie nie zuvor und eine Aufklärungsquote von jetzt fast 60 % hatten. Das ist eine gute Nachricht für unsere Bürger, die wir entsprechend betonen und nicht schlechtreden sollten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Hessen ist – dabei bleibt es – eines der sichersten Bundesländer in ganz Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben seit 1999 – ich darf nur daran erinnern, was in diesem Jahr war: da war die Regierungsübernahme durch eine schwarz-gelbe Koalition – insgesamt gesehen einen Rückgang der Zahl der festgestellten Fälle – und das, obwohl, wie jeder weiß, eine nachhaltige und intensive Aufklärungsarbeit auch dazu führt, dass da, wo man genauer hinschaut, zunächst einmal die Fallzahlen steigen. In Hessen sind sie aber insgesamt gesunken. Das ist ein gutes Zeichen. Frau Kollegin Faeser, auch Sie haben die nötige Fachkenntnis, um zu wissen, dass Sie vorhin Nebelkerzen in die falsche Richtung geworfen haben.

Woran liegt es denn, wenn wir höhere Fallzahlen bei der Wirtschaftskriminalität festgestellt haben? Das liegt natürlich daran, dass dort genauer hingeschaut wird. Das liegt daran, dass wir intensivere Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit betreiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Widerspruch des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich will noch ein paar Zahlen aus der Statistik aufgreifen, die der Minister schon genannt hat. 58,3 % aller Straftaten wurden in Hessen im Jahr 2010 aufgeklärt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das nochmals eine Steigerung um einen halben Prozentpunkt und damit – ich wiederhole das, auch wenn Sie es nicht hören wollen – der höchste Stand, den es je in Hessen gegeben hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Differenz zum Vorjahr – bei rund 400.000 Straftaten 5.000 Straftaten weniger im Jahr 2009 – ist vielleicht eine relativ kleine Zahl, wie man aus Oppositionssicht vielleicht sagen mag. Dazu sage ich Ihnen: Vergleichen Sie das mit dem Jahr 2004. Dann sind es 60.000 weniger. Dass auch das noch eine kleinzurende Zahl ist, das wird Ihnen, mit Verlaub, keiner glauben.

Meine Damen und Herren, die zentrale Botschaft an die Bürger in Hessen ist: Hessen ist sicher. Diese Koalition schafft Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In diesem Zusammenhang will ich noch eine andere wichtige Kennziffer hervorheben – gerade weil Frau Kollegin Faeser die Häufigkeitszahlen angesprochen hat.

Frau Kollegin Faeser, in der Tat: Die Häufigkeitszahl, die uns der Innenminister berichten konnte, ist Anlass zur Freude. Denn sie stellt eine deutliche Verbesserung der Situation dar. Die Anzahl der registrierten Delikte pro 100.000 Einwohner ist deutlich zurückgegangen. Auch das lassen wir nicht kleinreden. Das ist ebenfalls eine Tatsache, über die wir uns freuen. Diese Freude lassen wir uns von Ihnen auch nicht vermiesen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Frau Kollegin Faeser macht Pressearbeit, trotzdem werde ich mich mit dem auseinandersetzen, was sie hier vorgetragen hat; aber vielen Dank für den Hinweis.

Auch bei der Häufigkeitszahl liegt Hessen in der Spitzengruppe der sichersten Bundesländer in Deutschland.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Sehr geehrte Frau Kollegin Faeser, Ihr Faible für Pressearbeit kennen wir ja. Eben habe ich die Pressemeldung gelesen, die parallel zu Ihrer Rede herausgegangen ist. Überschrift: „Strukturelle Fehlentscheidungen führen zu Sicherheitsverlust in Hessen“.

(Nancy Faeser (SPD): Ja, so ist es! – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ein Unsinn!)

Frau Faeser, wo leben Sie denn? Haben Sie jeden Realitätsbezug verloren – oder was soll das heißen?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich muss da schon sagen: Die besonders wichtigen Deliktsfelder, um die es geht und die das Sicherheitsempfinden der Hessinnen und Hessen besonders empfindlich beeinträchtigen: auch dort haben wir, über alles gesehen, einen deutlichen Rückgang. Das betrifft den Bereich der Straftaten der Gewaltkriminalität, der Straßenkriminalität, des schweren Diebstahls.

(Nancy Faeser (SPD): Ja, aber die Wohnungseinbrüche haben deutlich zugenommen!)

Allerdings haben wir auch die Zahlen zum Wohnungseinbruch, mit denen Sie sich auseinandergesetzt haben.

(Nancy Faeser (SPD): Nennen Sie sie doch!)

Das darf aber nicht verdecken, was der Minister gesagt hat: Bei der Straßenkriminalität haben wir ein Minus von 4,1 %, beim Raub ein Minus von 7,1 %, beim Handtaschenraub sogar von 13,1 %. Das sind die Fälle, die die Schlagzeilen machen und die in der Tat von den Menschen als besondere Bedrohung ihrer persönlichen Integrität empfunden werden. Beim Diebstahl aus Kraftwagen sind es 9,7 % weniger. Frau Kollegin Faeser, ich kann nur wirklich nochmals fragen: Wo leben Sie denn? Das sind die niedrigsten Zahlen seit 1971. Das ist eine großartige Verbesserung, die wir in diesem Jahr wieder festzustellen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Es gibt einen Wermutstropfen. Sie haben darauf hingewiesen und versucht, dem Innenminister zu unterstellen, er würde das verschleiern. Nein, er hat es sehr deutlich hervorgehoben. Die Zunahme der Wohnungseinbrüche

um 16,3 % ist ein Alarmsignal. Das ist ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen – mit dem sich die Hessische Landesregierung, die hessische Polizei auch tatsächlich auseinandersetzt.

(Nancy Faeser (SPD): Dazu hat der Minister aber nichts gesagt!)

Wenn man auf die Ursachen hinweist, dann gehört das schon an den Anfang: dass man sich mit den Ursachen beschäftigt und diese erkennt.

Dass wir nun einmal eine große Zahl von durchreisenden Banden in Hessen haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Sie wissen das aus Ihren Informationsgesprächen bei der Polizei, wollen das nur gerne zur Seite schieben. Das ist aber ein Phänomen, das nicht in Hessen entsteht, sondern auf das wir nur reagieren müssen. Dass Präventionsarbeit eine wichtige Rolle spielt, ist selbstverständlich.

Eines aber sollten wir immer wieder in Erinnerung rufen und nicht vergessen: Noch immer haben wir halb so viele Einbrüche in Hessen – trotz dieser Steigerung – wie in den Neunzigerjahren. Diese Koalition hat aufgeholt. Dass wir auch in diesem Bereich jetzt besondere Anstrengungen unternehmen müssen, Frau Faeser, das wissen wir. Das wussten wir sogar schon, bevor Sie uns das gesagt haben. Wir legen den Fokus darauf. Wir wissen, diese Aufgabe ist schwierig. Aber wir werden sie lösen, wie wir auch schon andere Aufgaben gelöst haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Worte zur Ausstattung der hessischen Polizei, zur Stellensituation sagen. Auch das hat meine Vorrednerin hier angesprochen.

Sie alle wissen: Wir haben die Notwendigkeit, den Haushalt des Landes Hessen zu sanieren. Wir haben hier beschlossen, dass wir eine Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 wollen. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger werden das in dreieinhalb Wochen in einem Volksentscheid – da bin ich voller Zuversicht – mit großer Mehrheit beschließen. Eines steht fest: Jeder Bereich wird dazu beitragen müssen. Zwei Bereiche aber – meine sehr geehrten Damen und Herren, das will ich nochmals wiederholen – gibt es, in denen nicht gespart wird. Das ist der Wille dieser Koalition. Das ist bei der Bildung so, vor allem bei den Schulen.

(Nancy Faeser (SPD): Das stimmt doch nicht! – Weiterer Widerspruch bei der LINKEN)

– Das stimmt. Frau Faeser, wir werden das bei anderer Gelegenheit im Einzelnen diskutieren. Tatsache aber ist: Der Bildungshaushalt ist gewachsen. Das können Sie nicht wegdiskutieren. Da können Sie noch so oft behaupten, das sei falsch und stimme nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Widerspruch der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich sage Ihnen: Es gibt einen weiteren Bereich, bei dem diese Koalition nicht sparen wird – das ist der Bereich der Sicherheit.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

2008, 2009 und 2010 haben wir durch die Einstellung von jeweils 550 neuen Polizeianwärtern – in der Tat waren das neue Polizeianwärter, denn auch die des Jahrgangs zuvor waren noch da, und wir haben weitere eingestellt – die Personalstärke der hessischen Polizei deutlich vergrößert.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Und davor? Wie war das 2004?)

Meine Damen und Herren, das setzen wir im Jahr 2011 fort. Auch in diesem Jahr werden wieder 550 Polizeianwärter ihren Dienst antreten. Denn wir wissen: Der beste Schutz vor Kriminalität und der beste Garant für die Sicherheit ist immer noch der Polizist vor Ort.

Deswegen gibt es bei der hessischen Polizei einen Personalaufwuchs. Wir stellen mehr ein, mehr Anwärter – auch das hat Frau Kollegin Faeser immerhin bestätigt –, als es Abgänge pro Jahr gibt.

(Nancy Faeser (SPD): Ja, aber Sie haben das drei Jahre lang nicht getan! Das ist das Problem!)

Spätestens dann, wenn die Anwärter des Jahres 2011 die Ausbildung durchlaufen haben, haben wir den Rückgang aus der Mitte der Nullerjahre wieder ausgeglichen. Wenn wir das fortsetzen, wird es einen Aufwuchs geben – in bescheidenem Rahmen, aber in der Tat. Sparen müssen wir überall, aber nicht bei der Sicherheit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie versuchen immer, das kleinzureden. Deshalb will ich – wie schon vor einem Jahr an dieser Stelle – noch einmal betonen:

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Im Jahr 1998, als wir angefangen haben, gab es mehr Stellen bei der Polizei als jetzt. Frau Kollegin Faeser, das haben Sie auch zitiert. Der kleine Unterschied ist aber der: Damals gab es diese Stellen zwar auf dem Papier, aber zahlreiche Stellen waren nicht besetzt. Im Jahr 1998 war die Zahl der besetzten Stellen niedriger als heute.

Das ist der entscheidende Unterschied zur Politik der Worte dieser Opposition.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Was wir geschaffen haben, sind keine Pappkameraden, sondern Polizisten aus Fleisch und Blut. Das ist der Unterschied zu den Zeiten von Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Frau Kollegin Faeser, Ihr Scherz zum Schluss, mit Rot-Grün würde es besser, erklärt sich selbst.

Zusammenfassend kann man zur Situation sagen: Die hessische Polizei ist hervorragend ausgestattet. Das zeigt der bundesweite Vergleich. Die hessische Polizei verfügt über modernste Geräte, über die beste persönliche Schutzausrüstung. Darauf sind wir besonders stolz, und das werden Ihnen auch alle Polizisten bestätigen. Das ist der wesentliche Aspekt, den man an dieser Stelle hervorheben muss.

Auf eines will ich noch kurz eingehen, denn es macht mir große Sorgen. Das ist die Entwicklung der Kriminalität beim Extremismus. Auch das geht aus der Kriminalstatistik hervor: Wir haben eine zunehmende Gewaltbereitschaft rechts und, zunehmend besorgniserregend, zunehmend auch auf der linken Seite. Der Minister hat das angesprochen. Das besondere Problem, das wir haben, ist das Aufschaukeln von Linken und Rechten, die sogenannte Rechts-Links-Konfrontation, die wir immer wieder haben. Das hat sich verschärft.

Dazu kommt eines, und das darf man bei allem Blick auf die rechtsextremistische Gewalt nicht aus den Augen ver-

lieren: Wir haben eine steigende Gewaltbereitschaft insbesondere von Linken, von linken Extremisten. Frau Faeser, wir lassen es uns nicht nachsagen, wir seien auf dem rechten Auge blind. Auf dem rechten Auge sehen wir alle schon sehr lange sehr gut.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Dort arbeiten die hessische Polizei und der hessische Verfassungsschutz sehr intensiv. Das Problem ist, dass wir nicht auf dem linken Auge blind sind, sondern dort ganz genau hinschauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Greilich, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Faeser?

Wolfgang Greilich (FDP):

Ich möchte das jetzt im Zusammenhang ausführen, so wie ich Ihnen auch geduldig zugehört habe. Vielleicht haben Sie noch Redezeit übrig. Dann können wir uns gerne auseinandersetzen.

Das Entscheidende ist, dass wir es nicht hinnehmen, länger zu verharmlosen, dass Linksextremisten immer gewalttätiger werden, sich im Übrigen auch immer mehr vernetzen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): So ein Quatsch!)

Der Minister hat auf die Ausbildungscamps hingewiesen, die wir zu beobachten hatten. Dort wird Gewalt gegen Polizisten, Gewalt gegen die Staatsmacht eingeübt. Andererseits – auch das haben wir in diesem Hause an anderer Stelle schon mehrfach zu diskutieren gehabt – beobachten wir eine gefährliche Vernetzung von Vereinigungen wie der Roten Hilfe mit einer Partei, die in diesem Hause vertreten ist und die sich selbst immer wieder durch Regelverstöße hervortut oder solche zumindest billigend in Kauf nimmt.

Meine Damen und Herren, ich will mit aller Deutlichkeit sagen: Das bedeutet Gefahr für unser demokratisches parlamentarisches System. Wehret den Anfängen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Während die einen versuchen, zu indoktrinieren, und ihr verqueres politisches Gedankengut bis in dieses frei gewählte Parlament tragen, sind die anderen draußen in ihren Sommercamps und trainieren und lehren, wie man Gewalt ausübt gegen diesen Staat und gegen die ihn schützenden Polizeibeamten. Diese Angriffe auf unser demokratisches System mit unterschiedlichen Mitteln und auf unterschiedlichen Wegen müssen uns Sorge machen.

Ich unterstütze in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Aussage des Innenministers, dass wir weiter die Feinde der Demokratie wirkungsvoll bekämpfen müssen und dass wir dafür neben unserer hervorragenden Polizei einen starken, einen gut aufgestellten und einen mit wirksamen Instrumentarien ausgestatteten Verfassungsschutz brauchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will noch kurz, weil Frau Kollegin Faeser sich damit befasst hat, auf die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehen, unter denen unsere Polizei in Hessen arbeitet. Wir

sind in keinem anderen Politikfeld so schnell gefordert, auf immer neue Bedrohungslagen für unsere Sicherheit zu reagieren und dabei immer wieder das Spannungsfeld zwischen wirksamer Täterverfolgung und Wahrung der Bürgerrechte ordentlich zu lösen. Hier gilt es, praktikable Lösungen im Interesse der Freiheit unserer Bürger zu finden.

Frau Kollegin Faeser, das haben wir hier in Hessen geschafft. Wir stellen unsere Bürger nicht vor die Wahl zwischen Sicherheit und Freiheit. In Hessen sorgen wir für Sicherheit in Freiheit, und diese Arbeit werden wir tatkräftig fortsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Nancy Faeser (SPD): Kennzeichenlesegeräte!)

Wir Liberale wissen nur zu gut, dass Sicherheitspolitik immer im Spannungsfeld zwischen den Grenzen staatlicher Eingriffe auf der einen Seite und von Bürgerrechten auf der anderen Seite steht. Dass die Wahrung von Bürgerrechten für uns oberste Priorität hat und die Gewährleistung von Sicherheit nicht zulasten von Freiheit gehen darf, ist für uns ein elementares Anliegen. Aber – das unterscheidet uns von der Opposition – in der Regierungsverantwortung ist bei verantwortungsvoller Sicherheitspolitik kein Platz für starre Ideologien. Das haben wir im letzten Jahr in diesem Zusammenhang am Beispiel des gleichzeitig liberalsten und modernsten deutschen Polizeigesetzes diskutiert, unseres HSOG.

(Nancy Faeser (SPD): Dann wissen Sie genau, dass das nicht liberal ist, Herr Greilich!)

Frau Kollegin Faeser, wenn Sie gebetsmühlenartig immer wieder die gleichen falschen Argumente wiederholen, darf ich Sie daran erinnern: In der Tat, wir haben nicht für alle Berufsheimträger Zeugnisverweigerungsrechte, aber vorher hatten wir überhaupt keine Zeugnisverweigerungsrechte im HSOG. Das ist der Unterschied. Hier haben sich weder Rot-Grün noch andere vorher herange-
traut.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Der Redner muss husten. – Zuruf von der SPD: Das kommt davon!)

– Es freut mich, wenn Sie das erfreut, Herr Kollege Rudolph. Ich werde, wenn Sie einmal einen Verschlucker haben oder sich räuspern, dies so nicht von mir geben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Rudolph hat doch gar nichts gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verantwortliche Politik kennt keine Diskussions- und Denkverbote – ich habe ihn verwechselt, ich bitte um Entschuldigung –, verantwortliche Politik lebt nicht von Aktionismus, sondern von Besonnenheit, und die haben wir bei der Novelle des HSOG im Jahr 2009 walten lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage das ganz entspannt zu den Freunden in der Koalition: Nicht alles, was der eine oder andere Innenpolitiker forderte, haben wir in das Gesetz geschrieben. Wir haben uns dort auseinandergesetzt, wir haben nach dem besten Weg gesucht, wir haben das Augenmaß beibehalten und deswegen nicht alles aufgenommen, aber alles das, was richtig und wichtig war. Das kann man heute, 14 Monate, nachdem wir dieses Gesetz gemeinsam verabschiedet haben, sagen und zu dieser Kriminalstatistik feststellen: Die Erfolge sind auf der Grundlage eines Gesetzesinstrumenten-

tariums möglich, welches strengen rechtsstaatlichen Anforderungen genügt.

Immer wieder äußern sich Oppositionspolitiker, am liebsten Frau Faeser, zu Kennzeichenlesegeräten. Deshalb will ich an dieser Stelle der Wahrheit ein wenig Genüge tun und in Erinnerung rufen, worum es dabei tatsächlich geht, was Sache ist. Was den Einsatz von Kennzeichenlesegeräten angeht, sorgen wir dafür, dass der Rechtsstaat zu 100 % gesichert ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb haben wir schon im Gesetz dafür gesorgt, dass kein Kennzeichen gespeichert wird, wenn nicht zum Zeitpunkt des automatischen Ablesens gezielt danach gesucht wird. Damit ist der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten, der seit dem 01.01.2011 praktiziert wird, ein zusätzliches, gutes und rechtsstaatliches Instrumentarium, um die Effektivität der Polizeiarbeit zu steigern. Der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten, wie wir es im hessischen Polizeigesetz geregelt haben, ist rechtmäßig. Er ist erforderlich, und er ist verhältnismäßig.

Meine Damen und Herren, ich werde nicht müde werden, es Ihnen immer wieder zu erklären: Der Sinn eines Kennzeichens ist es – nur dafür sind sie an die Autos drangeschraubt –, Fahrzeuge identifizieren zu können, nicht mehr und nicht weniger. Sonst bräuchten wir keine Kennzeichen. Das Entscheidende, was in der politischen Diskussion eine Rolle gespielt hat: Wir wollen keine Vorratsdatenspeicherung. Wir wollen auch keine Vorratsdatenspeicherung in diesem Bereich. Wir wollen keine Erstellung von Bewegungsprofilen. Deswegen haben wir das entsprechend geregelt. Dies ist in Hessen nicht möglich. Dies findet in Hessen nicht statt.

Wenn Sie immer wieder darauf verweisen, Frau Kollegin Faeser, es würden sogar Fotos in Kauf genommen: In der Tat, es wird in Kauf genommen, dass beim Ablesen von Lesegeräten auch Konturen von Personen erfasst werden, wenn dies technisch nicht vermeidbar ist. Aber lassen Sie es sich technisch vorführen. Es sind keine Fotos. Es sind keine Menschen erkennbar. Auch der Gesetzestext sagt nicht etwa, dass wir sie speichern dürfen, sondern dass in Kauf genommen werden kann, dass entsprechende Umrisse dokumentiert werden.

Gespeichert wird nichts außer den Kennzeichen, und das nur dann, wenn es einen Treffer gab. Wenn es keinen Treffer gab, erfolgt automatisiert – ich wiederhole: automatisiert – die sofortige Löschung.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich unterstelle, dass es Frau Faeser bewusst ist, aber ich kann jedem, der sich ansonsten etwa als Berichterstatter damit befasst, immer wieder nur empfehlen, dass ein Blick ins Gesetz die Rechtsfindung erleichtert.

(Nancy Faeser (SPD): In der Tat!)

§ 14a Abs. 3 HSOG sagt – ich zitiere es gerne wörtlich –:

Die nach Abs. 1 Satz 1 erhobenen Daten

– also die Kennzeichendaten –

sind, sofern die erfassten Kennzeichen nicht im Fahndungsbestand enthalten sind, sofort automatisiert zu löschen.

Es steht noch ein Weiteres dahinter, um jede Möglichkeit des Missbrauchs auszuschließen:

Die Datenerhebung und der Datenabgleich im Falle des Satzes 1

– also dann, wenn nicht gespeichert werden darf bzw. automatisiert sofort zu löschen ist –

dürfen nicht protokolliert werden.

Meine Damen und Herren, sicherer geht es nicht.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist die entscheidende Botschaft. Wir werden alle Versuche, immer wieder irgendetwas am Zeug zu flicken, nicht unwidersprochen im Raume stehen lassen. Ich bin gespannt, wie Herr Frömmrich gleich wieder versuchen wird, das in Zweifel zu ziehen. Aber ich komme zunächst einmal zum Schluss.

(Nancy Faeser (SPD): Das wird ihm gut gelingen!)

– Er wird es zumindest wieder wortreich versuchen. Das weiß ich jetzt schon.

Eine effektive, effiziente und erfolgreiche Strafverfolgung findet in Deutschland und insbesondere in Hessen statt und – das betone ich – innerhalb bestehender Gesetze. Diese Gesetze befinden sich in dem Rahmen, den der Rechtsstaat vorschreibt.

Diese Koalition hat eine solide Grundlage auf den Weg gebracht. Die aktuelle Kriminalitätsstatistik bestätigt das erneut. Mit dem Haushalt 2011 haben wir die Grundlage dafür gelegt, für 2011 wieder eine hervorragende Bilanz vorlegen zu können. Wir blicken zurück auf mittlerweile elf Jahre erfolgreiche Polizeiarbeit in Hessen, und wir blicken voraus auf eine weitere erfolgreiche Arbeit dieser Koalition,

(Nancy Faeser (SPD): Ich kann mich erinnern, dass Sie hier die Polizeiarbeit in diesem Land kritisiert haben!)

die die guten Ergebnisse möglich macht. Das ist unser Auftrag, und den werden wir erfüllen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Greilich. – Als Nächster spricht Herr Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut mich, dass sich der Kollege Greilich auf das freut, was ich vorzutragen habe. Ich habe eben zur Frau Kollegin Faeser gesagt, was uns unterscheidet: Bei Frau Kollegin Faeser freuen Sie sich immer, dass Sie sie sehen, und bei mir freuen Sie sich, wenn Sie mich hören.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Tief in die Chauvistik gegriffen!)

– Ich habe damit nicht angefangen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorstellung, die der Kollege Greilich hier gegeben hat, war schon beeindruckend.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

Es war schon sehr erstaunlich, wie Sie über ehemalige Grundbestandteile liberaler Politik hinweggegangen sind,

was die Bürgerrechte angeht, was die Freiheitsrechte angeht. Alle diese Rechte zählen bei dieser FDP nichts mehr. Dass Sie sich in diesem Maße selbst entlarven, Herr Kollege Greilich, ist schon sehr erstaunlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben ihre Rede mit einer Replik auf das begonnen, was Frau Faeser gegenüber der Presse erklärt hat. Schon da habe ich gedacht, dass diese Rede so enden wird, wie vieles bei Ihnen endet, dass nämlich Arroganz Inhalt ersetzt. Ich würde mir aber wirklich wünschen, dass wir uns über gewisse Punkte inhaltlich unterhalten, dass Sie nicht immer nur versuchen, bei den Themen Kennzeichenlesegeräte und Videoüberwachung hier die schnelle Nummer zu machen, sondern dass wir wirklich einmal darüber diskutieren, dass dies eigentlich tief greifende Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte der Menschen in diesem Lande sind. Früher war die FDP die Partei, die sich für die Wahrung von Grund- und Freiheitsrechten eingesetzt hat und darauf stolz war. Das vermissen wir in der Tat bei der FDP im Hessischen Landtag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der Start der Regierungserklärung des Innenministers hat mich ein bisschen gewundert. Verehrter Herr Innenminister, ich hatte das Gefühl, dass Sie ziemlich unter Erfolgsdruck gestanden haben, weil die Stahlhelme in der ersten Reihe Ihrer Fraktion aufmarschiert waren und man hören wollte, was der Nachfolger von Volker Bouffier im Bereich der Innenpolitik zu sagen hat. Leider ist es aber so, dass auch Debatten über die Innenpolitik und über die innere Sicherheit mittlerweile absolut ritualisiert geführt werden. Es ist inzwischen so, dass die CDU immer dann, wenn Wahlen im Bundesland Hessen anstehen, wenn also die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande zur Urne gebeten werden, reflexartig das Thema innere Sicherheit für sich entdeckt.

Der Innenminister hat versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei die Opposition nur daran interessiert, zu kritisieren und die Zahlen schlechtzureden. Herr Innenminister, Sie haben auch versucht, aus der Presseerklärung meiner Fraktion zu zitieren. Sinnerfassendes Lesen ist ja eine Sache, die zumindest die Kultusministerin zu vermitteln hat; aber wenn Sie die ersten Sätze der Presseerklärung lesen, müssten auch Sie erkennen, dass wir geschrieben haben: Die GRÜNEN im Hessischen Landtag begrüßen die sinkende Kriminalität und die steigende Aufklärungsquote in der heute vorgestellten Kriminalstatistik. – Herr Innenminister, daran, dass Sie das nicht erkannt haben, kann man sehen, wie einseitig, wie eingeengt Sie sind. Sie wollen das gar nicht lesen. Sie wollen die Auseinandersetzung. Sie wollen keine inhaltliche Auseinandersetzung, sondern Sie wollen im Vorfeld der Kommunalwahl Wahlkampf machen. Das wird Ihnen aber nicht gelingen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es steht zwar schon in der Presseerklärung, aber ich sage es gerne noch einmal – im Übrigen: bei der Vorstellung der letzten Kriminalstatistik habe ich Ähnliches gesagt –: Es ist gut, dass die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung in Hessen gesunken ist. Es freut auch uns, dass es im letzten Berichtszeitraum 5.000 Straftaten weniger gab als im Berichtszeitraum 2008/2009. Es ist gut, dass es eine hohe Aufklärungsquote gibt: 58,3 % sind ein guter Wert. Das ist aber kein Spitzenwert, Herr Innenminister, obwohl Sie das in der Öffentlichkeit behaupten. Herr Innenminister, Sie sind ja auch für den Sport zuständig. Platz 7

ist eben kein Spitzenplatz. Das müssten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, man braucht doch hoffentlich nicht darüber zu streiten, dass sich alle in diesem Hause freuen, dass die Zahl der Straftaten in Hessen sinkt und die Aufklärungsquote steigt. Aber eines ist doch auch klar, Herr Innenminister: Sie sollten die Kirche im Dorf lassen – um es mit den Worten eines Altkanzlers zu sagen – und die hessischen Zahlen in die Zahlen der anderen Bundesländer einordnen. Hessen ist nicht auf einem Spitzenplatz, was die Aufklärungsquote angeht. Hessen ist bestenfalls Mittelmaß. Hessen steht – ich habe es eben schon gesagt – auf Platz 7 im Vergleich der Bundesländer für das Jahr 2009.

Herr Innenminister, wenn Sie die Kriminalitätsstatistik 2010 und die Kriminalitätsstatistik 2009 des Bundes vergleichen, sehen Sie, dass das Bundesland Hessen immer noch auf Platz 7 steht. Das heißt, auch die anderen Bundesländer haben offensichtlich in diesem Bereich zugelegt – nicht nur CDU-regierte Länder. Ich will Ihnen die Zahlen im Einzelnen nennen; vielleicht nehmen Sie sie dann zur Kenntnis. Thüringen steht mit einer Aufklärungsquote von 65,1 % auf Platz 1. Bayern steht mit einer Aufklärungsquote von 63,9 % auf Platz 2, Rheinland-Pfalz mit einer Aufklärungsquote von 62,3 % auf Platz 3. Auf Platz 4 folgt Niedersachsen mit einer Aufklärungsquote von 60 %. Mecklenburg-Vorpommern hat eine Aufklärungsquote von 59,6 %. Auf Platz 6 finden wir Baden-Württemberg mit einer Aufklärungsquote von 59,4 %. Erst auf Platz 7 steht das Bundesland Hessen mit einer Aufklärungsquote von 58,7 %. Herr Innenminister, das sind die Fakten, wenn Sie die Aufklärungsquoten bundesweit vergleichen. Reden Sie bitte nicht davon, dass Hessen bei der Aufklärungsquote einen Spitzenplatz einnehme. Wir sind Mittelmaß, und das sollten Sie der Öffentlichkeit auch so sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, bei der Häufigkeitszahl greifen Sie einfach eine Zahl und behaupten: Wenn man unter 7.000 ist, dann ist man gut. – Das sagen auch Kriminalisten. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. An dem Punkt brauchen wir uns nicht zu streiten. Es gibt andere Punkte, da können wir uns trefflich streiten. Aber auch hinsichtlich der Häufigkeitszahl nimmt Hessen keinen Spitzenplatz ein. Bayern steht mit einer Häufigkeitszahl von 5.073 auf Platz 1. Es folgen Baden-Württemberg mit 5.387 und Thüringen mit 6.116. Erst dann kommt das Bundesland Hessen mit 6.629 Fällen, bezogen auf 100.000 Einwohner.

(Horst Klee (CDU): Das ist bei 16 Ländern ein Spitzenplatz!)

– Das ist Platz 4. Auch das ist kein Spitzenplatz. Noch einmal der Hinweis an Sie als Sportminister. Im Wintersport sagt man: Wenn man auf dem „Stockerl“ ist, also wenigsten Platz 3 hat, dann ist man in der Spitzengruppe. Der Platz 4 gehört nicht mehr zur Spitzengruppe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Fast alle Bundesländer – um auch das noch einmal einzuordnen – hatten im Vergleich zu 2008/2009 höhere Aufklärungsquoten. Herr Kollege Klee, verehrter Herr Vorsitzender des Innenausschusses, das ist erfreulich. Ich bin im Übrigen gespannt, wie die PKS 2010 auf Bundesebene aussehen wird. Noch einmal: Lassen Sie die Kirche im

Dorf, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen. Ich bin sehr dafür, dass wir an diesem Punkt die unterschiedlichen inhaltlichen Herangehensweisen diskutieren; aber Sie sollten hier nicht den Versuch unternehmen, die Statistiken so auszulegen, wie Sie es gerade brauchen. Frau Kollegin Faeser hat vorhin angesprochen, dass Sie die eindeutige Zunahme der Zahl der Straftaten in gewissen Bereichen ganz einfach verschwiegen haben. So sollten Sie mit Statistiken nicht umgehen, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Noch eines, weil Sie mit Verve auf die ehemalige rot-grüne Regierung geschimpft und einen Vergleich zu den Aufklärungsquoten unter der alten Regierung gezogen haben: Wir reden hier immerhin über ein anderes Jahrhundert. Sie haben 1999 die Regierung übernommen. Dass Sie sich immer noch an diesen Regierungen abarbeiten müssen, spricht für sich. Herr Innenminister, auch da sollten Sie von Ihrem hohen Ross herunterkommen.

Als Frankfurter kennen Sie den ehemaligen Oberbürgermeister Frankfurts und späteren Hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann: 1991, am Ende der Regierung Wallmann/Gerhardt – das war bekanntlich eine CDU/FDP-Regierung –, hatten wir eine Aufklärungsquote von 38,8 %. Diese Zahl lassen Sie sich jetzt bitte auf der Zunge zergehen; das war nämlich nicht unter Rot-Grün.

Wenn Sie sich also auf die Neunzigerjahre berufen und sozusagen einen Vergleich mit alten Zeiten anstellen, bitte ich Sie, doch auf die Verantwortung zu verweisen, die Sie seinerzeit hatten. Herr Innenminister, mit einer Aufklärungsquote von 38,8 % sehen Sie da nämlich relativ schlecht aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Fakt ist auch, dass wir in den zehn Jahren von 1990 bis 2000 eine Steigerung der Aufklärungsquote um 10 Prozentpunkte hatten: von 38,4 % auf 48,6 %. Zwischen 2000 und 2010 gab es wiederum eine Steigerung der Aufklärungsquote um fast 10 Prozentpunkte. Bleiben Sie also auf dem Teppich, und nehmen Sie die Zahlen so, wie sie sind. Es sind keine Zahlen, die Ihnen zu Jubelorgien Anlass geben sollten.

Herr Innenminister, ein eher jämmerliches Bild geben Sie ab – ich weiß, dass Sie in der Auseinandersetzung auch anders können –, wenn Sie davon reden, die Opposition habe kübelweise Dreck über die hessische Polizei ausgegossen. Es zeugt von einer ziemlichen Chuzpe, wenn man das hier so vorträgt. – Das ist der erste Punkt.

Ich sage ganz deutlich – vielleicht auch zum Mitschreiben –: Wir haben die Landesregierung kritisiert. Wenn es darum geht, die Führungskultur innerhalb der Polizei und den Umgang mit dem Personal zu kritisieren, ist das nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerichtet, sondern wir meinen die Landesregierung. Herr Innenminister, das ist Ihre ureigene Verantwortung. Tun Sie nicht so, als ob wir hier die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschimpfen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Ja, wir haben Probleme mit der Führung und im Umgang mit Konflikten in der Polizei. Das ist hinlänglich bekannt. Herr Innenminister, es ist unsere Aufgabe, diese

Schwierigkeiten anzusprechen. Ihr Problem ist es, dass Sie wieder Ursache und Wirkung verwechseln.

Herr Innenminister, Sie haben doch, noch als Staatssekretär – auch im Innenministerium –, auf dem Gewerkschaftstag der GdP von Problemen in der Führungskultur der hessischen Polizei gesprochen. Das waren Sie. Sie wurden nicht genötigt, darüber zu reden. Vielmehr haben Sie sich entschlossen, über die mangelnde Führungsqualität zu sprechen. Herr Innenminister, das haben Sie aus freien Stücken getan, eben weil es Probleme in der Führungskultur der hessischen Polizei gab. Es war also nicht die böse Opposition, sondern Sie waren derjenige, der das auf dem Gewerkschaftstag vorgetragen hat.

Sie haben den Landespolizeipräsidenten Nedela hinausgeschmissen. Warum denn? Haben Sie ihn hinausgeschmissen, weil alles gut war, weil alles in Ordnung war, weil es keine Probleme gab und weil Sie Herrn Nedela mehr Freizeit verschaffen wollten? Warum haben Sie den Landespolizeipräsidenten entlassen? Sie haben ihn entlassen, weil es offensichtlich Probleme gegeben hat. Das ist doch nichts, was die Opposition für sich reklamieren muss. Sie sagen, dass wir kübelweise Dreck über die Polizei ausschütten. Dabei haben Sie den Landespolizeipräsidenten entlassen. Es ist doch geradezu grotesk, deswegen die Opposition zu beschimpfen.

Sie persönlich haben die LKA-Präsidentin von ihren Aufgaben entbunden und ins Innenministerium befördert

(Allgemeine Heiterkeit)

– nein, beordert. Auch das war nicht die böse Opposition. Sie haben sie doch nicht zurückbeordert, weil die Mitglieder der Opposition so schöne Augen haben, sondern Sie haben das getan, weil es in diesem Zusammenhang offensichtlich Probleme gab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen; denn es wird so getan, als redeten wir über Lappalien: Wir reden über ernsthafte Vorwürfe gegen eine Frau auf der obersten Führungsebene der hessischen Polizei. Es stand der Vorwurf im Raum, dass gezielt gemobbt wird, dass vor Gericht uneidliche Falschaussagen gemacht wurden und dass von der ehemaligen Vizepräsidentin des Polizeipräsidiums Frankfurt und späteren LKA-Präsidentin Unschuldige verfolgt wurden. Herr Innenminister, das sind doch keine Lappalien, und es sind auch keine Kübel voll Dreck, die die Opposition über die Polizei ausschüttet, sondern das sind ernsthafte Probleme. Sie wären gut beraten, wenn Sie endlich die Probleme angingen, statt laufend die Opposition zu beschimpfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das ist ein Vorwurf, den Sie sich gefallen lassen müssen: Das wurde zuerst lange Zeit geleugnet. Das haben nicht Sie gemacht – da muss ich Sie ausnahmsweise in Schutz nehmen –, sondern dafür war der jetzige Ministerpräsident verantwortlich. Dann wurde es kleingeredet, später wurde es vertuscht, und erst, als es nicht mehr zu halten war, waren es wiederum Sie als Innenminister, verehrter Herr Rhein, der sich das zu Herzen genommen und einen Beauftragten für die hessische Polizei berufen hat. Das hat auch nichts damit zu tun, dass die Opposition kübelweise Dreck ausschüttet, sondern es sind Sie, die auf diese Art und Weise gehandelt haben.

Wenn man sich diese Probleme einmal nacheinander anschaut, erkennt man, dass sie nicht von der Opposition herbeigeredet worden sind, sondern dass es um eklatante Probleme auf der Führungsebene der hessischen Polizei ging. Sie haben gehandelt, weil es diese Probleme gab, und nicht etwa, weil die Opposition kübelweise Dreck über die Polizei ausgeschüttet hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anstatt die Opposition zu beschimpfen, sollten Sie sich lieber einmal fragen, was für ein Haus Ihnen Ihr Vorgänger hinterlassen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wer war eigentlich Staatssekretär in diesem Haus?)

Verehrter Herr Innenminister, ich stimme dem, was Sie zur Kriminalstatistik gesagt haben, ausdrücklich zu, nämlich dass die Polizistinnen und Polizisten in Hessen hervorragende Arbeit leisten. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, wenn Sie sagen, die Bilanz sei zugleich die Bilanz jedes einzelnen Polizeibeamten in Hessen. Es stimmt nämlich in der Tat: Die Polizei leistet gute Arbeit – aber nicht wegen, sondern trotz dieser Landesregierung, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie schwelgen in Erinnerungen und verweisen auf die alten Zeiten unter Rot-Grün: alte Autos, alte Schreibmaschinen. Ich wundere mich, dass Sie behaupten, die Computertechnologie hätte eingeführt werden müssen, als sie eigentlich noch gar nicht für den Einsatz bereit war. Ich kann mich noch an Atari-Computer und an all das, was es sonst noch gegeben hat, erinnern.

Aber das ist etwas, was Sie machen sollten. Herr Innenminister, wie toll Sie beim Einsetzen moderner Elemente sind, erkennt man an der Einführung des Polizeifunks. Sie können doch froh sein, dass die alten Gurken von Funkgeräten noch funktionieren; denn eigentlich sollten wir schon seit 2006 in Hessen einen Digitalfunk haben. Aber Sie schaffen es wegen Ihres dilettantischen Vorgehens im Innenministerium nicht, diesen Polizeifunk endlich in Hessen zu implementieren. Das sind die Probleme, um die Sie sich einmal kümmern sollten, statt die Opposition im Hessischen Landtag zu beschimpfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Technikfeindlich!)

Eines muss auch klar sein, wenn Sie auf die Vergangenheit rekurren – ich hatte Sie eigentlich als jemanden gesehen, der nach vorne schaut; aber vielleicht muss man nach hinten schauen, um dann den Blick nach vorne richten zu können –: Einer der größten Reformschritte bei der hessischen Polizei war die Einführung der zweigeteilten Laufbahn. Herr Innenminister, Rot-Grün hat die zweigeteilte Laufbahn in Hessen gegen den erbitterten Widerstand des damaligen CDU-Landesvorsitzenden und Innenministers Manfred Kanther eingeführt. Das war ein Reformprojekt von Rot-Grün. Das sollten Sie nicht immer verschweigen, wenn Sie über alte Autos und alte Schreibmaschinen reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Florian Rentsch (FDP): Jetzt wieder etwas von heute!)

– Herr Kollege Rentsch, ich weiß, dass Ihnen das nicht passt. Aber dieser Innenminister hat über die Vergangen-

heit geredet: über das Jahr 1990 und über die Verantwortung von Rot-Grün. Dann müssen Sie es sich auch gefallen lassen, dass wir sagen, wie es seinerzeit war und wer mit den großen Reformen in der hessischen Polizei angefangen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Peter Beuth (CDU): Der Computer war lange erfunden, als Sie die Schreibmaschinen übergeben haben!)

Der Herr Innenminister hat stichwortartig das Thema Videoüberwachung angesprochen.

(Peter Beuth (CDU): Der Computer war lange erfunden, als Sie die Schreibmaschinen übergeben haben! Schutzwesten gab es auch schon!)

– Ja, der Herr General ist auch wieder da; man hört es. Der Generalsekretär der hessischen CDU funktioniert so, weil der ehemalige Generalsekretär der CDU sozusagen als Souffleuse neben ihm sitzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte etwas zu dem Stichwort Videoüberwachung sagen. Wir wollen keine Videoüberwachung des gesamten öffentlichen Raums. Es gibt Stellen, an denen es durchaus sinnvoll sein kann, Videoüberwachung zu haben. Das gilt beispielsweise für Bahnhöfe, Flughäfen und U- und S-Bahnstationen. Auch an dem einen oder anderen öffentlichen Platz mag das sinnvoll sein. Dann sollte das aber zeitlich befristet und deutlich gekennzeichnet sein. Das ist im Übrigen auch eine Forderung des Hessischen Datenschutzbeauftragten.

Wir wollen nicht, dass an jeder Hausecke eine Videokamera hängt. Der allergrößte Teil der Menschen sind nämlich unbescholtene Bürgerinnen und Bürger, die wir nicht der Maßnahme der staatlichen Videoüberwachung aussetzen wollen. Herr Innenminister, das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Denn Sie stellen die Nutzung dieses Instruments permanent in den Raum.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, Sie haben das selbst gesagt. Ich glaube, wenn man ruhiger über dieses Thema redet, wird man feststellen, dass es einen Unterschied zwischen dem Verhindern der Straftaten und dem nachträglichen Aufklären der Straftaten gibt. Dabei geht es auch um die Frage der Einsätze. Ist es so, dass durch die Videoüberwachung die Kriminalität tatsächlich zurückgeht? Lassen Sie das doch bitte einmal empirisch untersuchen. Da gibt es durchaus unterschiedliche Erfahrungen.

Da geht es um die Verlagerung der Delikte in andere Gebiete, etwa in Wohnquartiere. Ob wir das unbedingt wollen, ist auch zu fragen.

Herr Innenminister, da sollte nicht schwarz-weiß gemalt werden. Vielmehr sollte auch in dem Bereich, bei dem es wirklich um tief greifende Eingriffe in Grundrechte für unbescholtene Bürgerinnen und Bürger geht, vielleicht einmal mit weniger Scham vor dem Mund, aber dafür mit mehr Inhalt diskutiert werden. Dazu rate ich.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Es wundert mich schon, dass die Kolleginnen und Kollegen der FDP dazu gar nichts mehr gesagt haben. Ich

glaube, dass wir uns hinsichtlich der Videoüberwachung in guter Gesellschaft befinden. Ich sage das noch einmal ausdrücklich: Wir befinden uns da in Gesellschaft des Datenschutzbefragten, in der Gesellschaft der Bürgerrechtler und in Gesellschaft von Menschen wie Gerhart Rudolf Baum, Burkhard Hirsch oder Hildegard Hamm-Brücher. Das alles sind ehemalige Urgesteine der FDP, die sich heute umdrehen würden, wenn sie sehen würden, wie Sie mit den Grund- und Freiheitsrechten der Menschen umgehen.

Im Übrigen wird die Videoüberwachung auch innerhalb der Bevölkerung sehr unterschiedlich diskutiert. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen gerade diese Form der Überwachung nicht an jeder Ecke und nicht in jedem öffentlichen Raum haben. Herr Innenminister, lassen Sie uns daher differenziert darüber reden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich komme jetzt auf das Stichwort „Kennzeichenlesegeräte“ zu sprechen. Auch da ist vielleicht ein Blick auf das, was dahinter steht, angezeigt.

Ja, auch da sehen wir die Dinge in der Tat anders. Im Übrigen befinden wir uns auch da in guter Gesellschaft. Wir befinden uns da nämlich in der guten Gesellschaft der Richter des Bundesverfassungsgerichts. Wenn Sie sich einmal anschauen würden, wie das Bundesverfassungsgericht seinerzeit entschieden hat, würden Sie das vielleicht entdecken.

Ich möchte zitieren. Das Bundesverfassungsgericht sagt:

Die automatisierte Erfassung von Kraftfahrzeugkennzeichen darf nicht

– die Betonung liegt auf dem folgenden Wort –

anlasslos erfolgen oder flächendeckend durchgeführt werden. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne ist im Übrigen nicht gewahrt, wenn die gesetzliche Ermächtigung die automatisierte Erfassung und Auswertung von Kraftfahrzeugkennzeichen ermöglicht, ohne dass

– aufpassen –

konkrete Gefahrenlagen oder allgemein gesteigerte Risiken von Rechtsgutgefährdungen oder -verletzungen einen Anlass zur Einrichtung der Kennzeichenerfassung geben.

Wir befinden uns also in guter Gesellschaft, nämlich der der Richter des Bundesverfassungsgerichts. Es hat für den Einsatz der Kennzeichenlesegeräte relativ enge Grenzen gesetzt. Sie sollten doch einmal zu dem, was Sie im Jahr 2009 ins Gesetz geschrieben haben, etwas zur Kenntnis nehmen. Ich kann mich noch daran erinnern: Der ehemalige Innenminister und heutige Ministerpräsident hat damals auf die Entgegnung unserer Fraktion gesagt: Das ist alles Quatsch. Es ist alles Unsinn, was die Fraktion hier vorträgt. Das, was ich vorlege, ist verfassungskonform.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gesetz, das Sie 2009 verabschiedet haben, wurde vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt.

(Nancy Faeser (SPD): So ist es!)

Das war eine krachende Niederlage. Sich hierhin zu stellen und so zu tun, als könnten alle, die gegen Kennzeichenlesegeräte sind oder die zu den Kfz-Kennzeichen-

segeräten eine differenzierte Auffassung haben, nicht mehr ganz klar denken, ist geradezu absurd. Meine Damen und Herren, Sie sollten sich vielleicht einmal genauer die Grundzüge der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu dieser Frage anschauen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Nancy Faeser (SPD) – Zuruf)

– Verehrter Herr Justizminister, es ist schön, dass Sie sich zu Wort melden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ruft Herr Hahn wieder herein, oder was? Das dürfen Sie nicht!)

Aber auch da kann man sagen, dass der Gesetzentwurf natürlich nichtig war, weshalb wir im Jahr 2010 eine weitere Anhörung hatten. In dieser weiteren Anhörung wurde dieser Themenkomplex wieder eindringlich diskutiert. Meine Damen und Herren, das, was Sie als Gesetz verabschiedet haben, entspricht eben nicht den Regeln, die das Bundesverfassungsgericht aufgeschrieben hat. Ich will noch einmal daran erinnern, dass das Bundesverfassungsgericht sagt, dass der Einsatz anlassbezogen sein muss. Außerdem muss es zur Abwehr konkreter Gefahrenlagen angeordnet werden.

Gleichzeitig kann man in der Presseverlautbarung des Innenministeriums Folgendes lesen. Dort steht geschrieben:

Die Kennzeichen-Scanner würden jetzt auch nicht mehr rund um die Uhr, sondern zeitlich begrenzt und punktuell an Brennpunkten wie Ein- und Ausfallstraßen eingesetzt, wo durchreisende Straftäter erfahrungsgemäß durchkämen.

Das entspricht nicht dem Prinzip, das das Bundesverfassungsgericht für den Einsatz der Kennzeichenlesegeräte eingeführt hat. Von daher haben wir bei dieser Frage eine sehr kritische Haltung. Wie ich schon gesagt habe, befinden wir uns da in guter Gesellschaft. Wir lehnen diese Art des tiefen Eingriffs in die Bürger- und Freiheitsrechte ab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist innere Sicherheit kein Selbstzweck. Ein Höchstmaß an Sicherheit für die Menschen zu gewährleisten ist ein hohes Gut. Das muss aber so geschehen, dass die Bürger- und Freiheitsrechte der Menschen geringstmöglich eingeschränkt werden. Hier die richtige Balance zu finden ist die Kunst. Diese Debatte ist es wert, geführt zu werden.

Es hilft aber nicht, jeden Tag eine andere Sau hinsichtlich der Sicherheitspolitik durch den Ort zu treiben, wie Sie es mit Videoüberwachung, Kennzeichenlesegeräten, Online-durchsuchung und der Quellen-Telekommunikationsüberwachung tun. Ich habe damit nur einiges von dem genannt, was Sie in den letzten Jahren debattiert und eingeführt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einsatz all dieser technischen Mittel stellt starke und vom Bundesverfassungsgericht auch so festgestellte Eingriffe in die Grundrechte dar. Die Frage, die sich stellt, ist doch, ob die Abwehr einer Gefahr solche Eingriffe in die Grundrechte rechtfertigt. Für diese Eingriffe hat das Bundesverfassungsgericht hohe Hürden aufgestellt.

Ich erinnere noch einmal an den Satz von Benjamin Franklin. Den sollten wir uns öfter auf der Zunge zergehen lassen:

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

Dieser Satz hat nach wie vor Gültigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zur FDP habe ich schon einiges gesagt. Ich wollte eigentlich nur, damit es im Protokoll steht, auch noch die Presseerklärung der FDP zu diesem Thema erwähnen. Aufgrund der fortgeschrittenen Redezeit tue ich das jetzt nicht. Aber das ist schon einigermaßen erstaunlich. Der eine oder andere sollte das vielleicht einmal auf der Internetseite nachlesen.

Herr Kollege Greilich, die FDP spielt sich wirklich nur noch zur Schutzmacht derjenigen auf, die Ihrer Partei wohlgesonnen sind. Für das, wofür Sie früher eingetreten sind, nämlich für die Menschen und für die Bürger- und Freiheitsrechte, stehen Sie schon lange nicht mehr ein. Das kann man aus Ihrer Erklärung sehr gut ableiten.

Das entspricht auch der Tradition. Jörg-Uwe Hahn war seinerzeit der Anführer der Truppe innerhalb der FDP, die den großen Lausangriff durchgesetzt hat. Das geschah gegen den erklärten Willen der ehemaligen Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Das hat auch dazu geführt, dass Frau Leutheusser-Schnarrenberger dann zurückgetreten ist. Wer das weiß, weiß, dass die Bürger- und Freiheitsrechte bei der FDP in Hessen keine große Rolle spielen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf zum Abschluss meiner Rede noch einen Punkt aufgreifen, den der Herr Innenminister, so finde ich, sehr fragwürdig vortragen hat. Dabei geht es um die Frage des Personalaufbaus und des Personaleinsatzes.

Herr Innenminister, ich finde allen Ernstes, da sollten Sie einmal die Kirche im Dorf lassen. Ich will Ihnen zugestehen, dass im letzten Jahr 550 Anwärter eingestellt wurden. Das geschah auch in dem vorhergehenden Jahr. Herr Innenminister, ab dem Jahr 2008 wurde das gemacht.

Aber Sie verschweigen immer gern, dass wir im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ einen Abbau von ca. 1.000 Stellen bei der hessischen Polizei hatten. Sie haben ca. 600 Stellen bei den Tarifbeschäftigten abgebaut. Wenn Sie sich dann einmal die Statistik anschauen, was die Ruhestandsversetzungen auf der einen Seite und die Einstellungen auf der anderen Seite angeht, dann will ich Ihnen kurz einmal sagen, wie das seit 2003, nämlich seit der „Operation düstere Zukunft“ – –

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Frömmrich, das müsste jetzt sehr kurz sein, weil die Redezeit um ist. Also bitte Schlusssatz.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe es befürchtet, Herr Präsident. Ich will das auch tun. – Von 2003 bis 2010, obwohl Sie in den Jahren von

2008 bis heute 550 eingestellt haben, per saldo ein Minus von 178 Stellen.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Rechnen Sie die 1.200 aus der „Operation düstere Zukunft“ hinzu, rechnen Sie die 600 Tarifbeschäftigten dazu, Herr Innenminister, dann ist es wirklich ein schlechter Scherz, wenn Sie sich hier vorne hinstellen und uns erzählen, dass bei der Polizei zusätzliche Stellen geschaffen worden seien. Das ist nicht so.

Sie sollten in der inneren Sicherheit vielleicht weniger auf Sprechblasen vertrauen und mehr die inhaltliche Auseinandersetzung suchen. Dazu sind wir gern bereit, insbesondere zu der Frage der Balance von innerer Sicherheit und Bürger- und Freiheitsrechten. Aber das wollen Sie gar nicht; denn diese ganze Regierungserklärung steht nur deshalb auf der Tagesordnung, weil am 27. März in Hessen Kommunalwahlen sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Frömmrich. – Zu einer Kurzintervention darf ich Herrn Beuth das Wort erteilen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Manfred Görig (SPD): Was ist jetzt los?)

Peter Beuth (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Moment muss man sich hier ein bisschen Platz verschaffen. Vor lauter Sprechblasen, die ich in der letzten halben Stunde gehört habe, kann man kaum den Plenarsaal sehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Frömmrich, weil Sie es herausgefordert haben, möchte ich wenigstens noch zwei Sätze zu dem sagen, was Sie hier von sich gegeben haben, vor allem den verklärten Blick, den Sie auf die Vergangenheit haben, ein bisschen aufklären.

Meine Damen und Herren, es ist doch so, dass im Jahr 1999, in der Zeit, über die Herr Kollege Frömmrich gesprochen hat, der PC durchaus schon erfunden war. Konrad Zuse ist ein bisschen älter. Als Sie dem hessischen Innenminister Bouffier die Schreibmaschinen übergeben haben, gab es schon Computer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Minister Boris Rhein: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nicht verdenken, dass Sie sich nicht mehr daran erinnern oder erinnern wollen. Ich erinnere an das geniale System HEPOLAS, das Sie über viele Jahre versucht haben zu entwickeln. 100 Millionen DM haben Sie damals in den Sand gesetzt. So war das, was Sie uns übergeben haben.

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Erinnerung daran, wie ich im Rahmen meiner Ausbildung bei der Staatsanwaltschaft Gelegenheit hatte, einmal eine Nachschicht bei der hessischen Polizei mitzumachen, als der eine Kollege, wenn er aus dem Auto ausgestiegen ist, die Schutzweste ausziehen musste, damit der andere, der in das nächste Auto eingestiegen ist, sie anziehen konnte. Sie

haben sich zu Ihrer Regierungszeit nicht einmal um die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gekümmert. Das ist die Wahrheit und nicht das, was Sie hier eben von sich gegeben haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Um noch einen Punkt hinzuzufügen: Wir haben in den Neunzigerjahren in diesem Landtag darüber gestritten, wie wir Verbrechensbekämpfung erfolgreich leisten können. Dazu gehörte unter anderem die Schleierfahndung. Sie haben sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Wir haben dieses erfolgreiche Mittel der Kriminalitätsbekämpfung im Jahr 1999 eingeführt, und die Erfolge hat der Innenminister hier eben vorgestellt. Ich finde, Sie sollten ein bisschen abrüsten mit dem, was Sie so im Hessischen Landtag von sich geben.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Beuth, das wars, die zwei Minuten sind um.

Peter Beuth (CDU):

Ich komme zum letzten Satz. Meine Damen und Herren, keine Freiheit ohne Sicherheit. Am Ende sind Freiheit und Sicherheit kein Gegensatz, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Beuth. – Herr Frömmrich, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. Sie haben ebenfalls zwei Minuten Zeit.

(Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie einmal etwas zur Schreibmaschine!)

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Kollege Beuth, dass Sie mir noch einmal Gelegenheit geben, zwei Minuten zu reden.

(Peter Beuth (CDU): Wenn Sie auf das antworten, was ich gesagt habe!)

Ich weiß nicht, wo Sie in den Neunzigerjahren herumgekrabbelt sind.

(Lachen und Zurufe von der CDU: Oh!)

– Herr Kollege Beuth ist ein bisschen jünger, es war in der Tat scherzhaft gemeint. Sie kommen doch aus einer Karnevalshochburg, also gerade Sie sollten es verstehen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Beuth, wenn Sie von HEPOLAS reden, dann mag das sein. Aber ich will Ihnen nur eines sagen: Ihr HEPOLAS hieß IZEMA. Wir haben das im Innenausschuss hoch- und runterdiskutiert, dass Sie bei der hessischen Polizei eine Zeitsoftware implementiert haben, die über Jahre nicht funktioniert hat, wo uns immer erzählt worden ist, demnächst kommt es, oder demnächst wird es. Sie haben ein anderes HEPOLAS, bei Ihnen heißt es IZEMA.

(Peter Beuth (CDU): Da geht es um die Frage von Arbeitszeit, bei HEPOLAS ging es um Sicherheit! Unfassbar!)

Zweiter Punkt. So viel Geld, wie Sie in den Jahren Ihrer Regierungsverantwortung in der NVS verschwendet haben, kann man gar nicht verschwenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Beuth, etwas zur Geschichte, weil Sie auf die Neunzigerjahre gekommen sind. Wenn Sie Rot-Grün vorwerfen, dass die Aufklärungszahlen so waren, wie sie waren – ich habe dem Innenminister durchaus zugestanden, dass man die Zahlen, die er vorgelegt hat, begrüßen muss; keine Frage –,

(Minister Boris Rhein: Gute Zahlen!)

dann schauen Sie doch einmal: Herr Kollege Beuth, wenn Sie mit dem Finger auf Rot-Grün zeigen, dann zeigen vier Finger auf Sie zurück. In der Periode, in der Sie mit Wallmann und Gerhardt Verantwortung getragen haben, lagen die Aufklärungsquoten bei 38, 39 %. Bevor Sie anderen Vorwürfe machen, sollten Sie lieber einmal Ihren eigenen Laden aufräumen und in die Geschichte schauen, was Sie so zu verantworten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hier im Bereich der inneren Sicherheit – ich will das noch einmal betonen – nicht um Sicherheit als Selbstzweck. Es geht darum, den Menschen ein Höchstmaß an Sicherheit zu garantieren, und das in einem Balanceakt zwischen Freiheit und Sicherheit.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Frömmrich.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Denn es kann nur darum gehen, dass wir das bewahren, wofür wir kämpfen. Das sind die Freiheits- und Bürgerrechte in diesem Land, und die kann man nicht dadurch verteidigen, dass man sie einschränkt oder abschafft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Frömmrich. – Es geht in der Rednerfolge weiter mit Herrn Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

(Zurufe)

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Haben Sie jemand anderen erwartet, Herr Minister?

(Minister Boris Rhein: Nein, im Gegenteil, ich freue mich darüber!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Herr Minister, wenn Sie sagen: „Frau Faeser, das Beste an Ihrer Presseerklärung ist Ihr Foto“, dann halte ich das,

(Günter Rudolph (SPD): Für ziemlich arrogant, genau wie KT!)

genauso wie die Zwischenbemerkung des Kollegen Frömmrich dazu, weder für witzig noch für lustig.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, wir sollten solche Machosprüche immer, aber ganz besonders an diesem Tag, an dem wir den 100. Internationalen Frauentag feiern, hier im Landtag unterlassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Minister Boris Rhein: Das hätte ich auch gesagt, wenn sie ein Mann wäre!)

So weit zur Vorbemerkung.

Meine Damen und Herren, die Präsentation und Aussprache zur Kriminalstatistik ist ein alljährlich wiederkehrendes Ritual. Die Regierung streicht Erfolge der Polizeiarbeit heraus, um sich selbst hochzujubeln. Was nicht passt, wird passend gemacht. Reale und ernsthafte Probleme in der Polizei werden ignoriert, und die Statistik wird so gedeutet, wie man es parteipolitisch gerade braucht. Herr Minister, mit objektiver Auseinandersetzung mit der Kriminalität in Hessen hat das nichts zu tun.

So war es letztes Jahr, und so ist es wieder in diesem Jahr – mit einem Unterschied: Weil in gut drei Wochen Kommunalwahlen stattfinden, stellt die CDU ihr Lieblingsthema innere Sicherheit in den Vordergrund, und wir müssen Ihnen heute doppelt so lange zuhören. Das macht es aber nicht wirklich besser.

Dennoch will ich anerkennen: Respekt, Herr Innenminister,

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

dass Sie sich zum Wahlkampf ausgerechnet ein Thema vornehmen, bei dem Sie selbst besonders im vergangenen Jahr jede Menge an Skandalen produziert haben. Das ist sehr mutig.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Fast übermütig!)

Auf diese Skandale mit keinem Wort einzugehen und stattdessen die Opposition zu beschimpfen nach dem Motto: „Ihr wart doch an allem schuld“, ist allerdings dreist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, ein ehrlicher Rückblick auf das vergangene Jahr müsste mindestens eine Entschuldigung für die zahlreichen Skandale in der Polizeiführung und für den Wortbruch gegenüber den Polizistinnen und Polizisten bei der weiteren Arbeitszeitverlängerung enthalten. Aber das sparen Sie sich einfach.

Es ist geradezu peinlich, was Sie hier alles nicht gesagt haben. Sie hätten nämlich auch sagen müssen: Danke, ihr hessischen Polizistinnen und Polizisten. Ihr wart letztes Jahr so großartig, dass wir euch zwei Jahre länger arbeiten lassen. Weil niemand mit 62 Jahren ernsthaft noch Verbrechen nachjagen kann, kürzen wir euch faktisch die Pension weg. Danke, ihr hessischen Polizistinnen und Polizisten. Ihr wart so großartig, dass wir auch keine Besoldungserhöhung anbieten. Der Aufschwung ist da, aber die Gehälter der Beschäftigten sollen nicht steigen, weil wir bei euch schon jetzt für die Schuldenbremse sparen müssen. Danke, ihr hessischen Polizistinnen und Polizisten. Ihr wart so großartig, mit Millionen von Überstunden den Personalmangel auszugleichen. Ihr behaltet zur Beloh-

nung auch weiterhin die längste Wochenarbeitszeit in Deutschland.

Herr Minister, eines will ich klarstellen. Wir – die LINKE – stehen stets an der Seite der Kolleginnen und Kollegen der Polizei. Das haben wir gerade gestern bei der Kundgebung der Gewerkschaften bewiesen, und die Beschäftigten wissen das auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es auch sehr interessant, wenn die hessischen Polizistinnen und Polizisten einmal eine Statistik zur Arbeit der Landesregierung vorlegen würden. Dann sähe Ihre Regierungserklärung sicher ganz anders aus, denn der Unmut ist weiterhin riesengroß. Die hessischen Polizistinnen und Polizisten arbeiten trotz einer von Skandalen und Selbstvergessenheit beherrschten Landesregierung sehr gut – das ist unsere Analyse –, oder anders ausgedrückt: Die Bürgerfreundlichkeit gehört zur Hessischen Landesregierung wie der Dokortitel zu Herrn Baron zu Guttenberg.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Oh!)

Meine Damen und Herren, dass Sie Realitäten bewusst ausblenden, ist das eine. Aber Sie haben der Opposition vorgeworfen, sei habe „kübelweise Dreck ausgegossen“, und das ist unverschämt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, ich habe letztes Jahr an dieser Stelle Aufklärung über eine ganze Reihe von Skandalen verlangt. Ich stelle heute fest, der Landespolizeipräsident musste zurücktreten. Die Chefin des Landeskriminalamtes musste abberufen werden. Der Fall Z. stellt sich vor Gericht ganz anders dar, und der Polizeipräsident von Frankfurt musste sich öffentlich entschuldigen.

Wir haben noch Spannendes im Untersuchungsausschuss zur Polizeichefaffäre aufzuklären, werden aber von der Regierungsmehrheit daran gehindert. Und wir warten mit großer Spannung auf das, was der Landesbeauftragte der Polizei, der erst auf Druck der Opposition und der Öffentlichkeit eingerichtet wurde, tatsächlich zustande bringt.

Ich stelle also fest: Ihr Abwiegeln und Vertuschen hat Ihnen nichts genutzt. Lernen Sie doch endlich daraus, statt ständig die Opposition zu beschimpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Versuchen Sie doch einmal, bei der Aufklärung eigener Skandale so erfolgreich zu sein wie die hessische Polizei.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann wünschte ich mir eine Aufklärungsquote von 58,3 %. Herr Minister, das hätte vermutlich aber den Rücktritt der halben Landesregierung zur Folge.

(Holger Bellino (CDU): Da reicht doch die Fallzahl nicht!)

Wichtiges bleibt weiterhin ungeklärt. Warum in Hessen ein politischer Aktivist vier Tage lang inhaftiert wurde, obwohl die Polizei vorher wusste, dass er unschuldig war, hat Kollegin Faeser schon gefragt. Oder warum in Afghanistan ein deutscher Student in ein US-Militärgefängnis verschleppt wurde – die Familie wirft den hessischen Behörden vor, die Informationen dazu geliefert zu haben, obwohl dem Mann in zwei staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren keine Verfehlungen nachgewiesen werden konnten.

Herr Minister, Sie versprechen lückenlose Aufklärung, haben sich aber auf Nachfragen im Innenausschuss kategorisch geweigert. Warum das? Was gibt es da zu verbergen?

Herr Ministerpräsident – wieder einmal nicht anwesend –, Sie waren über zehn Jahre Innenminister, und alle wissen, dass die Polizeistatistik Ihr Vermächtnis ist. Ich habe kein Problem, zuzugeben: Ja, die Polizei wurde unter Ihnen technisch besser ausgestattet, Herr Bouffier. Ja, auch der Fuhrpark ist in einem guten Zustand.

Aber die Kehrseite der Medaille ist: Sie haben die Einführung des Digitalfunks, die ursprünglich für 2006 eingeplant war, immer noch nicht zustande gebracht. Auch hierbei sind merkwürdige Personalentscheidungen im Ministerium zu beobachten. Sie haben die schärfsten Sicherheitsgesetze der Republik auf den Weg gebracht und wurden, wie kein anderer Innenminister, öfter vom Bundesverfassungsgericht zurückgepfiffen. Sie haben eine Polizeiführung geschaffen, die offensichtlich Angst und Zwietracht gesät hat. Das gehört zu Ihrer Statistik.

Kurz zu einzelnen Zahlen und Statistiken unter politischer Bewertung Ihrer Regierungserklärung. Herr Minister, Sie sagen, die nackten Zahlen bewiesen, dass Hessen eines der sichersten Bundesländer sei. In der Statistik gibt es aber keine nackten Zahlen. Die Polizeistatistiken der Länder werden in Deutschland nicht einheitlich erstellt. Die Vergleichbarkeit der Bundesländer ist allein deshalb schon sehr schwierig.

Einen Zusammenhang zwischen Fallzahlen, Täterzahlen und Verurteilungsraten kann man mit Ihrer Statistik nicht herstellen. Ein Beispiel: Werden von einem Täter 20 Autos aufgebrochen und wird er geschnappt, sind das 20 gelöste Fälle? Und umgekehrt, wird er nicht geschnappt, ist das dann ein nicht gelöster Fall, weil sie alle einem Täter zugeschrieben werden?

(Nancy Faeser (SPD): Genau so ist es!)

Darüber hinaus lässt sich eine Aussage, ob z. B. der Rückgang von Autodiebstählen nun der technischen Entwicklung geschuldet sind – also Wegfahrsperren und Alarmanlagen –, ob es weniger Täter gibt oder ob es der unmittelbaren Polizeiarbeit zu verdanken ist, nicht so in Ihrer Statistik erfassen. Herr Minister Rhein, Sie sehen die Statistik nur durch eine propagandistische Brille; das haben wir heute wieder erlebt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss will ich noch darauf hinweisen, dass erstens ein Drittel der gesamten Vermögensschäden in Hessen durch Wirtschaftskriminalität entsteht. Sie ist im Jahr 2010 auch nach Ihrer Statistik rasant angestiegen. Zudem gibt es hierbei ein extrem hohes Dunkelfeld. Bekanntlich gibt es z. B. viel zu wenige Steuerfahnder und wenig politisches Interesse an der Korruptionsbekämpfung.

Business Crime Control schätzt den tatsächlichen volkswirtschaftlichen Verlust durch Wirtschaftskriminalität in Deutschland mit 150 Milliarden € ein. Nach einer Studie von Pricewaterhouse Coopers steht Deutschland in Sachen Korruption mit den ost- und südeuropäischen Staaten auf einer Stufe. Trotzdem erscheint die Wirtschaftskriminalität bei Ihnen gerade einmal als Fußnote. In Ihrer Regierungserklärung haben Sie das Thema komplett ausgeblendet. Ich frage mich, warum.

Zweitens. Wie in allen zurückliegenden Jahren stehen für die Union der politische Extremismus und der Terrorismus wieder ganz oben.

(Holger Bellino (CDU): Zu Recht!)

Auch hier muss ich Sie fragen, wie diese Prioritätensetzung zustande kommt; denn laut eigener Studie ist dieser Bereich mit über 30 % extrem rückläufig. Trotzdem arbeiten Sie sich nicht nur seitenweise daran ab, sondern Sie kommen auch zu einer merkwürdigen Schwerpunktsetzung. Für den Bereich des Rechtsextremismus halten Sie fest, alles laufe bestens, weil Sie – ich zitiere – „ihnen keinen Spaltbreit Platz lassen“. Kein Wort von Aktivitäten in Wetzlar oder in der Wetterau.

Fünfmal so viel Platz nimmt aber der Linksextremismus ein. Jeder Satz beinhaltet eine Warnung: „besonders besorgniserregend“, „immer gewaltbereiter“, „immer stärkere Vernetzung“ usw., usw. Herr Minister, Sie versuchen wieder einmal, in unzulässiger Weise Zusammenhänge zu Mitgliedern unserer Partei herzustellen, nur weil Sie uns als politischen Gegner ausschalten wollen.

(Florian Rentsch (FDP): Du großer Gott!)

Wir werden Ihnen auch bei den bevorstehenden Wahlen einen dicken roten Strich durch Ihre Rechnung machen.

(Beifall bei der LINKEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber hallo!)

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich – Frau Faeser hat schon darauf hingewiesen –, dass in Ihrer eigenen Statistik dreimal so viele rechtsextremistische Straftaten ausgewiesen werden wie linksextremistische. Zudem gab es im letzten Jahr eine ganze Reihe von Gewaltangriffen durch Rechtsextreme, unter anderem den mörderischen Brandanschlag auf das Haus des Pastoralreferenten in Wetzlar. Bemerkenswert bleibt hier: Die CDU hat sich bis heute dazu nicht erklärt.

Ich denke, dies macht Ihre Beteuerung, Sie wären auf dem rechten Auge nicht blind, völlig unglaubwürdig. Aber das Schlimmste, Herr Minister, ist Ihr Spiel mit der Angst der Menschen. Ein Viertel Ihrer gesamten Rede verwenden Sie auf den militanten Islamismus. Mit Ihrer heutigen Aussage, dass auch unser Land unmittelbar von islamistischem Terror bedroht sei, und mit der Aussage – Zitat – „Die Frage ist nicht, ob ein Anschlag erfolgt, sondern wann“, schüren Sie wieder einmal in bekannter Manier die Angst vor Terroranschlägen.

Lassen Sie mich deshalb zum Schluss sagen: Niemand von uns kann und darf terroristische Anschläge ausschließen. Es ist aber fahrlässig und schändlich, Herr Minister, wenn aus wahltaktischen Gründen von einem amtierenden Innenminister die Ängste auch noch befeuert werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schaus, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Bellino gemeldet.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dein Nachbar! – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Holger Bellino (CDU):

Ja, das ist die Neu-Anspach-Connection.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der Kriminalstatistik wird sich Alexander Bauer, unser innenpolitischer Sprecher, gleich äußern und auch die nötige Zeit dafür haben. Aber gestatten Sie mir, Herr Schaus, dass ich Ihnen zwei oder drei Dinge aus meiner Sicht nicht durchgehen lassen kann.

Zum einen nutzen Sie diese erfolgreichen Zahlen, die hier präsentiert wurden, dazu, wieder einmal die Mär zu verbreiten, dass wir in dem Untersuchungsausschuss etwas vertuschen wollten und dort nicht alles täten, um das aufzuklären, was da aufzuklären ist. Das Problem ist: Dort ist wenig aufzuklären. Das, was an Erkenntnissen gewonnen werden konnte, deckt sich mit dem, was wir schon vor einem Dreivierteljahr gesagt haben.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, dort würde nicht vernünftig aufgeklärt, dann ist das in diametralem Gegensatz dazu zu sehen, dass wir in diesem Untersuchungsausschuss 20 Sitzungen hatten, dass wir 25 Zeugen gehört und dass wir meterweise Akten studiert haben. Das ist Aufklärungsarbeit, weil wir nichts zu vertuschen haben und weil die Regierung hier auch nichts zu vertuschen hat.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ganz peinlich wird es, wenn Sie sich als Vertreter der LINKEN hierher stellen und versuchen, den Eindruck zu erwecken, als täte diese Landesregierung nicht alles, um das rechtsextreme Spektrum erfolgreich zu bekämpfen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Drei Sätze hat der Minister dazu gesagt!)

– Drei Sätze zeigen, was dort geleistet wurde. Vor allen Dingen zeigt die Statistik: Wenn man Hessen im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland sieht, dann sieht man, dass hier seit Jahrzehnten erfolgreich gewirkt wird, um die Kriminalität auf diesem Gebiet zurückzuführen und vor allem, um die jungen Menschen mehr noch als bisher zu schützen, sodass sie diesen Leuten nicht auf den Leim gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Richtig ist, dass wir auch nicht auf dem linken Auge mit Blick auf den Linksextremismus blind sind und dass eben auch erkannt wurde – in Hessen vielleicht früher als in anderen Bundesländern –, dass wir den Islamismus ernst nehmen müssen sowie den Terrorismus, der dabei herauskommen kann. Das dem Innenminister vorzuwerfen ist wirklich fatal.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Bellino. – Herr Schaus, Sie wollen antworten. Bitte schön.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Bellino, vielen Dank für die weitere Redezeit. Ich gehe gerne noch einmal darauf ein, damit in der Öffentlichkeit bekannt und klar wird, dass Sie es waren, die mehrmals – insbesondere in der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses – vier Beweisanträge der Opposition abgelehnt haben und dass Sie es mit Ihrer Mehr-

heit waren, die in der Weise Einfluss auf den Verfahrensverlauf genommen haben, dass Sie selbst Ihren eigenen seinerzeit vor dem Staatsgerichtshof erzielten Erfolg, nämlich dass die Minderheit auch nicht von der Mehrheit mit Beweisanträgen überstimmt werden kann, ad absurdum geführt haben.

Welches Beweises bedarf es eigentlich noch, dass Sie selbst in der Regierung anders handeln, als Sie 1998 in der Opposition gehandelt haben?

Lassen Sie mich auch noch zwei Dinge klarstellen. Herr Bellino, ich stimme mit Ihnen überein, wenn Sie sagen, die drei Sätze zeigen, was zum Thema Rechtsextremismus in Hessen geleistet wurde. Da stimme ich Ihnen völlig zu. Das können wir wirklich so stehen lassen. Denn es ist in der Tat so, dass wir der Meinung sind, dass Sie hier nicht ausreichend tätig geworden sind.

(Zuruf von der CDU)

Insofern ist es auch logisch, dass im Bericht und in der Regierungserklärung des Herrn Ministers dafür nur drei Sätze verwandt wurden. Denn es ging natürlich nicht darum, das heute zu thematisieren, sondern Ihnen ging es strategisch darum, das Thema Linksextremismus – und zwar immer in einer subtilen Verbindung zu uns als der LINKEN – in den Vordergrund zu stellen, und das ganz besonders in Wahlkampfzeiten.

(Zuruf von der FDP)

Das ist Ihr Begehrt. Das ist Ihr Ziel.

Lassen Sie mich noch einmal eines klarstellen: Ich glaube, niemand außer Ihnen, Herr Bellino, behauptet hier, dass Islamismus etwas mit Linksextremismus zu tun hat. Sie haben das in einen Zusammenhang gestellt.

(Holger Bellino (CDU): Das habe ich nicht gesagt!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schaus, kommen Sie bitte zum Schluss.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich würde Sie bitten, noch einmal darüber nachzudenken. Einen solchen Zusammenhang kann man wirklich nicht herstellen.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Lesen Sie im Protokoll nach! Dann werden Sie es verstehen!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schaus. – Wir fahren in der Rednerfolge mit Herrn Bauer für die CDU-Fraktion fort. Herr Bauer, für die Zuschauer sage ich das: Sie haben 30 Minuten Redezeit.

Alexander Bauer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die hessische Polizei ist so erfolgreich wie nie.“ Das ist ein Zitat. Ein weiteres Zitat lautet: „Aufklärungsniveau auf Rekordhöhe“. So lauten die Schlagzeilen der vergangenen Tage. Über die Aussagekraft einer Kriminalitätsstatistik lässt sich wie über alle Zahlenaufstellungen dieser Art trefflich streiten. Manipulation zu

unterstellen, wie das Frau Faeser angedeutet hat, ist jedoch schlicht unanständig.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der bleibenden Herausforderungen und Schwierigkeiten in manchen Bereichen – darüber hat der Minister ausführlich gesprochen – geht es bei dieser Statistik um gute Zahlen, und es geht sogar um hervorragende Zahlen. Wie gut diese Zahlen sind, lässt sich daran erkennen, dass die Kollegen von der Opposition mit uns darüber streiten wollen, ob die Plätze 7 oder 3 Spitzenpositionen sind. Wenn es sonst keine Kritik gibt, dann streiten wir gern darüber.

Fakt ist: Hessen ist wieder sicherer geworden. Wenn auch andere Bundesländer sicherer geworden sind, dann freut uns das ehrlich. Die Zahlen zeigen messbar schwarz auf weiß, wie erfolgreich die hessische Polizei ist. Sie zeigen, zu welchen Leistungen die Mitarbeiter unter der richtigen politischen Führung fähig sind. Interessant und informativ wird die Statistik, wenn man die Entwicklung der Zahlen über einen längeren Zeitraum verfolgt. Da bietet sich als Ausgangspunkt der Wechsel von der rot-grünen zur christlich-liberalen Landesregierung im Jahr 1999 an. Seitdem ist nicht nur die Zahl der erfassten Straftaten zurückgegangen. Die Aufklärungsquote erreichte mit 58,3 % – das ist ein Plus von 10,8 Prozentpunkten – sogar den höchsten jemals ermittelten Wert.

(Beifall bei der CDU)

Kein Wunder, dass sich die Opposition angesichts derart eindrucksvoller Zahlen schwertut, Ansatzpunkte für berechnete Kritik zu finden. Aber Zahlen sind abstrakte Größen. Entscheidend ist, was diese Zahlen eigentlich ausdrücken. Denn hinter diesen Zahlen stecken Menschen. Um diese Menschen geht es. Es geht um individuelle Schicksale. Hinter jeder verhinderten Straftat steht ein Mensch, der nicht geschädigt wurde. Hinter jeder aufgeklärten Straftat steht ein Mensch, der nicht mehr nur Opfer ist, sondern auf Bestrafung des Täters hoffen darf. Das ist es, was ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern schuldig ist, nämlich ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

5.000 Straftaten weniger bedeuten 5.000 Geschädigte weniger. Das ist der Erfolg. Hier kommt der Staat seinem Schutzgewährungsauftrag nach. Hier setzt die Politik die richtigen Rahmenbedingungen. Denn es ist Aufgabe der Politik, sich dem Opferschutz und der Opfervermeidung als vordringliche staatliche Aufgabe anzunehmen.

Meine Damen und Herren, eine Aufklärungsquote von 58,3 % bedeutet, dass 58,3 % der Täter zur Rechenschaft gezogen und im Idealfall von weiteren Taten abgehalten werden. Wenn wir heute über die Polizeiliche Kriminalstatistik reden, dann reden wir über diese Menschen.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Es ist deshalb wichtig, dass es hier nicht um einen statistischen Wettbewerb geht. Denn der Rückgang bei Mord, bei Totschlag, bei Vergewaltigung und bei Körperverletzung bedeutet konkret, dass 172 Menschen weniger diesen Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen sind. 272 Menschen wurden nicht Opfer eines Raubdelikts. Mit 7,1 % ist das der niedrigste Stand seit über zehn Jahren. 1.122 Bürgerinnen und Bürger in Hessen wurden im vergangenen Jahr nicht Opfer eines Diebstahls. Das ist der tiefste Stand seit Einführung der EDV-gestützten Statistik im Jahr

1971. Wer in diesem Bundesland lebt, der fühlt sich nicht nur sicher. Nein, er ist sicher.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, allen Beschäftigten der Polizei muss an dieser Stelle ausdrücklich gedankt werden. 18.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen täglich dafür Sorge, dass es in diesem Land sicher zugeht und dass es den Verbrechern immer schwerer gemacht wird. Diese außerordentliche Leistungsfähigkeit war aber auch deshalb möglich, weil unter der Führung des jetzigen Ministerpräsidenten und des jetzigen Innenministers die Rahmenbedingungen für diese Erfolge geschaffen wurden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, dieses erstklassige Ergebnis ist nämlich kein Zufallsprodukt. Seitdem wir die Verantwortung für dieses Land tragen und nicht mehr Rot-Grün ist die Sicherheit in Hessen zu einem Schwerpunkt der Politik in diesem Land geworden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die seit über zehn Jahren den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Kriminalität gelegt hat. Wir verantworten eine Sicherheitspolitik, die die Sachmittel für die Polizei von rund 95 Millionen € im Jahr 1998 auf rund 300 Millionen € gesteigert hat. Mit uns gibt es eine Sicherheitspolitik, die die gesetzlichen Grundlagen, auch gegen den Widerstand der Opposition, den Notwendigkeiten der polizeilichen Ermittlungsarbeit angepasst hat.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Meine Damen und Herren, wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die polizeiliche Präventionsmaßnahmen intensiv durchführt. Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die konsequent auf gut ausgebildete, insbesondere akademisch gebildete Polizistinnen und Polizisten gesetzt hat, eine Sicherheitspolitik, aufgrund derer allein in den vergangenen Jahren jedes Jahr 550 neue Anwärter in den Polizeidienst eingestellt wurden. Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur Stellen im Haushaltsplan. Wir haben lebendige Polizisten auf den Straßen. Es gibt heute mehr Polizisten auf der Straße. Sie sind bestens ausgestattet, sie sind gut bezahlt, und sie leisten hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Diese Sicherheitspolitik hat den Rahmen für die erfolgreiche Polizeiarbeit geschaffen, die uns heute in der Regierungserklärung vorgestellt wurde. Diese Sicherheitspolitik hat ihren Preis. Die Ausgaben liegen in Hessen etwa 14 % über dem Bundesdurchschnitt. Das haben wir aber so gewollt; denn Bildung und innere Sicherheit sollen trotz aller Sparnotwendigkeiten einen Schwerpunkt unseres politischen Handelns bilden. Ich bin mir gewiss: Jeder Bürger, der potenziell Opfer eines Verbrechens werden kann, hält dies für gut investiertes Geld. Es ist eine Investition in die Sicherheit unseres Landes. Die Statistik zeigt überdeutlich: Diese Investition hat ihre Rendite vollends erbracht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, eine Gesellschaft ohne Kriminalität wird es wohl nie geben. Selbstverständlich gibt es

auch immer noch Verbesserungspotenzial. Wir dürfen uns deshalb auf diesen guten Zahlen nicht ausruhen. Bei Wohnungseinbrüchen besteht noch Potenzial, gerade im Hinblick auf die eingeschleusten Kinderbanden aus dem Ausland. Auch bei politisch motivierten Straftaten müssen wir rechts- wie linksextremistischen Gewalttaten entschlossen entgegentreten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Auch die Internetkriminalität stellt ein wichtiges Tätigkeitsfeld dar. Hier liegt die Aufklärungsquote zwar bei gut 67,8 %. Aber die Anzahl der Straftaten nimmt erheblich zu.

(Nancy Faeser (SPD): Ach!)

Im präventiven Bereich können wir uns ebenfalls noch steigern und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern etwas gegen die Kriminalität tun.

(Nancy Faeser (SPD): Dann soll die Landesregierung einmal etwas tun!)

Es ist gut, dass insbesondere gegen Gewaltkriminalität abzielende Projekte, wie beispielsweise Prävention im Team oder die Gelbe Karte, also die Prüfung der charakterlichen Eignung zum Führen von Fahrzeugen bei Gewalttätern, sehr erfolgreich verlaufen. Auch mit der hessenweiten Umsetzung des Konzepts BASU 21, der besonders auffälligen Straftäter unter 21 Jahren, begegnet die Polizei in Hessen Jugendlichen bereits auf der Schwelle zur Kriminalität. Diese gute Präventionsarbeit ist sicher mit eine der Ursachen für die erfolgreiche Entwicklung der Fallzahlen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, eine wesentliche Kennziffer für diese erfolgreiche Sicherheitspolitik – das wurde schon genannt – ist die sogenannte Häufigkeitszahl, die Anzahl der registrierten Delikte pro 100.000 Einwohner. Wir haben mit 6.629 Straftaten pro 100.000 Einwohner einen guten Wert in der Spitzengruppe der Bundesländer. Der Minister hat deutlich gemacht: Es ist und bleibt sein Ziel, die Sicherheit in unserem Land weiter zu verbessern. – Das ist angesichts der weltweit rasanten Veränderungen und neuer technischer Möglichkeiten, die etwa das Internet bietet, auch dringend erforderlich.

Selbstverständlich bleibt auch die Gefahr des islamistischen Terrors bestehen. Eine noch so gut ausgestattete und ausgebildete Polizei kann das Risiko eines Anschlags nicht auf null bringen. Dass bislang nichts passiert ist, liegt aber auch an der Wachsamkeit und der vorbeugenden Arbeit unserer Polizei. Wir sind dankbar, dass bisher nichts geschehen ist. Das würde dann die Dimension jeder Statistik sprengen.

Meine Damen und Herren, dass es in den vergangenen Monaten im Polizeiapparat an verschiedenen Stellen geknirscht hat, trübt die gute Bilanz, die uns heute vorliegt, nicht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich von all der Unruhe nicht irritieren lassen. Der Innenminister hat auf vielfache Weise gezeigt, dass er die Probleme angeht. Er leistet hervorragende Arbeit, um die erreichten Erfolge fortzuführen. Beispielhaft sei auf die bundesweit erstmalige Einrichtung einer Vertrauensperson verwiesen.

Meine Damen und Herren, was glauben Sie denn, woher diese guten Zahlen stammen? An erster Stelle liegen sie

natürlich an den engagierten und erfolgreichen Polizistinnen und Polizisten in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

An zweiter Stelle – darauf wollen manche Redner heute nur ganz am Rande eingehen – liegen sie an den richtigen Instrumenten, damit die zuvor erwähnten Polizeibeamten auch erfolgreich arbeiten können. Innere Sicherheit ist nämlich kein Selbstläufer. Innere Sicherheit erfordert entschlossenes und klares Handeln gegen die Kriminalität. Dazu zählen auch der Einsatz mobiler Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten und der Einsatz von Kennzeichenlesegeräten. Diese werden in der Verbrechensbekämpfung sicher dienlich sein. Wir brauchen Instrumente, die dazu beitragen, dass die Sicherheit im Bundesland Hessen verbessert wird.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir brauchen diese Instrumente, die von Teilen der Opposition stärker bekämpft werden als die Verbrechen selbst.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, es wäre schön gewesen, wenn sich die Opposition mit der Energie und Detailliebe, mit der sie sich heute jedem vermeintlichen Skandal in der hessischen Polizei gewidmet hat, in den Jahrzehnten ihrer Regierungsverantwortung für die Polizei engagiert hätte. Es war der heutige Ministerpräsident, der dafür gesorgt hat, dass unsere Beamten die modernste technische Ausstattung bekommen. Sie haben eine Infrastruktur, die ihnen das erfolgreiche Arbeiten erst möglich macht. Heute müssen unsere Polizisten sich nicht mehr wie Statisten in den Kulissen eines Sechzigerjahre-Tatorts fühlen. Das ist der entscheidende Unterschied. Darauf wurde schon mehrfach eingegangen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben modernste Ausstattung, beste Ausbildung und gute gesetzliche Rahmenbedingungen. Das sind die Kennzeichen der hessischen Polizeiarbeit. Die hessische Polizei ist nämlich keine Skandalpolizei, wie es die Opposition gerne herbeiredet.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist nur die Führung!)

Sie ist eine Spitzenpolizei.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, dass dies so ist, liegt an den grundsätzlich verschiedenen Ansätzen der Politik. Denn nur wer sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger kümmert, schafft damit zugleich die Voraussetzungen für die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Ohne Sicherheit keine Freiheit. Wir wollen beides.

Meine Damen und Herren, wer mit allem zufrieden ist, der muss eigentlich keine Politik machen. Wir freuen uns sicherlich über diese erfolgreiche Bilanz, aber wir verschließen nicht unseren Blick auf Bereiche, in denen wir noch besser werden müssen.

Wir wissen auch um die erfolgreichen Rahmenbedingungen, auch in der Polizeiführung, die Grundlage für eine erfolgreiche Polizeiarbeit sein müssen. Dazu zählt sicher weniger die Beschäftigung mit sich selbst als der Blick auf

die neuen Herausforderungen und die kommenden Gefahren.

Wir werden durch den internationalen Terrorismus und seine verschiedensten Prägungen neu herausgefordert. In seiner Intensität, seiner Gefährlichkeit, in seiner weltweiten Vernetzung ist er nicht mit dem vergleichbar, was früher einmal galt. Die einzige Antwort, die wir darauf nicht geben können, ist die, dass uns dazu nichts mehr einfällt.

Meine Damen und Herren, je größer die Gefahr ist, desto größer müssen unsere Anstrengungen sein, ihr vorzubeugen. Gerade Terroristen sind Täter, die mit Kalkül ans Werk gehen. In ihre Überlegungen lassen sie natürlich die Möglichkeit, entdeckt zu werden, mit einfließen. Wir wollen, dass potenzielle Terroristen Hessen meiden. Dafür arbeiten wir. Sie müssen wissen, die hessische Polizei verfügt über technische, personelle und rechtliche Möglichkeiten und macht davon auch Gebrauch.

Um dem internationalen Terrorismus entgegenzuwirken, bedarf es einer engen nationalen und internationalen Zusammenarbeit sämtlicher Sicherheitsbehörden – und mehr denn je eines Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte.

Dabei ist mir auch die Feststellung des Ministers wichtig, dass die übergroße Mehrheit der Muslime in Deutschland den Terror ablehnt. Aber gerade deshalb müssen wir uns um die radikalisierte Minderheit besonders kümmern.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie wissen, dass bei der organisierten Kriminalität wie bei der internationalen Kriminalität nahezu alles über das Internet läuft und dass die frühzeitige Erkennung dieser Daten die eigentliche Aufgabe der Polizei ist – und zwar die frühzeitige Erkennung, das ist das Entscheidende –, um zu wissen, was passiert, und den Schaden nicht erst eintreten zu lassen, dann sind Sie eigentlich bei der Kernaufgabe der Polizei.

Die Kernaufgabe der Polizei ist die Gefahrenabwehr. Es ist immer viel besser, eine Gefahr zu vermeiden, als nachher aufzuklären und zu fragen, wer dafür verantwortlich ist, und sie zu bestrafen. Die Bedeutung des Internets kann in der heutigen Zeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Blick auf die Kriminalitätsstatistik zeigt eine Zunahme von Fällen der Internetkriminalität von 16.800 im Vorjahr auf mittlerweile über 17.600 Fälle in diesem Jahr.

Dabei verändern sich die Erscheinungsformen der Computer- und Internetkriminalität von Jahr zu Jahr. Das stellt die Polizei vor immer neue technische, taktische und rechtliche Herausforderungen.

(Nancy Faeser (SPD): Und was tun wir dagegen?)

Auch die Internetnutzer müssen sich ständig gegen neue Formen der Onlinekriminalität wappnen. Mit der steigenden Nutzerzahl des Internets nehmen auch die Tatgelegenheiten für die Täter zu. Auch in diesem komplexen Themenfeld hat der Staat die Aufgabe, die Freiheit und die Rechte seiner Bürger zu schützen.

Deshalb ist es konsequent und richtig, dass Innenminister Boris Rhein eine Initiative angekündigt hat, die Nutzer von sozialen Netzwerken wie etwa Facebook besser vor dem Missbrauch ihrer persönlichen Daten zu schützen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wir unterstützen Sie und Ihr Vorhaben, bei diesem wichtigen Thema über den Bundesrat einen Antrag zu stellen, um das Telemediengesetz zu ändern.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Dass unsere Bürgerinnen und Bürger in Hessen ihr Leben führen können, ohne große Angst davor zu haben, an Leib und Leben geschädigt, bestohlen und betrogen zu werden – das ist das Ziel der erstklassigen Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten in Hessen. Daran arbeitet auch unser Innenminister mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unermüdlich. Dabei unterstützen wir Sie ausdrücklich, und dafür danken wir Ihnen. Setzen Sie diesen erfolgreichen Weg konsequent weiter fort. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Bauer, herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport betreffend „Sicherheit – Garant unserer Freiheit“.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich weitere eingegangene Anträge aufrufen und auf die Tagesordnung setzen lassen.

Ich nenne nochmals den Antrag, der bereits von Präsident Kartmann aufgerufen wurde, bei dem aber angezweifelt wurde, dass er vorliege. Das ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/3783, zu Tagesordnungspunkt 7. Er liegt vor und wird entsprechend aufgerufen werden.

Dazu kommt noch ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/3802. Er ist bereits aufgerufen worden.

Weiter eingegangen – das müsste Ihnen vorliegen – ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ergebnis des Vermittlungsausschusses zu den Regelsätzen im ALG II, Drucks. 18/3803. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist so. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 76 und könnte zusammen mit den Tagesordnungspunkten 38 und 75 aufgerufen werden. – Ich sehe Nicken bei den parlamentarischen Geschäftsführern. Dann machen wir das so.

Weiter eingegangen und verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend verlässliche Finanzausstattung der Kommunen durch grundlegende KFA-Reform, Drucks. 18/3804. Wird auch hier die Dringlichkeit bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 77 und könnte mit den Tagesordnungspunkten 41 und 47 aufgerufen werden. – Auch hier Konsens.

Es ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Elektromobilität alleine bringt noch keine Verkehrswende, Drucks. 18/3805. Wird auch hier die Dringlichkeit bejaht? – Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 78 und könnte mit den Tagesordnungspunkten 16 und 36 zum gleichen Thema aufgerufen werden. – Auch das machen wir so.

Weiter eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Maßnahmen zur Stärkung des

sensiblen Umgangs mit personenbezogenen Daten in Hessen, Drucks. 18/3806. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 79 und könnte zusammen mit Tagesordnungspunkt 54 aufgerufen werden. – Auch hier Konsens und die Tagesordnung so ergänzt.

Wir fahren fort mit **Tagesordnungspunkt 7:**

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Behebung von Winterschäden an Straßen – Drucks. 18/3761 –

Dazu werden der **Änderungsantrag Drucks. 18/3783** neu der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der **Änderungsantrag Drucks. 18/3802** der SPD mit aufgerufen, ebenso **Tagesordnungspunkt 42:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Winterschädenprogramm ja, aber ohne neues Schlagloch in den Kommunalhaushalten – Druck. 18/3759 –

Wer bringt diesen Gesetzentwurf ein? – Herr Caspar für die CDU-Fraktion, bitte schön. Die Redezeit beträgt siebeneinhalb Minuten pro Fraktion.

Ulrich Caspar (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben aufgrund der aktuellen Situation schnell gehandelt. Wie Sie alle wissen, war der Winter in diesem Jahr von einer lang anhaltenden Kältephase geprägt. Wie jeder feststellen kann, haben sich dadurch auf den Straßen des Landes und der Kommunen, auf allen Straßen und auch auf den Radwegen erhebliche Schäden ergeben. Diese Schäden sind bedingt durch das Einwirken von Feuchtigkeit, Frostbildung und das dadurch entstehende Aufbrechen der Straßenoberfläche. Wir alle können das sehen.

Nachdem in der letzten rot-grünen Regierungszeit 1999 nur 27 Millionen € Mittel für den Straßenbau überhaupt zur Verfügung standen, ist es nun erfreulicherweise so, dass für das Jahr 2011 115 Millionen € zur Verfügung stehen. Diese von der CDU geführte Koalition hat unter der Mitwirkung der FDP also Hervorragendes geleistet, um die Infrastruktur in unserem Land zu verbessern.

Gleichwohl, wenn ein solcher Winter da war und zusätzliche Schäden entstanden sind, mit denen vorher nicht gerechnet werden konnte, als der Haushaltsplan aufgestellt wurde, sehen wir es als notwendig an, hier schnell zu handeln. Deswegen haben die Fraktionen von CDU und FDP diesen Gesetzentwurf eingebracht, der Ihnen mit der entsprechenden Drucksache vorliegt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit diesem Gesetzentwurf werden neben den genannten 115 Millionen € für den Straßenbau zusätzlich 100 Millionen € zur Verfügung gestellt. Es ist so, dass wir in dem Gesetzentwurf vorsehen, dass 20 Millionen € für Landesstraßen zur Verfügung gestellt werden und dort eine entsprechende Aufteilung für einzelne Projekte vorgesehen ist, die Sie in der Anlage zu dem Gesetzentwurf finden können.

Wir haben außerdem vor, dass mit diesem Gesetzentwurf 80 Millionen € der kommunalen Seite zur Verfügung gestellt werden sollen, und zwar 10 Millionen € den Landkreisen und 70 Millionen € Städten und Gemeinden, wobei der Schlüssel zur Aufteilung der Gelder für Städte und Gemeinden zur Hälfte an der Einwohnerzahl und zur

Hälfte an der Fläche orientiert worden ist, um einen Maßstab zu finden, mit dem man das schnell umsetzen kann.

Wichtig ist für die Kommunen auch, dass sie, wenn das Gesetz, wie wir hoffen, in der zweiten Lesung am Donnerstag verabschiedet wird, entsprechende Aufträge vergeben können. Denn nach diesem Gesetz können sie damit rechnen, dass, ohne dass sie einen Antrag stellen müssen, die Gelder etwa Mitte Mai ausgezahlt werden, sodass die Mittel ihnen zur Verfügung stehen, wenn sie jetzt die Aufträge vergeben, die Maßnahmen durchgeführt werden und die Rechnungen dann bei ihnen eingehen. Das heißt, das Ganze ist eine sehr kommunalfreundliche Lösung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Man muss auch daran denken: Als die Kommunen ihrerseits ihre Haushaltspläne aufgestellt haben, konnten sie auch nicht damit rechnen, dass es solche Schäden an den Straßen gibt und deswegen zusätzliche Mittel erforderlich werden, sodass den Kommunen genau in dieser Phase diese zusätzlichen Mittel helfen werden, weil sie diese oft nicht im eigenen Haushalt stehen hatten und deswegen jetzt agieren können.

Wir zeigen damit einmal mehr, dass wir wissen, dass Politik in diesem Land Hessen

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Es ist Kommunalwahl!)

nur durch ein gutes Zusammenwirken zwischen Land und kommunaler Seite gestaltet werden kann. Deswegen sind wir der Meinung, dass dieser Gesetzentwurf genau zur richtigen Zeit kommt, dass er zeigt, wie wichtig es für die Kommunen ist, eine Politik des Landes an der Seite zu haben, die immer dann, wenn Not am Mann ist, sofort einsteigt und den Kommunen hilft.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Janine Wissler (DIE LINKE): Kurz vor der Kommunalwahl!)

Während andere Regierungen in anderen Zeiten, wie ich verdeutlicht habe, die Mittel zusammengestrichen haben, ist es so, dass diese Mehrheit jetzt dafür sorgen wird, dass die Kommunen unterstützt werden, dass sie agieren können, dass ihnen geholfen wird.

(Günter Rudolph (SPD): Mit ihrem eigenen Geld! Da haben Sie recht! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist kommunalfreundliche Politik. – Die Unruhe bei der Opposition ist erklärbar; denn Ihnen passt es natürlich nicht, dass wir kommunalfreundliche Entscheidungen treffen. Gleichwohl werden wir dies hier tun. Die Kommunen wissen uns auf ihrer Seite.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Caspar, vielen Dank. – Ich fahre in der Rednerreihenfolge so fort, wie die Drucksachennummern sind. Herr Schmitt, Sie haben jetzt Gelegenheit, für die SPD-Fraktion zu sprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Wir wollen wissen, wie seriös das finanziert ist! Da gibt es Aufklärungsbedarf!)

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider hat der Gesetzentwurf von CDU und FDP die falsche Überschrift. Das Programm müsste richtigerweise heißen: Programm zur Beschwichtigung von tiefen finanziellen Schlaglöchern, die CDU und FDP im Winter des Jahres 2010/2011 bei den hessischen Kommunen verursacht haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das wäre die richtige Überschrift für diesen Gesetzentwurf gewesen.

Dieses Gesetz ist ein Beschwichtigungsgesetz, und es ist gleichzeitig ein Rosstäuscherprogramm. Herr Kollege Caspar, Sie haben sich eben auch als Rosstäuscher bewährt. Es soll den Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen vorgetäuscht werden, dass das Land Hessen den Kommunen großzügig bei der Beseitigung von Straßenschäden hilft. – Tatsächlich zahlen die Kommunen den überwiegenden Teil dieses Programms selbst. 50 Millionen € dieses Programms zahlen die Kommunen selbst,

(Heike Hofmann (SPD): Hört, hört!)

es sind vorgezogene Mittel, die den Kommunen gehören. Die Spitzabrechnung wird vorgezogen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, diese Mittel werden zwar 2011 zur Verfügung gestellt. Aber was passiert nächstes Jahr? 2012 werden genau diese 50 Millionen € den Kommunen wieder fehlen. Aber Sie reden von einem großzügigen Programm, das in der kommunalen Familie begrüßt wird. Das Gegenteil ist doch der Fall. Sie machen nur vor, als ob Sie den Kommunen helfen wollten. Das Gegenteil ist der Fall, Sie nehmen kommunales Geld. Und die Kommunen sollen das auch noch begrüßen. Für wie dumm halten Sie denn die kommunalen Vertreter in diesem Lande? So dumm sind sie wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): So ein Unsinn! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine Damen und Herren, es ist auch deswegen ein Rosstäuscherprogramm, weil in der Großzügigkeit gerade einmal 30 Millionen € originäre Landesmittel versteckt sind. Aber das Land hat zuvor im Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 den Kommunen 330 Millionen €, nach unserer Rechnung sogar 344 Millionen €, entzogen. 344 Millionen € haben die hessische CDU und FDP den hessischen Kommunen entzogen, und jetzt kriegen sie davon 30 Millionen € zurück. Das sind 9 %, und das sollen die Kommunen begrüßen? Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist doch gar nicht wahr! – Judith Lannert (CDU): Herr Schmitt, Sie verstehen es nicht!)

Dieser politische Diebstahl, den Sie gegenüber den Kommunen vorgenommen haben, bleibt bestehen, und er ist mit einem 30-Millionen-€-Programmchen nicht wiederzumachen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Nach der herben Kritik an dem Handeln von CDU und FDP, an diesem Millionenklau, wollen nun die beiden Regierungsparteien kurz vor der Kommunalwahl dies verschleiern und haben deswegen das Sofortprogramm aufgelegt.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP interessieren überhaupt nicht die Winterschäden. Diese Parteien haben Angst vor der Kommunalwahl, und deswegen legen sie das Programm auf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU und der FDP)

Die angekündigten Klagen von Landkreisen und Kommunen gegen das Land vor dem Staatsgerichtshof wegen der unzureichenden Finanzausstattung machen doch deutlich, wie tief der Riss, die Enttäuschung, ja, die Verzweiflung der kommunalen Seite über diese Regierung ist. Sie können sich überhaupt nur mit Klagen wehren, aber da reden Sie von Kommunalfreundlichkeit, meine Damen und Herren. Das Gegenteil ist der Fall. Nie gab es eine solch kommunalfeindliche Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben Sie kein Lob für dieses Programm verdient, sondern harte Kritik für Ihre Kommunalfeindlichkeit. Die Kommunen brauchen in der Tat eine Hilfe zur Beseitigung von Winterschäden. Wie war es übrigens letztes Jahr? Letztes Jahr waren die Winterschäden größer als in diesem Jahr. Da haben Sie nichts aufgelegt. Deswegen können Sie hier nicht behaupten, das habe nichts mit der Kommunalwahl zu tun. Das ist der einzige Grund, weshalb Sie dieses Programm aufgelegt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Meine Damen und Herren, ja, die Kommunen brauchen Hilfe bei der Beseitigung von Winterschäden. Aber sie brauchen vor allem die Mittel wieder zurück, die ihnen weggenommen worden sind von CDU und FDP in diesem Lande. Deswegen sage ich Ihnen: Dieses Winterschädenprogramm ist ein politisches Flickwerk. Es soll zugeteert werden, wo der gesamte Unterbau nicht mehr stimmt.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Den finanziellen Unterbau der hessischen Kommunen haben Sie zerstört. Den haben Sie kaputt gefahren, meine Damen und Herren, auch mit Ihrer Entscheidung im Dezember letzten Jahres.

(Horst Klee (CDU): Quatsch!)

Wir wollen mit unserem Änderungsantrag den Rechtszustand bei der Steuerverteilung zwischen Land und Kommunen, wie er bis Dezember 2010 Bestand hatte, wiederherstellen und wollen den Kommunen die vorenthaltenen Mittel von 330 Millionen € wieder zurückgeben. Damit werden die Kommunen in die Lage versetzt, auch Winterschäden zu beseitigen. Ihnen wird dann endlich auch die Möglichkeit gegeben, ihre Aufgaben zu erfüllen, die sie seit Monaten und gar Jahren nicht mehr erfüllen konnten. Wie gesagt, die Klagen sprechen dafür, wie angespannt die Situation der Kommunen ist.

Wir wollen erreichen, dass die Kommunen wieder die ihnen zustehenden Mittel aus der Steuermasse des Landes erhalten und dass die Grunderwerbsteuer-Vorwegvertei-

lung an die kreisfreien Städte und die Landkreise wiederhergestellt wird.

Meine Damen und Herren, nicht ein Progrämmchen, wie Sie es aufgelegt haben, ist die richtige Maßnahme für die hessischen Kommunen, sondern die Bereitstellung ausreichender Mittel ist erforderlich, damit die Kommunen ihre Aufgaben wieder erledigen können und die kommunale Selbstverwaltung nicht zu einer kommunalen Selbstverstümmelung verkommt, wie es momentan leider der Fall ist, weil den Kommunen ein erheblicher Teil der Mittel fehlt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Deswegen sagen wir: Die Löcher in den Straßen müssen gestopft werden, aber die Löcher in den kommunalen Finanzen müssen allem voran gestopft werden. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sagen wir Ja zu einem Winterschädenprogramm – aber ohne dass es zu neuen Schlaglöchern in den kommunalen Finanzen kommt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Wir werden morgen sicher sehr konstruktive Beratungen, auch mit den Kommunalen Spitzenverbänden, haben. Das wird sehr interessant. Wir haben in der Anlage zu unserem Änderungsantrag sehr schön dargestellt, was Sie den Kommunen mit dem Winterschädenprogramm geben wollen und was unsere Alternative dazu ist. Da muss man sagen: 99 % der Kommunen in Hessen würden sich mit der Regelung in unserem Änderungsantrag besser stellen. Man kann nur sehr hoffen, dass wir Sie davon überzeugen können, Ihr Fehlverhalten vom Dezember 2010 zu korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als Opposition wissen nicht, was die letzten, geheim gehaltenen Wahlumfragen der Landesregierung den Koalitionsfraktionen für Hiobsbotschaften beschert haben,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

aber es müssen verheerende Werte gewesen sein, die diese heftige Panik erzeugt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Denn anders als mit Panik und völlig unüberlegtem Aktionismus ist der heute vom Kollegen Caspar eingebrachte Gesetzentwurf, den die Landesregierung erarbeitet und öffentlich auch schon vorgestellt hat und der heute von der CDU und der FDP eingebracht worden ist, nicht zu erklären. Herr Kollege Caspar, in Ihren Worten: „Man muss helfen, wenn Not am Mann ist“, haben Sie unfreiwillig entlarvt, was der wahre Grund für diesen Gesetz-

entwurf ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Offensichtlich glaubt man im Regierungslager, mit Väterchen Frost einen geeigneten Wahlhelfer ausgesucht zu haben.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren von der Koalition, hätten Sie doch lieber Baron Dr. von und zu Münchhausen genommen; der ist in seinem Mogeln nämlich viel authentischer als der Genosse Frost.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, was Sie uns in den letzten Tagen und auch hier und heute erzählt haben, ist bestenfalls als Legende zu qualifizieren. Jedenfalls ist es das Gegenteil der Wahrheit. Ihnen geht es nämlich überhaupt nicht um die Schlaglöcher in den Straßen. Die sind nur ein Vorwand.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Sie wollen den Wählern, verehrte Kollegin Lannert, die ihr Weltbild am liebsten durch einen festen Blick auf den Drehzahlmesser definieren, ein Urnenhupferl zur Wahl kredenzen,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

damit sie in gut drei Wochen ihre Kreuze an den richtigen Stellen machen. Sie hoffen dabei offensichtlich, dass niemand merkt, dass Sie bei dieser Gelegenheit vor allem den Gemeinden, deren Finanzkraft nicht auskömmlich ist, Finanzmittel entziehen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Bitte keine Büttenrede! – Weitere Zurufe von der CDU)

Nimm es den Armen und gib es den Reichen – das ist das Credo des finanzwirtschaftlichen Teils dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Milde, weil Sie mich so fragend anschauen:

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Rechnen Sie es doch einmal nach. Nehmen wir den Fall der Heimatstadt unseres ehemaligen Ministerpräsidenten, das arge Not leidende Eschborn, das seine Schlaglöcher im Zweifelsfall aus der Portokasse längst mit goldenen Inlays geflickt hat.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Mit der Zuweisung nach Ihrem famosen Gesetz würde die Zuwendung aus dem Kommunalen Finanzausgleich für die Stadt Eschborn im Jahre 2011 nahezu verdoppelt, ohne dass sie im kommenden Jahr mit irgendwelchen Einbußen rechnen müsste. So etwas nennt man ein echtes Schnäppchen für Eschborn.

Wir vergleichen ja immer die Städte und Gemeinden rechts und links von Frankfurt. Die Stadt Offenbach müsste durch dieses Schlaglochgesetz unter sonst gleichen Be-

dingungen im kommenden Jahr einen Verlust von rund 1,2 Millionen € bilanzieren. Dafür, dass sie im Jahr 2011 – nach den Vorstellungen der Koalition – eine zweckgebundene Summe im Höhe von 765.300 € erhält, verliert sie nämlich im nächsten Jahr insgesamt 1,9 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Für andere Kommunen gilt das in ähnlicher Weise. Der Kämmerer der Stadt Kassel hat bereits öffentlich gemacht, dass ihn das Schlaglochsugesetz rund 400.000 € netto kostet. Meine Damen und Herren von der Koalition, hören Sie deshalb auf, von den Schlaglöchern in den Straßen zu reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Schmitt hat schon darauf hingewiesen: Hören Sie lieber auf, Löcher in die kommunalen Finanzen zu schlagen.

Damit das, was Sie vorhaben, nicht geschieht, haben wir GRÜNEN einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf vorgelegt. Damit wird tatsächlich zusätzliches Geld zur Schließung von Schlaglöchern sowohl in den Landesstraßen als auch bei den Kommunen bereitgestellt – bei den Kommunen dadurch, dass wir ihnen mit unserem Vorschlag tatsächlich mehr Geld und nicht nur einen Vorschuss auf Geld geben, das ihnen sowieso bereits gehört.

Über die Dreistigkeit, mit der Sie Ihren Gesetzentwurf formuliert haben, kann man wirklich nur den Kopf schütteln. Sie verkünden – wir haben es ja erlebt – mit großem Getöse, dass sich Hessen keine Schlaglöcher leisten könne und die Formel gelte: Das Abwarten erhöht die Kosten. – Sie planen an tatsächlichen Reparaturkosten rund 200 € je Straßenmeter ein und geben den Kommunen pauschal 2 € je Straßenmeter. Und dann wollen Sie auch noch ernst genommen werden.

Das Fazit lautet: Sie preisen eine Mogelpackung an und schlagen mächtig Schaum. Verehrte Damen und Herren von der Koalition, mit Schaum kann aber niemand Schlaglöcher reparieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir GRÜNEN wollen demgegenüber den hessischen Gemeinden, Städten und Kreisen tatsächlich wirksame Unterstützung geben, um mit den Folgen des Winters gut fertig zu werden. Wir wollen ihnen zusätzliches Geld geben, das auch nicht wieder einkassiert wird. Wir wollen die mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 verbundenen Abzüge bei der Finanzierung der Kommunen aus Staatshaushaltsmitteln, nämlich aus der durch die Steuermehreinnahmen gut gefüllten Rücklage, wieder ausgleichen, zumindest soweit der im Haushalt veranschlagte Vorschuss dazu nicht ausreicht. Dabei geht es nach unseren Rechnungen um 194 Millionen € zugunsten der Gemeinden, Städte und Kreise in Hessen. Wir wollen nämlich nicht, dass ein weiterer Vorschuss gezahlt wird und die kommunalen Kassen im kommenden Jahr damit ein zweites Mal belastet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich Ihren Gesetzentwurf einmal genauer an. Wir wollen die Kommunen auch nicht mit zusätzlicher Bürokratie überziehen. Die Koalition fordert nämlich besondere Verwendungsnachweise für die Schlaglochmittel, sogar mit der Extravorschrift, was geschieht, wenn das nicht erfüllt wird. Dann wird den Kommunen das Geld nämlich wieder ab-

gezogen. Das heißt, man greift ihnen in die Tasche, um ihnen ihr eigenes Geld wieder wegzunehmen. Meine Damen und Herren, das halten wir für falsch. Eine solche Regelung wollen wir nicht,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

denn wir wollen – im Gegensatz zu Ihnen – die Kommunen nicht an die Kandare nehmen. Wir wollen der kommunalen Selbstverwaltung vertrauen. Wir sind an dieser Stelle für Vertrauen und gegen Bürokratie – leider im Gegensatz zur Mehrheit in diesem Hause.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Dass ausgerechnet Sie jetzt glauben, mit zusätzlicher Bürokratie erfolgreich Wahlkampf führen zu können, ist schon eine bemerkenswerte Stillblüte. Aber: Trost ist noch möglich. Noch hat die Mehrheit in diesem Hause die Chance, ihren Irrweg zu verlassen und aus dem Entwurf ein vernünftiges Gesetz zu machen. Morgen, bei der Anhörung und danach bei der Beratung in den Ausschüssen, werden wir das erleben. Wir sind sehr gespannt, ob Sie über Nacht einmal nachrechnen, was Sie eigentlich für einen Blödsinn vorhaben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Wissler, Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schlaglöcher und Straßenschäden sind in der Tat ein ernst zu nehmendes Problem: Aufgerissene Reifen, kaputte Felgen und gebrochene Achsen gefährden die Verkehrssicherheit und sind für die Autofahrer teuer. Gerade bei den Motorradfahrern und den Radfahrern besteht zudem ein erhöhtes Sturzrisiko. Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt – ich darf zitieren –:

Bei der Fahrt zur Arbeit kommen sich manche Berufspendler fast wie Rallye-Fahrer vor. Durchgerüttelt von Schlaglöchern, wähen sie sich eher auf der Rallye Monte Carlo als auf ihrer Hausstrecke im wegetechnisch erschlossenen Europa. Denn der Zustand insbesondere kommunaler Straßen hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert, klagen die Autoclubs. Und der harte Winter hat mancher Straße den Rest gegeben.

Diese Zeilen stammen vom 12. Februar 2010; sie sind also mehr als ein Jahr alt. Bereits vor einem Jahr hat ein hessischer Radiosender in Frankfurt ein Schlaglochminigolf veranstaltet, um auf den Zustand der Straßen aufmerksam zu machen.

Das zeigt, dass das Problem alles andere als neu ist. Neu ist nur der Aktionismus der Landesregierung in dieser Frage.

(Beifall bei der LINKEN)

Fast ein Sechstel der Gemeindestraßen ist dringend sanierungsbedürftig. Nach Schätzungen des ACE müssten die Gemeinden zur Beseitigung der Schäden bundesweit mehr als 25 Milliarden € aufwenden; denn die Straßen

tragen nach wie vor die Hauptlast des Güter- und des Personenverkehrs, und die Landesregierung unternimmt nichts, um das in irgendeiner Form zu ändern.

Die Schäden dieses Winters mögen massiv gewesen sein; aber sie sind nicht einmalig, Straßen sind schadensanfällig und müssen in regelmäßigen Abständen ausgebessert werden. Das ist keine Besonderheit des diesjährigen Winters, sondern ein allgemeines Phänomen.

Die Beseitigung der Straßenschäden im Winter 2009/2010 kostete die Kommunen geschätzte 150 bis 200 Millionen €. Hilfen vom Land gab es damals nicht. Aber letztes Jahr haben in Hessen auch keine Wahlen stattgefunden.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das ist in diesem Jahr anders, und deshalb hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Schlaglöcher für sich entdeckt.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Jetzt soll innerhalb von drei Tagen ein Gesetzentwurf durch die Beratungen gebracht werden, der Ausgaben in Höhe von 100 Millionen € umfasst, ohne dass es eine ernsthafte Anhörung gibt und ohne dass sich das Parlament ernsthaft damit befassen kann. Auf einmal hat es der Herr Ministerpräsident sehr eilig. Er begründet es damit, dass sich die Kosten für die Reparaturen sonst aufsummieren würden und dass die Sicherheit auf der Straße gefährdet sei.

Der Herr Ministerpräsident sieht offensichtlich auch einige Sitze der CDU in Kreistagen und in Stadtparlamenten akut gefährdet. Herr Caspar, ich glaube, das meinten Sie, als Sie davon sprachen, dass Not am Mann sei.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Koalition zeigt, wie man Wahlwerbung mit Geld machen kann, das einem gar nicht gehört. Mit der Geste des großzügigen Spenders wollen Sie den Kommunen Mittel zuweisen, die ihnen ohnehin zustehen. Das Geschenk, für das Sie sich hier feiern lassen, wird größtenteils von den Kommunen selbst bezahlt: mit Geld, das ihnen zusteht und das ihnen im nächsten Jahr fehlen wird. Dieses Vorgehen finde ich sehr dreist. Deshalb ist der Städte- und Gemeindebund von Ihrem Sonderprogramm ebenfalls nicht sehr begeistert.

Nun werden diese Mittel auch noch zweckgebunden zur Beseitigung von Winterschäden ausgezahlt. Zudem werden sie völlig ungerecht verteilt – der Kollege Kaufmann hat schon darauf hingewiesen –; denn die finanzielle Situation der Kommunen wird überhaupt nicht berücksichtigt.

Wir kennen dieses Muster aus dem Konjunkturprogramm. Auch da wurden notwendige Investitionen vorgezogen. Sie haben dann ein nur kurze Zeit dauerndes Feuerwerk veranstaltet, und im nächsten Jahr hat das Geld gefehlt. Das ist Ihr Verständnis von generationengerechter, nachhaltiger Haushaltsführung.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Da ist aber ein Unterschied!)

Gleichzeitig reisen Sie durch die Lande und erzählen, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man darf, und dass man die Zukunft nicht beleihen darf. Das ist nicht nur unglaubwürdig, sondern vor allem auch unseriös.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich frage Sie: Was machen Sie denn im nächsten Jahr, wenn es wieder schneit und friert und neue Schäden entstehen? Nehmen Sie dann den Kommunen das Geld für das Jahr 2013 weg, oder wie wollen Sie das regeln?

Deshalb sage ich: Ihr Programm ist eine Mogelpackung, mit der Sie auf Kosten der Steuerzahler und der Kommunen vor der Kommunalwahl auf Stimmenfang gehen wollen. Sie beschließen einmal wieder nach Gutsherrenart ein Sonderprogramm, das nicht von Dauer ist, d. h. keine Planungs- und keine Finanzierungssicherheit schafft, und dafür erwarten Sie jetzt Dankbarkeit.

Aber, meine Damen und Herren, der schlechte Zustand vieler Straßen ist natürlich eine Folge der Finanzausstattung der Kommunen. Die Kommunen stehen nämlich, wenn das Geld nicht reicht, letztlich vor der Entscheidung, ob sie die Gemeindestraßen teeren oder die Kitas fördern sollen. Wir haben in Deutschland – auch in Hessen – einen erheblichen Nachholbedarf bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, vor allem in den Kommunen. Sie verschärfen das gerade durch die Streichung von 344 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

Aber eine grundsätzlich bessere Ausstattung der Kommunen ist möglich, und vor allem, Herr Minister, sollten die Kommunen doch selbst entscheiden können, wofür sie Geld ausgeben. So aber greifen Sie wieder in die kommunale Selbstverwaltung ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, geben Sie den Kommunen deshalb die 344 Millionen € zurück, statt ein solches Schaufensterprogramm aufzulegen. Die Kommunen brauchen mehr Geld und nicht die frisierten Kaninchen, die Sie in Wahlkampfzeiten aus dem Hut zaubern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Qualität der öffentlichen Straßen ist ein Symptom für die allgemeine Finanznot der Kommunen. Der Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebunds warnt, dass die kommunale Demokratie zunehmend in Gefahr gerate, wenn die Menschen nur noch mit Schlaglöchern, höheren Gebühren und eingeschränkten freiwilligen Leistungen in Kontakt kämen. Recht hat er: Die Demokratie braucht handlungsfähige Kommunen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein tibetisches Sprichwort lautet: Wenn du in einem Loch sitzt, muss du zuerst mit dem Graben aufhören. – Das gilt für Schlaglöcher, vor allem aber auch für Haushaltslöcher.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, Sie aber graben eifrig weiter. Sie reduzieren die Einnahmen immer mehr. Mit jeder weiteren Steuersenkung, ob für Hoteliers oder für Besserverdienende, beschneiden Sie den Spielraum der Kommunen. Sie schnüren den Kommunen und der öffentlichen Hand immer weiter die Luft ab. Es kam auch nicht von ungefähr, dass im letzten Jahr Bürgermeister hessischer Gemeinden vor dem Landtag demonstriert haben; denn sie hielten das für die einzige Möglichkeit, sich bei der Landesregierung Gehör zu verschaffen.

Wenn den Kommunen ein vernünftiges Haushalten möglich sein soll und sie auch im Verkehrssektor der Erfüllung

ihrer Aufgaben nachkommen sollen, müssen wir auch über höhere Steuereinnahmen reden. Aber Sie deckeln die Ausgaben noch durch die Einführung der sogenannten Schuldenbremse. Die Schuldenbremse wird nicht wirklich eingehalten werden; wir sehen das jetzt schon. Das Geld wird eben einfach – in dem gegenwärtigen Haushalt ist das nicht darzustellen – auf anderen Wegen beschafft; es wird sozusagen die Zukunft beliehen. Mit Generationengerechtigkeit hat das nichts zu tun. Die Erfüllung der kommunalen Aufgaben kann unter den derzeitigen Haushaltsbedingungen kaum finanziert werden, schon gar nicht, wenn die Neuverschuldung auf null gesetzt werden soll.

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen eine Rücknahme der Steuersenkungen der vergangenen Jahre. Hohe Einkommen müssen wieder angemessen an der Finanzierung beteiligt werden; denn es geht einfach nicht an, dass die Menschen, die mit den dicksten Autos auf den öffentlichen Straßen fahren, kaum einen Beitrag zu deren Finanzierung leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Solange wir das nicht geändert haben, muss es möglich sein, Kredite aufzunehmen, um notwendige Investitionen zu finanzieren. Deshalb ist es völlig verfehlt, jetzt eine Verfassungsänderung mit dem Ziel der Einführung einer Schuldenbremse zu beschließen; denn das macht die Kommunen und das Land noch handlungsunfähiger, als sie es ohnehin schon sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Rentsch, Fraktion der FDP.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das ist ein guter Tag für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Nachdem die Menschen den harten Winter hinter sich gelassen haben und, wie man gestern sehen konnte und auch heute sehen kann, das Wetter mittlerweile besser wird, werden auch die Straßen in Hessen wieder in einem besseren Zustand sein. Wenn das kein guter Tag ist, wann dann?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das liegt an Westerwelle!)

– Lieber Kollege Schmitt, ich weiß nicht, wie das Wetter in Biblis war. Bei Ihnen scheint es wärmer gewesen zu sein. Woran das liegt, will ich gar nicht thematisieren.

(Heiterkeit bei der FDP)

Aber in Wiesbaden und im Rest des Landes, in dem ich unterwegs war, war das ein harter Winter. Das haben viele Bürgerinnen und Bürger zu spüren bekommen: Man kam nicht so schnell von A nach B, man hatte morgens Probleme, die Kinder in die Schule zu bringen, und vor allen Dingen bekam man Probleme, nachdem der Schnee getaut war; denn er hat unglaublich große Löcher in die Straßen gerissen.

Uns vorzuwerfen, dass wir dagegen etwas tun, ist abenteuerlich. Wir tun etwas dafür, dass unsere Bürger die Mobilität in Hessen genießen können und dass unsere Straßen wieder in Ordnung kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, das ist verständlich. Vor einem Jahr, als die Situation nicht ganz so gut war, haben sich bei den Sozialdemokraten der Landesvorsitzende, der parlamentarische Geschäftsführer – davon gehe ich aus – und wahrscheinlich auch der Generalsekretär, so er denn einmal in Hessen ist, zusammengesetzt und sich überlegt: Was können wir eigentlich machen? – Ich glaube, auch aus eurer Sicht arbeitet Schwarz-Gelb in Hessen gar nicht so schlecht zusammen. Ihr habt euch gefragt: Wo können wir sie eigentlich angreifen?

Dann habt ihr euch überlegt, dass ihr zusammen mit den Menschen, die ihr in der Kommunalpolitik habt, in Hessen das große Schild mit der Aufschrift aufstellt: Diese Landesregierung ist nicht kommunalfreundlich.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD: So ist es!)

Das hat sich die Sozialdemokratie als Thema dann vorgenommen. Wir wissen: Wenn sie sich einmal etwas vorgenommen haben, ist sie nur schwer davon abzubringen. Dann braucht es schon fast eine Pressekonferenz dafür.

Aber die gab es diesmal nicht. Vielmehr haben Sie immer wieder verkündet: Die Landesregierung macht zu wenig für die Kommunen. Sie nimmt ihnen Geld weg.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist richtig! Genau so ist es!)

Das Gegenteil ist der Fall. Es gab 1,7 Milliarden € für das Investitionsprogramm. Auch dieses Antischlaglochprogramm wird zu zusätzlichen Investitionen führen, die das Land den Kommunen ermöglicht.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da kann man doch einfach einmal sagen: Das habt ihr gut gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Deshalb ist es auch verständlich, dass die Kritik aus den Kommunen nicht so stark war – auch aus den sozialdemokratisch geführten nicht. Da musste man ein bisschen pushen, damit man jetzt vor der Kommunalwahl mit dem großen Schild mit der Aufschrift: „Achtung, Schwarz-Gelb macht nichts für euch“, nicht hinten herunterfällt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege Schmitt, ich sage Ihnen Folgendes: Ich weiß nicht, wie warm es in Biblis war. Aber das war der stärkere Winter. Wir wollen nicht, dass die gute Infrastruktur, die wir in Hessen vor allen Dingen mit den Bundes-, Landes- und den vielen Kreisstraßen haben, durch die starken Winterschäden in Mitleidenschaft gerät. Wir

wollen nicht, dass die Schäden danach größer sind, als wenn wir sie sofort ausgebessert hätten. Darum geht es.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ihr Schaden heißt doch Westerville! Das ist doch Ihr Problem!)

Herr Schmitt, man kann sich nicht aussuchen, wann die Probleme, zeitlich gesehen, auftreten. Wir haben den Schlaglöchern nicht befohlen, vor der Kommunalwahl aufzutreten. Wir wollen aber jetzt dafür sorgen, dass diese Schlaglöcher noch vor der Kommunalwahl wegkommen. Wir wollen nicht abwarten. Das können Sie uns doch nicht vorwerfen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb bleibt es dabei: Wer die Schäden schnell beseitigt, spart Kosten. Wer die Schäden jetzt beseitigt, sorgt dafür, dass unsere hervorragende Infrastruktur, für die dieser Verkehrsminister und diese Landesregierung stehen, weiterhin auf hohem Niveau erhalten bleibt.

Diese Infrastruktur ist auch der Garant für die Daten der Wirtschaft, die wir in Hessen haben. Natürlich ist es so, dass die Menschen in Hessen investieren, weil sie wissen, dass sie in diesem Land von Bad Karlshafen bis hin zur Bergstraße und von Ost bis West, also überall, eine gute Infrastruktur erhalten. Wenn Sie ein Unternehmen oder eine Firma, egal was, in Hessen gründen, werden Sie vor Ort eine gute Infrastruktur vorfinden.

Ja, wir wollen da investieren. Wir wollen da einen Schwerpunkt setzen. Ich denke, man kann dem Wirtschaftsminister und dem Finanzminister dankbar sein, dass sie für ein Problem, das vorhanden ist, schnell eine Lösung anbieten. Was kann man von der Landespolitik mehr erwarten?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, dass die Infrastruktur auf allen Ebenen, von der kommunalen Ebene bis zur Landesebene, große Bedeutung hat.

Gerade wurde eines gesagt. Ich glaube, es war Herr Kaufmann, der ein bisschen über Eschborn philosophiert hat. Herr Kaufmann, ich mache Ihnen heute ein ehrliches Angebot. Ich würde Ihnen empfehlen, dass wir einmal gemeinsam durch Hessen fahren. In Hessen gibt es mehr Städte als Eschborn. Sie müssen vielleicht einmal über das Rhein-Main-Gebiet hinausfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vielleicht fahren Sie einmal in den Vogelsberg oder in den Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Sie können auch in den Werra-Meißner-Kreis oder in den Landkreis Waldeck-Frankenberg fahren. In den ländlichen Regionen sind die Menschen froh, dass sich das Land so engagiert. Die bornierte Arroganz, die teilweise von den GRÜNEN kommt, muss endlich ein Ende haben. Hessen ist mehr. Gott sei Dank hat Hessen eine ländliche Struktur, die wir bewahren wollen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dazu gehört eine gute Infrastruktur.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist es wichtig, dass wir dort auf allen Ebenen investieren. Wir tun das auf kommunaler Ebene genauso wie auf Landesebene. Ich glaube, man kann sehen, dass da, wo die bürgerlichen Parteien in Hessen auch die Verantwortung auf der kommunalen Ebene tragen –

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Zurufe)

– Herr Al-Wazir, ich habe das gesagt, weil ich einmal diesen Gesichtsausdruck sehen wollte. Da ist er wieder. Wunderbar, jetzt geht es mir besser.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die bürgerlichen Parteien in Hessen tun auf kommunaler Ebene sehr viel für die Infrastruktur. Ich will Ihnen gerne ein Beispiel nennen. Als Christiane Hinnerger von den GRÜNEN hier noch Verkehrsdezernentin war, brauchte man in Wiesbaden einen Jeep. Das ist auch der Grund, weshalb in Wiesbaden so viele SUVs oder Jeeps gekauft wurden.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, das war so. – Seitdem Schwarz-Gelb die Verantwortung übernommen hat, gibt es in Wiesbaden sogar Fahrradstreifen. Darin unterscheidet sich eine gute von einer schlechten Verkehrspolitik. Wir machen Politik für alle Menschen und nicht nur für wenige. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leute, Leute, Leute, Fasching ist doch erst nächste Woche! – Weitere Zurufe)

Präsident Norbert Kartmann:

Haben Sie ausgeschunkelt?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das Wort hat nun Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorweg sagen: Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land. Ein wirtschaftsstarkes Land wie Hessen kann es sich nicht leisten, Schlaglöcher hinzunehmen. Deswegen ist Hilfe notwendig. Diese Landtagsfraktionen und die Landesregierung beweisen, dass wir hier Soforthilfe geben. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kaufmann und Herr Schmitt, ich kann verstehen, dass Sie hier Nebelkerzen werfen. Ich glaube aber, dass man die Diskussion nicht ganz ohne eine sachliche Betrachtungsweise verlaufen lassen kann.

Wir beseitigen diese Schlaglöcher nicht, um irgendjemandem eine Freude zu bereiten. Vielmehr tun wir dies, weil die Menschen einen Anspruch auf Verkehrssicherheit in diesem Land haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen ist der Vergleich mit den sogenannten reichen und weniger reichen Kommunen geradezu unverschämte. Darum geht es nicht. Es geht darum, Verkehrssicherheit herzustellen. Es geht darum, sicherzustellen, dass die Menschen zu ihrer Arbeit kommen und nicht Gefahr laufen, zu verunfallen. Das ist die Realität. Deswegen arbeiten wir daran.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind Haushälter. Da müssen Sie doch eines zur Kenntnis nehmen. Wir haben das in den Unterlagen dargestellt. Wenn wir jetzt etwas ausbessern, kostet uns der Quadratmeter 20 €. Wenn wir ein Jahr lang warten, müssen wir die Straße komplett neu machen. Das kostet dann 100 Millionen €. Diese Initiative ist in Wahrheit ein Beitrag zum nachhaltigen Sparen. Nichts anderes ist sie. Das sollten Sie bitte zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen?

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Nein. – Herr Kollege Schmitt, gehen Sie mit dem Begriff „täuschen“ bitte vorsichtig um. Täuschen heißt, dass ich irgendjemanden hinters Licht führen will. Hat denn diese Landesregierung und haben denn diese Fraktionen verschwiegen, dass wir natürlich auf die kommunale Solidarität setzen und in diesem Fall 50 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich nehmen wollen? Haben wir das verschwiegen? Wo hat hier jemand getäuscht?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, seien Sie bitte vorsichtig. Das ist doch eine Verlotterung des politischen Stils. Das ist doch einer sachlichen Debatte im Hessischen Landtag nicht würdig. Das hat mit Täuschung nichts zu tun.

Wir spielen mit offenen Karten. Wir sagen: 50 Millionen € aus eigenen Mitteln und 50 Millionen € im Vorgriff aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Das haben Herr Kollege Thomas Schäfer und ich mit den Kommunalen Spitzenverbänden besprochen. Darüber sind wir uns doch im Klaren. Fangen Sie doch bitte nicht an, hier einen Täuschungsvorwurf zu konstruieren, der überhaupt nicht relevant und der gegenstandslos ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe das Argument, dass das Hilfe im Kommunalwahlkampf sei, schon vorher gehört. Ich gebe zu, dass ich von diesem Argument zutiefst überrascht war.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Al-Wazir, das ist in der Tat so.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Posch!)

Die Leute nehmen es als Selbstverständlichkeit hin, dass wir mit unserem Vermögen sorgsam umgehen und solche Schlaglöcher beseitigen. Glauben Sie, einer von uns würde eine Stimme mehr bekommen, weil wir so etwas Selbstverständliches machen?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist geradezu infam, zu behaupten, man könne auf diese Art und Weise eine Wählerstimme in die eine oder andere Richtung lenken.

Wir sorgen dafür, dass diese Maßnahmen so schnell wie möglich realisiert werden. Wir haben die sachliche Notwendigkeit dargestellt. Wir sagen, 20 Millionen € ausschließlich für die Landesstraßen, und das Gros dieses Anteils kommt den kommunalen Straßen zugute, gerade weil wir wissen, dass bei den kommunalen Straßen dieser Bedarf besteht.

Deswegen hätte ich eine Bitte: Rüsten Sie in dieser Diskussion ein bisschen ab, und kommen Sie zur sachlichen Auseinandersetzung zurück. Denn die Kommunen haben es verdient, dass wir fair mit ihnen diskutieren, aber auch untereinander fair umgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich kann das schon verstehen, wenngleich mich die Art und Weise, wie Sie die Diskussion hier führen, wirklich ärgert. Ich sage Ihnen nur eines voraus: Ich freue mich schon auf den Tag, an dem ich den ersten sozialdemokratischen Abgeordneten dieses Hauses begrüßen darf, wenn wir gemeinsam ein kommunales Schlagloch beseitigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Schmitt, SPD-Fraktion.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das wird ja eine ganz interessante Debatte. Herr Minister Posch hat eben ausgeführt, dass ein starkes Land wie Hessen Schlaglöcher nicht hinnehmen kann. Das teilen wir übrigens. Er hat ausgeführt, es müsste jetzt ausgebessert werden, weil sich die Summe verfünffachen würde, wenn man ein Jahr warten würde. Herr Minister Posch, wenn das so ist, warum haben Sie letztes Jahr, als Forderungen an Sie gerichtet wurden – unter anderem hat der ehrenamtliche Dezernent des Vogelsbergkreises ein Schreiben an Sie verfasst, und der Kollege Görig hat es persönlich übergeben –, diese Forderungen abgelehnt mit dem Hinweis, Sie hätten keine Mittel? Was soll man denn dann vor Ort von Ihnen halten?

(Beifall bei der SPD)

Das ist in der Tat mehr als Täuschung: sich hier hinzustellen und zu sagen, wir könnten kein Jahr warten,

(Horst Klee (CDU): Täuschung? Frechheit ist das!)

aber vor einem Jahr, als die Schäden mindestens in genau demselben Umfang, wenn nicht stärker waren, es abzulehnen. Dann so zu tun, als hätte das nichts mit der Kommunalwahl zu tun, das ist mehr als Täuschung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Horst Klee und Hartmut Honka (CDU))

Deswegen sage ich Ihnen: Ja, wir teilen das, dass Schlaglöcher schnell repariert werden sollen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben doch in Ihrem Koalitionsvertrag die Mittel gekürzt!)

Aber, meine Damen und Herren, warum haben Sie sich denn letztes Jahr verweigert? Wir haben doch mehrere Anfragen gestellt, auch ich für den Kreis Bergstraße, wo

Sie einmal auflisten sollten, wie teuer es ist, welche Schadenssumme aufgetreten ist. Sie haben nicht einmal die Schadenssumme aufgenommen, weil Sie Angst hatten, es darzustellen und zu veröffentlichen. Dann stellen Sie sich hin, man könne nicht ein Jahr warten, es würde fünfmal so teuer.

Ich stelle fest, mit dieser Haltung hat der Verkehrsminister verursacht, dass Schäden, die letztes Jahr aufgetreten sind, dieses Jahr für fünffache Kosten beseitigt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Möglicherweise ist das auch der Hintergrund dieses Programms. Anders kann man das nicht mehr verstehen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was haben Sie denn gemacht? – Horst Klee (CDU): Lautsprecher!)

Interessant wird es unter dem Stichwort Verwendungsnachweis; der Kollege Kaufmann hat darauf hingewiesen. Ich frage Sie – das ist in diesem Gesetzentwurf ungeklärt –: Was ist eigentlich mit Altschäden, mit Schäden, die vor einem Jahr aufgetaucht sind? Wer unterschreibt von der kommunalen Familie den Verwendungsnachweis, dass die Mittel zweckgemäß eingesetzt worden sind? Der Gesetzentwurf bezieht sich auf Winterschäden aus diesem Jahr. Ich bin einmal gespannt, wer das, was Sie da vorhaben, guten Gewissens unterschreiben kann. Das wird eine weitere Debatte mit der kommunalen Familie werden.

(Horst Klee (CDU): Schlagloch!)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich erhalte ich den Täuschungsvorwurf aufrecht. Tatsache ist, dass die Kommunen einen Großteil der Mittel dieses Programms selbst finanzieren. Es gibt dazu famose Pressemitteilungen von CDU-Abgeordneten. Die Anlage zu diesem Gesetzentwurf ist nur deswegen produziert worden, um vor Ort sagen zu können, diese Kommune bekommt diese Summe, und jene Kommune bekommt jene Summe. Die Begründung, die dafür genannt worden ist, wegen der Rechtsicherheit, ist so lächerlich, dass es für eine Landesregierung wirklich peinlich ist. Diese Anlage und dieser Gesetzentwurf wurden nur produziert, damit Sie entsprechende Pressemeldungen machen können.

Sehr interessant ist auch: In diesen Pressemitteilungen taucht an keiner Stelle auf, dass die Kommunen in erheblichem Umfang mitfinanzieren müssen. Es wird so getan, als sei das eine großzügige Geste des Landes. Deswegen sage ich: Jawohl, Herr Minister, es ist ein Rosstäuscherprogramm, es bleibt ein Rosstäuscherprogramm. Sie haben eben noch einmal deutlich gemacht, dass Ihnen die Winterschäden eigentlich egal sind. Als sie im letzten Jahr in erheblichem Ausmaß aufgetreten sind, haben Sie nichts getan. Der einzige Grund für diesen Gesetzentwurf ist die Kommunalwahl und die Beseitigung Ihrer politischen Schlaglöcher, die Sie in diesem Land hergestellt haben. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Horst Klee (CDU): Grober Unfug! Was ein Glück, dass niemand mehr auf der Tribüne sitzt, der den Schwachsinn hört!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat nun Herr Abg. Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, wenn man schnell, man könnte auch sagen, hektisch etwas machen will, dass man dann das eine oder andere Häkchen, das darinstecken könnte, übersieht. Aber Sie sollten doch wenigstens dann, wenn Sie darauf hingewiesen werden, noch einmal in sich gehen und prüfen, ob das, was Sie vorschlagen, tatsächlich gut ist.

Sie vergessen bei Ihren neueren Manipulationen – erneuten Manipulationen, hätte ich sagen müssen – am Kommunalen Finanzausgleich, dass das natürlich Folgewirkungen hat. Wenn man die Summe von 50 Millionen € aus der Schlüsselmasse in eine besondere Finanzausweisung transferiert und diese auch noch nach wieder neuen Kriterien, nämlich je zur Hälfte nach Fläche und Einwohnerzahl, an die Kommunen verteilt, dann vergisst man an dieser Stelle völlig die Finanzkraftbewertung, die ansonsten auf der Verteilung der Schlüsselmasse liegt. Damit schädigt man die Armen und hilft relativ den Reichen. Das sollte sich auch schon bis zur Landesregierung herumgesprochen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wenn mir vorgeworfen wird, ich würde nur nach dem Rhein-Main-Gebiet schauen, verehrter Kollege Rentsch, dann ist das nicht richtig. Nehmen Sie die Landkreise, die im Rhein-Main-Gebiet überwiegend nicht die großen Zahlungsempfänger und nicht die Flächenkreise mit den großen Straßenlängen sind. Die werden allesamt durch Ihr Programm erheblich geschädigt. Ihnen geht ein Betrag von mehr als 8 Millionen € insgesamt verloren.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das sind die Folgen. Dass man sich das vorher überlegen sollte, wenn man in den Finanzausgleich eingreift, finde ich nicht zu viel verlangt von einer Opposition, die Ihnen mit so viel Getöse vorgetragenen Gesetzentwurf an dieser Stelle völlig zu Recht kritisiert.

Sie haben jetzt noch bis morgen Mittag Zeit, dann hören Sie die Kommunalen Spitzenverbände. Danach soll der Ausschuss sein Votum abgeben. Aber wir können das notfalls auch direkt ins Plenum verlagern. Ich kann Sie nur dringlich darum bitten, noch einmal nachzurechnen. Unsere Rechnungen sind leider richtig, und wir haben nicht das Interesse, den Kommunen tatsächlich Schaden zuzufügen.

Jetzt will ich noch zu dem zweiten Punkt kommen, da sich der verehrte Herr Staatsminister so aufgeregt hat, dass wir von Mogelpackung und ähnlichen Dingen gesprochen haben. Verehrter Herr Staatsminister, ich habe vor mir die gemeinsame Presseinformation von Finanzminister Dr. Schäfer und Wirtschaftsminister Posch vom 21. Februar 2011, Überschrift: „Gesetzentwurf zur Behebung von Winterschäden an Straßen auf den Weg gebracht“. Dort ist vieles Schöne ausgeführt, unter anderem auch, wie viele Mittel zur Verfügung gestellt werden: „... wollen wir das ... Sonderprogramm mit einem Volumen von 100 Millionen € auflegen“, steht da. Dann wird alles Mögliche dargestellt.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

An keiner Stelle – sonst zeigen Sie sie mir bitte – in dieser Presseerklärung von eineinhalb Seiten ist die Rede davon, dass die Hälfte dieses 100-Millionen-€-Programms zulasten kommunaler Mittel finanziert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wenn man dies eine Täuschung nennt, denke ich, dann hat man die Wahrheit auf seiner Seite, und Sie haben es nicht. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben eben den Vorwurf des Wahlkampfes als absurd zurückgewiesen oder gesagt, dass Sie völlig überrascht sind, dass Sie diesen Vorwurf überhaupt hören, weil Sie es für eine Selbstverständlichkeit halten, dass die Landesregierung ihrer Verpflichtung nachkommt. Herr Minister, dann frage ich Sie: Warum sind Sie letztes Jahr dieser Verpflichtung nicht nachgekommen? Warum haben wir letztes Jahr so viele Beschwerden über Straßenschäden, über Schlaglöcher gehabt? – Gerade wenn Sie davon reden, dass die Schlaglöcher immer größer und die Behebung immer teurer werden, dann stellt sich umso mehr die Frage, warum Sie nicht letztes Jahr gehandelt haben.

(Florian Rentsch (FDP): Eine Fußnote!)

Warum haben Sie da nicht möglichst schnell gehandelt? – Meine Damen und Herren, wir haben als Fraktion DIE LINKE vor zwei Jahren mit dem Verband der Straßenwärter zusammengesessen. Der Verband der Straßenwärter hat sich bitterlich darüber beklagt, dass die Schäden nicht dann beseitigt werden, wenn es noch kostengünstig zu machen ist, sondern immer gewartet wird, bis es überhaupt nicht mehr anders geht, bis die ganze Straße futsch ist, bis man am Ende noch die Anwohner zu den Kosten heranziehen kann. Es ist ein riesiges Problem für die Straßenwärter. Diese Beschwerden haben wir schon vor zwei Jahren gehört. Herr Minister, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, das Problem sei so dringend, dass Sie es nicht einmal vor einem Monat, als wir das letzte Plenum hatten, gewusst haben, dann ist das wirklich absurd.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen jetzt ein Gesetz innerhalb von drei Tagen durch den Landtag bringen. Es geht um zig Millionen Euro. Und dann erzählen Sie uns, wir würden nicht seriöse Finanzpolitik machen. Innerhalb von drei Tagen – heute eingebracht, morgen diese Minianhörung, und am Donnerstag wollen Sie das Gesetz beschließen –, das ist vollkommen unverantwortlich, als wäre das Problem der Schlaglöcher und der Straßenschäden erst in den letzten drei Tagen aufgetreten und erst seitdem bekannt.

Herr Minister, ich halte es für scheinheilig, wenn die Landesregierung erst den Kommunalen Finanzausgleich um 344 Millionen € kürzt und sich jetzt, drei Wochen vor der Wahl, hier als Anwalt der Kommunen aufspielt. Das halte ich für scheinheilig.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, wenn Sie dieses kurzfristige Sonderprogramm und dieses Feuerwerk, das Sie jetzt abbrennen – so

will ich es einmal nennen –, noch als Nachhaltigkeit und als nachhaltige Finanzpolitik bezeichnen, finde ich, dass das dem Fass den Boden ausschlägt. Sie handeln wieder völlig kurzfristig.

Sie ziehen größtenteils Mittel aus dem Jahr 2012 vor, um dieses Programm zu finanzieren. Sie haben keine langfristige Finanzierung. Sie stellen nicht einmal die Frage, wie Sie die Kommunen langfristig finanziell besser ausstatten können. Herr Minister, ganz im Gegenteil ist es doch Ihre Partei, die in Berlin immer noch fordert, man müsste die Steuern senken. Es ist Ihre Regierung, die den Kommunalen Finanzausgleich derart beschnitten hat.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es vollkommen klar, um was es geht. Es geht hier natürlich um Wahlkampf. Die Frage der Verteilung der Mittel ist angesprochen worden. Es ist eine vollkommen ungerechte Verteilung von Mitteln auf einer ganz anderen Grundlage. Es wird einzelnen Kommunen schaden. Herr Minister, deswegen können Sie diese Wahlkampfmasche machen

(Zuruf von der CDU: Masche!)

– ich nenne es Masche – und sich zum Anwalt der Kommunen aufspielen. Aber ich glaube, dass Ihnen das sehr viele Menschen nicht mehr glauben werden. Sie müssen bei den Wahlen wirklich ein Debakel erwarten. Herr Minister, ich finde, dass das Ihre Partei und Ihr Koalitionspartner auch verdient haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Caspar, CDU-Fraktion.

Ulrich Caspar (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas entsetzt über den Verlauf der Diskussion. Wenn Sie sich bei den Bürgerinnen und Bürgern umhören würden, dann würden Ihnen viele sagen: Der Zustand der Straßen ist so, dass etwas getan werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Demonstrativer Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Weil Sie jetzt hier Beifall klatschen, gehe ich davon aus, dass Sie im Rahmen der Debatte gelernt haben und jetzt unserem Gesetzentwurf zustimmen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ohne Frage gibt es die Schlaglöcher. Ohne Frage müssen sie beseitigt werden, und ohne Frage kostet das Geld.

(Manfred Görig (SPD): Ohne Frage gab es die letztes Jahr auch schon!)

Deswegen stellen wir das Geld dafür bereit. Herr Schmitt, es nützt den Kommunen überhaupt nichts, wenn Sie sagen: Liebe Kommunen, im Kommunalen Finanzausgleich würdet ihr im nächsten Jahr 50 Millionen € bekommen. – Die Kommunen können das Geld in diesem Jahr brauchen

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und werden in diesem Jahr übrigens nicht nur 50, sondern sogar 80 Millionen € bekommen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, der kommunalen Seite steht mehr zur Verfügung und nicht weniger.

Das Zweite, was hier behauptet worden ist und was auch falsch war: Es wurde immer davon gesprochen, im letzten Jahr war auch ein kalter Winter. Natürlich war im letzten Jahr auch ein kalter Winter. Die Schäden sind in diesem Jahr noch größer als im letzten Jahr, aber auch im letzten Winter gab es Schäden. Nur müssen Sie auch wissen, dass die Landesstraßenbaumittel im Jahr 2010 höher waren, unter anderem wegen der Konjunkturprogramme,

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und dass auch aufgrund der Konjunkturprogramme Straßenbaumittel in erheblichem Umfang zur Verfügung standen.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann daher festhalten, dieses Programm ist gut für die Bürger in Hessen, weil es die Schlaglöcher schnell zu beseitigen hilft. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum die Opposition dagegen ist. Das lässt sich nur mit dem Kommunalwahlkampf erklären.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das geht nach dem Motto: Die CDU und die FDP machen zwar Gutes,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

aber wir wollen nicht zugeben, dass es so ist; wir behaupten einfach einmal das Gegenteil.

(Zurufe von der SPD)

Wenn man sich einmal angehört hat, wie Sie vom Mikrofon aus gebrüllt haben, Herr Schmitt und Herr Kaufmann,

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN: Oh!)

und welche Bezeichnungen Sie verwandt haben, z. B. Rosstäuscher und Ähnliches, was Sie mir an den Kopf geworfen haben, dann muss ich sagen, der Volksmund hat einfach recht, wenn er sagt: Wer brüllt, hat unrecht. – Das bleibt bei dieser Debatte hängen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir handeln, und wir handeln schnell. Frau Wissler, Ihre Partei hat in einem Land regiert, wo Jahrzehnte die Schlaglöcher nicht beseitigt wurden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Dass Sie sich jetzt darüber aufregen, das wir das in drei Tagen machen, das kann ich auch verstehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Müller, FDP-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, hätten wir nicht Wahlkampf, dann würde die Debatte anders laufen. Dann würde die Opposition zustimmen

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das Ganze mitmachen. Das Problem der Schlaglöcher ist vorhanden. Ich vermisse eines. Wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, letztes Jahr hatten wir das gleiche Problem, wo war dann der Antrag der Opposition? Wo war der Gesetzentwurf der Opposition?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie stellen sich hierhin und sagen, wir hätten das schon letztes Jahr machen müssen. Auf die Idee sind Sie aber letztes Jahr nicht gekommen. Deswegen ist es richtig, dass wir dieses Jahr aus den Erfahrungen Schlussfolgerungen gezogen haben und die Kommunen dabei unterstützen, die Schlaglöcher zu beseitigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte es nicht mehr erleben, dass ich noch im Mai und im Juni von kleinen Unternehmen angesprochen werde, die sagen: Die Kreisstraße ist immer noch nicht gemacht; es weigern sich mittlerweile die Zulieferer, zu mir zu fahren, weil sie durch Schlaglöcher fahren müssen. – Das ist nämlich die Konsequenz, wenn SPD-Landräte im Rheingau-Taunus-Kreis sich um die Schlaglöcher kümmern. Deswegen müssen wir von Landesseite dort nachhelfen, dass das schneller funktioniert, die Wirtschaft funktionieren kann und die Leute arbeiten können.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe Opposition, ganz ehrlich, was ist Ihre Schlussfolgerung daraus, dass diese Schlaglöcher da sind? Wir müssen sie beseitigen. Genau das muss schnell erfolgen. Frau Wissler, das ist das Nachhaltige. Ich bitte Sie, sich etwas tiefer damit zu beschäftigen. Die nachhaltige Sache, die der Minister betont und sogar erklärt hat, hat Ihnen nicht ausgereicht.

Aber wenn wir jetzt nicht schnell die Schlaglöcher beseitigen, dann werden die Schäden größer. Dann haben wir dort das Vielfache an Investitionen vorzunehmen. Es mag sein, dass Sie das nicht interessiert oder sie amüsiert. Herr Schmitt, als Haushaltspolitiker sollten Sie sich diese Punkte wohl überlegen; denn es ist sinnvoll, das Geld schnell in die Instandhaltung zu investieren, statt in fünf Jahren oder in einem oder in zwei Jahren deutlich mehr Geld dafür einzustellen.

(Zuruf von der SPD: Macht ihr nächstes Jahr genauso ein Programm?)

Das ist eine Opposition, die 1999 mit einem Haushaltsvolumen für den Straßenbau von etwa 20 Millionen € in die Opposition gegangen ist.

(Zuruf von der FDP: Wie viel?)

Wir sind jetzt bei 115 Millionen €. Wenn Sie sich dann hierhin stellen und sich über schlechte Straßen mokieren,

dann wird es um Himmels willen peinlich. Dann wird es wirklich peinlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dann wird es sehr deutlich, dass Sie verzweifelt versuchen, dieses sinnvolle und gute Antischlaglochprogramm vor der Kommunalwahl, so gut es geht, kaputt zu machen. Aber das wird Ihnen nicht gelingen. Denn die Leute wollen, dass die Schlaglöcher beseitigt werden. Genau das werden CDU und FDP auch tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Eieiei!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die erste Lesung durchgeführt.

Wir können den Entwurf des Gesetzes zur weiteren Beratung dem Wirtschaftsausschuss, federführend, und dem Haushaltsausschuss, begleitend, zur weiteren Beratung überweisen – zusammen mit dem Änderungsantrag der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/3783 neu, und dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/3802.

Gleichzeitig rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 42 auf: Antrag der Fraktion der SPD betreffend Winterschädenprogramm ja, aber ohne neues Schlagloch in den Kommunalhaushalten, Drucks. 18/3759. Diesen Antrag können wir auch an den zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und begleitend an den Haushaltsausschuss überweisen. – Dem widerspricht keiner. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, der Abend wird noch lang.

(Zuruf von der SPD)

– Das könnte ja sein. Der Internationale Frauentag ist ein Grund zum Feiern.

Ich erinnere noch einmal an die Einladung für 19:30 Uhr.
– Danke und bis morgen früh.

(Schluss: 18:52 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)**Frage 446 – Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Welche Haltung nimmt sie zu dem Bundesratsantrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zur Abschaffung der Käfighaltung von Legehennen in Kleingruppen ein?

Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich:

Die Landesregierung hatte den seinerzeitigen Normenkontrollantrag von Rheinland-Pfalz unterstützt und die in der Antragsschrift dargelegte Rechtsauffassung als begründet angesehen. Vonseiten des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist zeitnah eine Überarbeitung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mit dem Ziel geplant, den Ausstieg aus der Kleingruppenhaltung festzuschreiben. Dieser Entwurf sollte zunächst abgewartet, und die Beratungen zu dem Antrag der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sollten vertagt werden.

Grundsätzlich spricht sich die Landesregierung dafür aus, bei einer Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung Übergangsregelungen nur noch für bereits bestehende Kleingruppenhaltungen von Legehennen zuzulassen.

Frage 447 – Abg. Timon Gremmels (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Überlegungen gibt es in Hessen, nach dem Vorbild von Bayern und Baden-Württemberg weitere Hinweisschilder für Autohöfe aufzustellen, wenn diese zusätzliche Lkw-Stellplätze einrichten?

Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch:

Der Hinweis auf einen Autohof richtet sich nach der eindeutigen Regelung des § 42 Abs. 8 Nr. 3 Straßenverkehrsordnung (StVO): „der Autohof wird einmal am rechten Fahrbahnrand 500 bis 1.000 m vor der Ankiündigungstafel (Zeichen 448) angekündigt.“

Gegenüber anderen Tankstellen, Werkstätten oder gastronomischen Betrieben in Autobahnnähe ist dieser Hinweis durch das Verkehrszeichen 448.1 bereits eine Privilegierung der Autohöfe, welche deren Beitrag zur Versorgung der Verkehrsteilnehmer und zur Entspannung der Lkw-Stellplatzsituation würdigt. Ausnahmen von der Regelung der StVO gibt es in Hessen nur im Einzelfall aufgrund besonderer örtlicher Situationen, jedoch nicht als „Belohnung“ für sinnvolle unternehmerische Entscheidungen.

Für eine Änderung der StVO in diesem Punkt wäre im Übrigen das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zuständig.

Frage 451 – Abg. Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hoch ist der Schuldenstand des Landes Hessen, gemessen an der Wirtschaftsleistung?

Antwort des Ministers der Finanzen Dr. Thomas Schäfer:

Die Schuldenstandquote des Landes Hessen gemessen an der Wirtschaftsleistung (BIP) im Jahr 2009 beträgt rund

15,4 %. Da zurzeit noch keine regionalisierten Werte für die Länder-BIP vorliegen, kann für das Jahr 2010 keine entsprechende Quote berechnet werden.

Kreditmarktschulden und Wirtschaftsleistung in Hessen und im Bund im Jahr 2009:

	Hessen	Bund
BIP (Mio. Euro)	216.515	2.407.200
Schulden aus Kreditmarktmitteln (Mio. Euro)	33.406	1.011.817
Schuldenstandquote (in v. H.)	15,4	42,0

Quelle: BMF, Vierteljahresstatistik über den Schuldenstand (SFK4), Schuldenstand jeweils zum 31.12.; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Frage 454 – Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie lange wird es nach dem von Ministerpräsident Bouffier angekündigten Rettungsschirm dauern, bis die Kommunen, die den Rettungsschirm in Anspruch nehmen wollen, schuldenfrei sind?

Antwort des Ministers der Finanzen Dr. Thomas Schäfer:

Ministerpräsident Volker Bouffier hat in seiner Regierungserklärung am 7. September 2010 die Etablierung eines kommunalen Schutzschirms in Aussicht gestellt und bereits wesentliche Eckpfeiler des Vorhabens benannt. Insbesondere sollen kommunale Verbindlichkeiten nach dem Bedürftigkeitsprinzip in einem Fonds gebündelt werden, wobei das Land zur langfristigen Tilgung einen Betrag von bis zu 3 Milliarden € aus Landesmitteln leistet.

Mit dem Schutzschirm wird es zu einer Teilentschuldung konsolidierungsbedürftiger Kommunen kommen. Eine Tilgung der gesamten Kommunalschulden ist indes nicht vorgesehen. Im Geleitzug zu den Landeshilfen werden von den partizipierenden Kommunen verstärkt eigene Konsolidierungsanstrengungen eingefordert. Die Landesmittel sind als Hilfe zur Selbsthilfe vorgesehen. Gepaart mit eigenen Anstrengungen der einbezogenen Kommunen soll damit gewährleistet werden, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Gemeinden und Gemeindeverbände wieder dauerhaft sichergestellt wird. Dazu ist es notwendig, dass die teilentschuldeten Kommunen dauerhaft ihre Ergebnishaushalte und -rechnungen ausgleichen.

Es ist durchaus denkbar, dass einzelne partizipierende Kommunen über die Tilgungsleistungen des Landes hinaus ihren Kredit- bzw. Kassenkreditbestand abbauen, um so den Zinsaufwand zu reduzieren. Hierdurch würde der Ausgleich des Ergebnishaushaltes bzw. der Ergebnisrechnung erleichtert. Möglich sind allerdings auch alternative Anstrengungen der einzelnen Kommunen, um Erträge zu steigern oder Aufwendungen zu reduzieren.

Frage 455 – Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die Aussage der Firma K+S, das in der Präsentation vom 17. Februar 2011 vorgestellte Vorgehen be-

finde sich im Einklang mit den Beschlüssen der Landesregierungen von Hessen und Thüringen?

Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich:

Soweit sich die Aussage auf die Umsetzung des sogenannten Investitionsprogramms der K+S zur Reduzierung des Salzabwasseraufkommens bezieht, sieht die Landesregierung keinen Anlass zur Kritik.

Soweit sie sich auf Themen wie die Fortführung der Versenkung oder den Fernpipeline-Bau bezieht, haben beide Landesregierungen mehrfach darauf hingewiesen, dass eine Abstimmung zu einer Gesamtstrategie und zu einem darauf aufbauenden Integrierten Maßnahmenkonzept noch aussteht. Dieses Erfordernis besteht nach wie vor.

Frage 457 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Schritte hat sie unternommen, um den von Ministerpräsident Bouffier angekündigten „eigenen Weg“ („Hünfelder Zeitung“ vom 5. November 2010) bei der Vergabe des mittleren Abschlusses für G-8-Schüler nach Klasse 9 zu realisieren?

Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:

In der Frage der Gleichstellung mit dem mittleren Abschluss für Schülerinnen und Schüler im verkürzten gymnasialen Bildungsgang nach dem erfolgreichen Besuch der Jahrgangsstufe 9 wird Hessen einen eigenen Weg versuchen, der in den Gremien der Kultusministerkonferenz (KMK) beraten werden muss.

Frage 458 – Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann erwartet sie eine Beschlussfassung des Bundesrates über ihren Antrag für eine Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Richtlinie 98/44/EG über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen?

Antwort der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich:

Ein genauer Zeitpunkt für eine Beschlussfassung des Bundesrates über den hessischen Antrag zur Änderung der Richtlinie 98/44/EG über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen kann derzeit nicht genannt werden.

Aktuell haben zwei Bundsratsausschüsse ihre Beratungen zu dem hessischen Entschließungsantrag noch vertagt. Damit besteht derzeit noch keine Plenarreife der Vorlage. Hessen hatte nach der Vertagung im letzten Jahr bereits versucht, die Beratungen abzukürzen und im Rahmen eines Antrages auf sofortige Sachentscheidung die Entscheidung des Bundesrates zu erreichen. Dies ist jedoch an der Mehrheit der Länder gescheitert.

Aus Sicht der Landesregierung sollen nun zunächst die Beratungen in den Ausschüssen abgewartet werden. Ein erneuter Aufruf in den genannten Ausschüssen ist geplant, wenn die Technische Beschwerdekammer endgültig entschieden hat. Dabei ist die letztjährige endgültige Entscheidung der Großen Beschwerdekammer über die umstrittenen Patentfälle „Brokkoli“ und „Tomate“ zu würdigen. Aus der Entscheidung der Technischen Beschwerdekammer ist eine weitere Konkretisierung der Patentierungspraxis des Europäischen Patentamtes zu erwarten.

Damit kann die zukünftige Reichweite von Biopatenten besser abgeschätzt und noch in den Empfehlungen der Ausschüsse zu der Vorlage berücksichtigt werden.